



30. Juli 2002

Die demografische Herausforderung

Demografie Spezial

Sonderausgabe für
die Leser der Reihe
Aktuelle Themen

**Editor**

Stefan Schneider
+49 69 910-31790
stefan-b.schneider@db.com

Publikationsassistentz

Pia Johnson
+49 69 910-31777
pia.johnson@db.com

Deutsche Bank Research

Frankfurt am Main
Deutschland

Internet: www.dbresearch.de

E-Mail: marketing.dbr@db.com

Fax: +49 69 910-31877

DB Research Management

Axel Siedenber
Norbert Walter

- Während die Weltbevölkerung weiter steigt und 2050 fast 9 ½ Mrd. erreichen wird (z.Zt. 6 Mrd.), nimmt sie in vielen Industrieländern ab, vor allem in Europa und Japan. In der EU wird die Bevölkerung ab 2015 schrumpfen. Bis 2050 werden dort 40 Mio. Menschen weniger leben als heute. In Deutschland könnte die Bevölkerung in den kommenden 50 Jahren um 12 auf rund 70 Mio. sinken.
- Zudem droht die Überalterung der Gesellschaften. In manchen Industrieländern wird in wenigen Dekaden den Erwerbstätigen die gleiche Anzahl an Rentnern gegenüberstehen.
- In vielen Industrieländern kommt es zu einem gravierenden Mangel an Nachwuchs und an Fachkräften. Ab 2020 dürfte das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland um durchschnittlich gut 1% p.a. zurückgehen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Europa insgesamt zu erwarten. Bei zunehmendem Durchschnittsalter der Beschäftigten wächst die Gefahr einer Erosion der Wissensbasis und eines Verlustes an Innovationsfähigkeit.
- Das Wachstumspotenzial dürfte bis 2050 in Europa auf 1 bis 1 ½% zurückgehen. Damit verliert Europa zunehmend an Attraktivität, während die USA, deren Bevölkerung weiter wächst, das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft bleiben werden.
- Die demografische Entwicklung verstärkt den Wandel der Nachfragestruktur. Zu den Gewinnern zählt der Gesundheitssektor (Pharma, Biotech, Medizintechnik, Gesundheitsdienste), während der Wohnungsbau zu den Verlierern gehört.
- Die umlagefinanzierten Sozialsysteme geraten unter Druck. Steigt der Altenquotient um 100% - wie für Europa prognostiziert - bedeutet dies, dass c.p. das Rentenniveau halbiert oder der Beitragsatz verdoppelt werden müsste. Daher ist mehr private Vorsorge notwendig.
- Die weltweit divergierenden demografischen Trends werden zu massiven internationalen Kapitalbewegungen führen. Aufgrund eines geringeren globalen Trendwachstums werden die Renditen von Aktien und Anleihen sinken.
- Die internationalen Wanderungen werden beträchtlich zunehmen. In Europa dürfte es zur Zuwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika kommen.
- Das Problembewusstsein ist bei Bürgern wie Politikern noch nicht hinreichend ausgeprägt. Nur wenn es gelingt, dieses stärker als bisher zu wecken und zu schärfen, wird es möglich sein, die erforderlichen Reformen mit der notwendigen Entschlossenheit anzugehen und sachliche Antworten auf die demografischen Herausforderungen zu finden. Das Ausmaß, zu dem das jeweils gelingt, wird in den kommenden Jahrzehnten ein bedeutsamer Faktor für Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten sein.

Dieter Bräuninger, Bernhard Gräf, Karin Gruber,
Marco Neuhaus, Stefan Schneider

Die demografische Herausforderung

Ein Überblick über die Bevölkerungsproblematik und ihre gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen

Gliederung

1. Einleitung – massive Anpassungslasten in den Industrieländern	3
2. Demografie und sozio-ökonomisches System	4
3. Die demografische Entwicklung: Wohin steuert die Welt?	6
3.1. Die Trends – steigende Weltbevölkerung, OECD-Länder schrumpfen	6
3.2. Die Ursachen – sinkende Geburtenrate bei steigender Lebenserwartung	11
3.3. Die Handlungsalternativen – keine kurzfristigen Lösungen	13
3.4. Fazit – Politik muss jetzt handeln	15
4. Gesellschaftliche Implikationen	16
4.1. Wertewandel – die graue Revolution	16
4.2. Generationengerechtigkeit?	18
4.3. Die Herrschaft der Alten?	19
4.4. Zuwanderungspolitik – gesellschaftspolitischer Zündstoff	21
5. Wirtschaftliche Implikationen	25
5.1. Arbeitsmarkt – vom Käufer- zum Verkäufermarkt	25
5.2. Wachstumspotenzial – Erwerbbspersonenpotenzial sinkt	29
5.3. Gütermärkte & Branchen – Gewinner und Verlierer	31
5.4. Sozialsystem – weitere Reformen notwendig	35
5.5. Staatsfinanzen – unter Konsolidierungsdruck	38
5.6. Verteilung – Jung versus Alt	41
5.7. Finanzmärkte – sinkende Erträge und Renditen	43
6. Schlusswort	48
Anhang	50
Literaturverzeichnis	57

1. Einleitung – massive Anpassungslasten in den Industrieländern

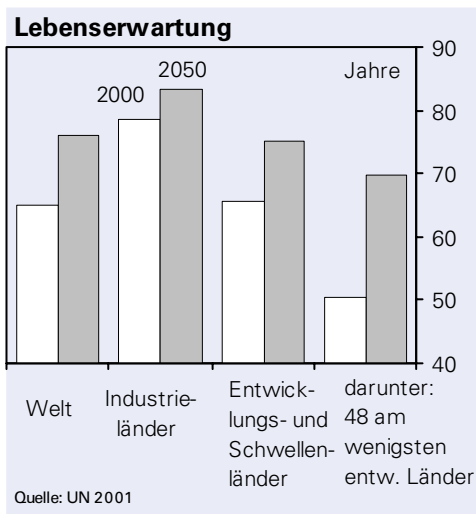
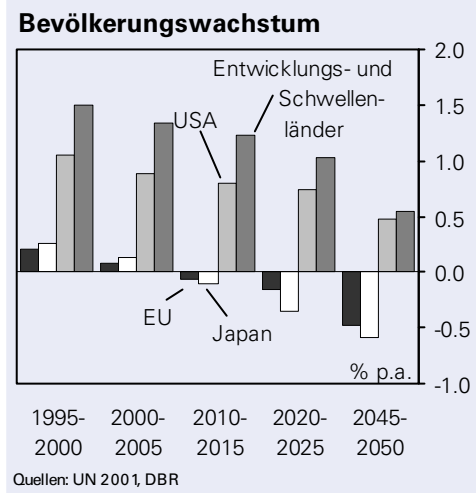
Unter der Bevölkerungsproblematik werden häufig noch die Auswirkungen der globalen Bevölkerungsexplosion verstanden. In der Tat wird die Weltbevölkerung in den kommenden Dekaden weiter zunehmen und 2050 voraussichtlich fast 9½ Mrd. erreichen. Dies wären gut 3 Mrd. mehr Menschen als heute.

Allerdings konzentriert sich das Wachstum auf wenige Entwicklungsländer. Dagegen wird die Bevölkerung in der EU ab 2015 sinken und im Jahr 2050 voraussichtlich rund 40 Mio. niedriger liegen als heute. Einschließlich der osteuropäischen Länder wird der Rückgang in Europa sogar auf 125 Mio. veranschlagt (aktuell 725 Mio.).

Eine weitere Facette der Bevölkerungsentwicklung liegt in der Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung. Dies gilt zwar vor allem für die Entwicklungsländer, wo eine verbesserte ärztliche Versorgung bis 2050 zu einer durchschnittlich 20 Jahre längeren Lebenserwartung beitragen wird, aber auch für Europa, wo die durchschnittliche Lebenserwartung um 4 bis 5 Jahre steigen dürfte. Die Gesellschaften schrumpfen und werden älter. Damit stellt sich die Bevölkerungspyramide zunehmend auf den Kopf. Während es immer mehr ältere Menschen gibt, nimmt die Anzahl der Personen der jüngeren Kohorten ab. Dies hat drastische Auswirkungen auf die Alterssicherungssysteme. In manchen Industrieländern wird in wenigen Dekaden den Erwerbstätigen die gleiche Anzahl an Rentnern gegenüberstehen. Damit sind bereits heute Gesellschaft und Politik mit enormen Herausforderungen konfrontiert. In Deutschland wurden mit der „Riester-Rente“ die Weichen in Richtung einer privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge gestellt. Dies dürfte jedoch nicht ausreichen, der demografischen Herausforderung für die Alterssicherungssysteme zu begegnen. Auch in den anderen europäischen Ländern sind Debatten über Reformen der Rentensysteme im Gange bzw. bei einigen, wie z.B. den Niederlanden, schon viel weiter als in Deutschland fortgeschritten. Der Druck durch die demografische Entwicklung wird diese Debatten verstärken und zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rücken.

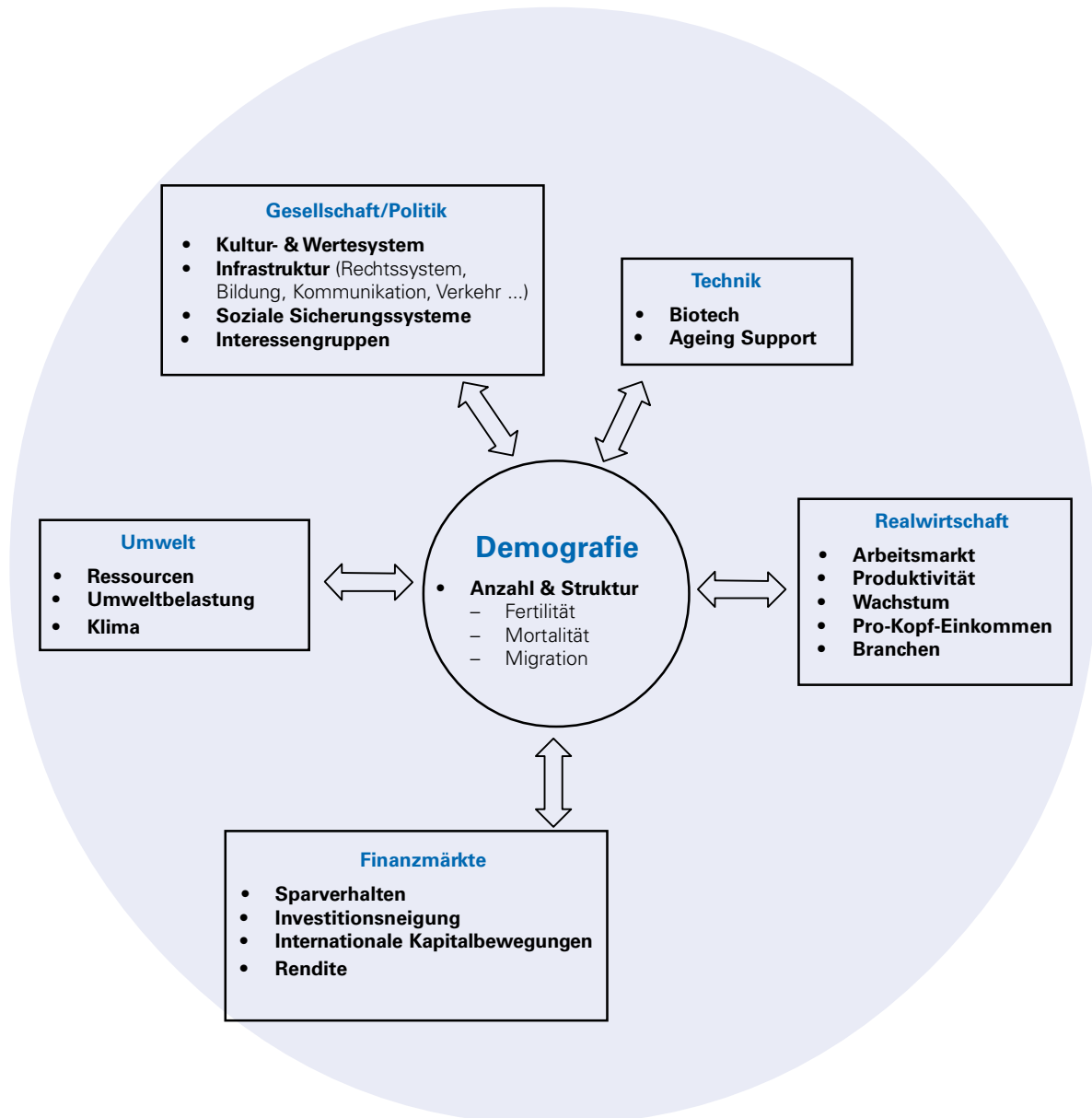
Doch die Probleme der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung sind nicht auf die Rentensysteme beschränkt (vgl. 5.4.). Nachhaltige Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen sind angelegt. So reicht der Bogen von tiefgreifenden Änderungen am Arbeitsmarkt (vgl. 5.1.) mit entsprechenden Wirkungen auf die relativen Preise für Arbeit und Kapital sowie das Wachstumspotenzial eines Landes (vgl. 5.2.) über Wirkungen auf die internationalen Kapitalströme und damit die Wechselkurse (vgl. 5.7.) bis hin zu Änderungen in der Branchenstruktur (vgl. 5.3.). Gesellschaftliche Aspekte durch die Verschiebung der Altersstruktur und durch die (in Europa wohl in größerem Umfang notwendige) Zuwanderung sind aber mindestens genauso bedeutend.

Die demografischen Trends sind ihrer Natur nach nur langfristig beeinflussbar. In der vorliegenden Untersuchung konzentrieren wir uns neben der Darstellung der demografischen Entwicklungen vor allem auf die zu erwartenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Angesichts der Vielzahl und Vielschichtigkeit der Probleme kann es sich hier um keine erschöpfende Darstellung handeln. Die vorliegende Publikation ist vielmehr als Überblick über die Bevölkerungsproblematik zu verstehen und wird in unregelmäßiger Folge durch spezielle, tiefergehende Analysen ergänzt.



2. Demografie und sozio-ökonomisches System

Demografie steht im Mittelpunkt unseres sozio-ökonomischen Systems. Dabei gibt es vielfache Wechselwirkungen zwischen der demografischen Entwicklung und gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Handlungsfeldern. Im nachfolgenden Schaubild sind die Interdependenzen zwischen Demografie und den einzelnen sozio-ökonomischen Bereichen aufgezeigt, wobei nur die direkten Verbindungen eingezeichnet sind. In unserer Analyse beschränken wir uns zudem auf längerfristige, nachhaltige Trends¹.



Quelle: in Anlehnung an Birg, H.: Die Weltbevölkerung, 1996.

¹ Auf die Darstellung der Interdependenzen zwischen den einzelnen sozio-ökonomischen Teilbereichen (beispielsweise zwischen Realwirtschaft und Umwelt) und deren indirekte Verbindungen zur Demografie wurde aus Gründen einer klareren, besser verständlichen Übersicht verzichtet. Zudem werden kurzfristige, die demografische Entwicklung nur temporär beeinflussende Faktoren nicht behandelt. Ein Beispiel hierfür sind Krisen an den Finanzmärkten, die zwar temporär das Vertrauen beeinträchtigen und damit auf die Fertilität wirken, den Trend in der demografischen Entwicklung allerdings nicht nachhaltig verändern.

Eindeutig sind sicherlich die Beziehungen zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den Bereichen Gesellschaft/Politik und Umwelt. Mehr Menschen verbrauchen mehr Ressourcen und belasten stärker die Umwelt. Dies hat natürlich auch entsprechende Rückwirkungen auf Fertilität, Mortalität und Migration.

Andere Beziehungen, beispielsweise zur Realwirtschaft, den Finanzmärkten und der Technik, sind jedoch auf den ersten Blick weniger einsichtig. Dennoch sind diese Wechselwirkungen nicht zu unterschätzen. So wird das Wirtschaftswachstum durch die Anzahl der Arbeitskräfte (die von Fertilität und Migration abhängt) sowie von der Altersstruktur einer Gesellschaft (über die Produktivität) bestimmt. Umgekehrt beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung bzw. der Wohlstand einer Gesellschaft auch die demografische Entwicklung (bei steigendem Pro-Kopf-Einkommen sinkt die Kinderzahl).

Weiterhin wirkt die Demografie u.a. über die Altersstruktur und damit das Sparverhalten auf die Finanzmärkte, während diese wiederum über die Einkommensgenerierung auf diesen Märkten die demografische Entwicklung mitbestimmen.

Schließlich benötigen alternde Gesellschaften eine altersgerechte technologische Unterstützung (Ageing Support). Umgekehrt wirkt natürlich auch die Technik (Biotechnologie, Gentechnologie, Medizin) über Fertilität und Mortalität auf die Bevölkerungsentwicklung.

3. Die demografische Entwicklung: Wohin steuert die Welt?

3.1. Die Trends – steigende Weltbevölkerung, OECD-Länder schrumpfen

Weltbevölkerung 2050: Fast 9 1/2 Mrd. Menschen

Die Weltbevölkerung wird nach der jüngsten Schätzung der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2050 um gut 3 Mrd. Menschen auf rund 9,3 Mrd. zunehmen² und sich im Jahr 2100 bei rund 11 Mrd. einpendeln³. Dabei handelt es sich um die mittlere Variante der UN-Vorhersagen, die einen Rückgang der durchschnittlichen Geburtenrate in der Welt von 2,82 (1995-2000) auf die natürliche Reproduktionsrate von 2,15 in 2045-2050 unterstellt (siehe Anhang Tabelle 4). Die Reproduktionsrate ist diejenige Geburtenrate, die notwendig ist, um eine konstante Bevölkerungszahl zu sichern. Die Annahme der UN erscheint zwar plausibel, ist jedoch keineswegs sicher. Sinkt beispielsweise die Geburtenrate bis 2045-50 nur auf 2,62, wird die Weltbevölkerung bis 2050 auf fast 11 Mrd. anwachsen (hohe Variante), während sie bei einem Rückgang der Geburtenrate auf 1,68 (niedrige Variante) lediglich auf 7,9 Mrd. zunehmen würde.

Den UN-Berechnungen zufolge wird sich das Wachstum in den kommenden Dekaden auf durchschnittlich 65 Mio. jährlich oder 0,9% verlangsamen (gegenüber derzeit 77 Mio. oder 1,3%), sich aber hauptsächlich auf die Entwicklungsländer und innerhalb dieser Gruppe wiederum auf nur wenige Länder konzentrieren. So entfällt die Hälfte des prognostizierten Anstiegs in der Welt auf lediglich 8 Länder: 34% auf Indien, 12% auf Pakistan, 11% auf China, 10% auf Nigeria, 9% auf Kongo, jeweils 8% auf Bangladesch und Eritrea sowie 6% auf Indonesien. In diesen Ländern lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung, während ihnen nur 13% der Weltfläche zur Verfügung steht. Indien wird der UN zufolge China nach 2025 überholen und 2050 mit gut 1,5 Mrd. Menschen das bevölkerungsreichste Land auf der Erde sein.

Die Bevölkerungsproblematik verschärft sich zudem mit Blick auf den Entwicklungsstand. In den nach UN-Abgrenzung 48 am wenigsten entwickelten Ländern wird sich die Bevölkerung bis 2050 auf gut 1,8 Mrd. nahezu verdreifachen, während sie in den sonstigen Entwicklungs- und Schwellenländern „nur“ um 50% zunimmt. Die davon ausgehende Umweltbelastung wird gewaltig sein, da sich die Zahl der Menschen pro Quadratkilometer in den am wenigsten entwickelten Ländern von derzeit etwas über 30 bis 2050 auf knapp 90 erhöhen wird (zum Vergleich: Frankreich 107, Deutschland 235). Gerade diese Länder leiden aber schon heute unter Nahrungsmittelmangel, Wassernot und einer rapide fortschreitenden Umweltzerstörung⁴.

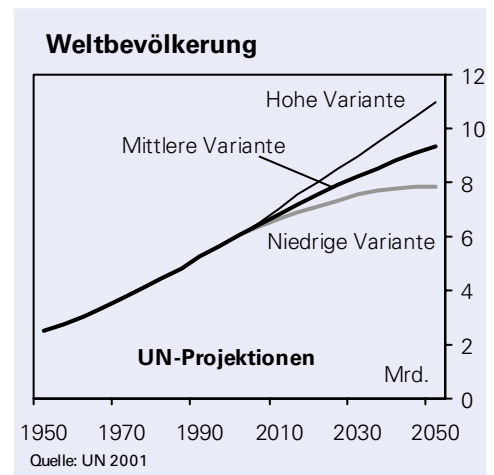
Bevölkerungsproblem = Bevölkerungsexplosion?

Doch liegt das Bevölkerungsproblem vor allem in der Bevölkerungsexplosion und den daraus resultierenden Umwelt- und Ernährungsproblemen? Sicherlich sind dies enorme Herausforderungen in den kommenden Dekaden. Das Bevölkerungsproblem ist jedoch weitaus vielschichtiger.

² United Nations, Department of Economic and Social Affairs: World Population Prospects: The 2000 Revision, 2001.

³ United Nations, Department of Economic and Social Affairs: World Population Projections to 2150, 1998.

⁴ UNFPA United Nations Population Fund: The State of the World Population 2001, Footprints and Milestones: Population and Environmental Change, 2001.



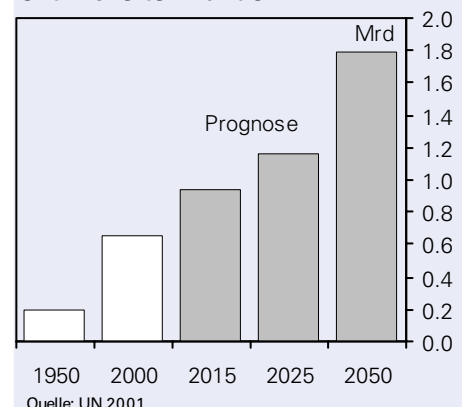
Determinanten der Bevölkerungsentwicklung

Die bestimmenden Variablen der Bevölkerungsentwicklung sind

- die Geburtenrate
- die Sterberate bzw. die Lebenserwartung und
- die Migration

Bei ihren Bevölkerungsprojektionen haben die UN in ihrer mittleren Variante bis 2050 einen Rückgang der Geburtenrate (durchschnittliche Anzahl der Kinder pro Frau) für die Welt von derzeit 2,8 auf 2,1 und einen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt von 65 auf 76 Jahre unterstellt.

Bevölkerung in 48 am wenigsten entwickelten Ländern



Divergierende Entwicklungen

Die Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern insgesamt wird in den kommenden 50 Jahren weiter von 5,2 Mrd. auf 8,4 Mrd. zunehmen und in den Industrieländern leicht von 850 auf rund 925 Mio. steigen. Dahinter verbergen sich aber in beiden Ländergruppen wachsende, stagnierende und schrumpfende Populationen – also vollkommen unterschiedliche Entwicklungen und damit unterschiedliche Problemstellungen.

Während die Bevölkerung in einer Vielzahl von Entwicklungsländern (vor allem in den am wenigsten entwickelten) äußerst dynamisch wächst – im Kongo, Burkina Faso, Angola, Uganda, Somalia, Nigeria und Liberia nimmt die Bevölkerung bis 2050 um über 300%, beim Spitzenreiter Jemen sogar um 450% zu – wird sie dagegen entsprechend den Schätzungen der UN in den meisten osteuropäischen Ländern drastisch abnehmen. So ist damit zu rechnen, dass die Bevölkerung in Bulgarien um 43%, in Polen um 14%, in Rumänien um 20% und in Ungarn um 25% schrumpft. Russland und die Ukraine werden voraussichtlich Rückgänge von 28% bzw. 40% verzeichnen.

Industrieländer: „Alte“ versus „Neue“ Welt

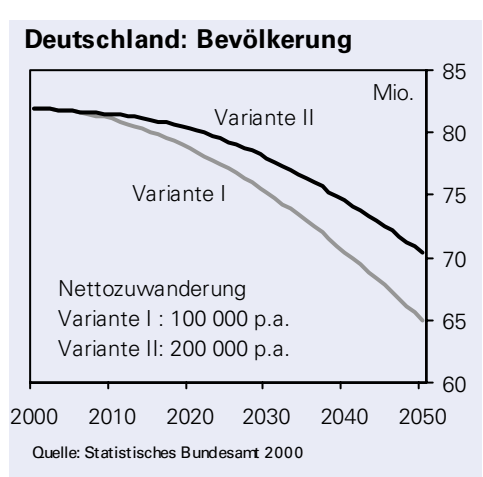
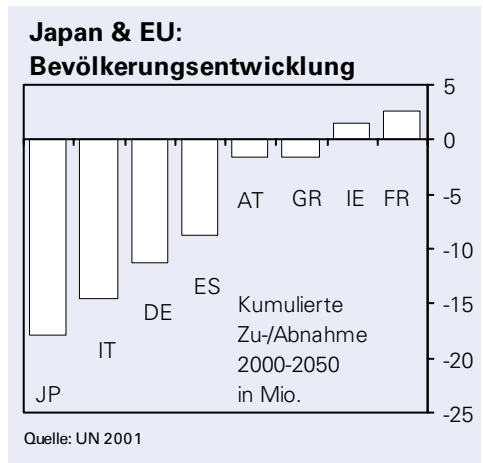
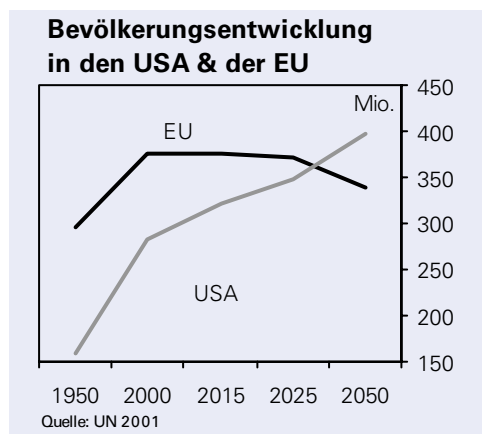
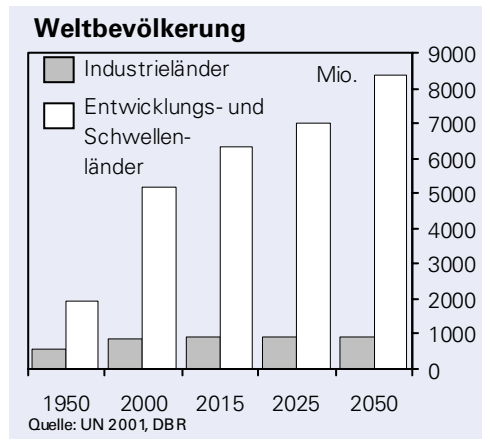
Das gleiche Phänomen einer divergierenden Entwicklung zeigt sich auch bei den Industrieländern. Wachsenden Bevölkerungen, wie beispielsweise in den USA, wo 2050 etwa 400 Mio. Menschen und damit 115 Mio. mehr als heute leben werden, stehen stark schrumpfende Länder gegenüber. Diese konzentrieren sich auf Japan und Europa. Die UN schätzt, dass die Bevölkerung Japans bis 2050 um 14% abnimmt und in Europa insgesamt um 10% zurückgeht. Lediglich für Frankreich, Irland und Norwegen sieht sie Chancen für ein – wenn auch geringes – Bevölkerungswachstum. Die Liste der schrumpfenden Länder führt Italien mit 25% an, was einem Rückgang um 14 ½ Mio. Menschen entspricht, gefolgt von Spanien, der Schweiz und Österreich (Rückgänge bis 2050 um jeweils rund 20%). Treffen die Vorhersagen der UN zu, werden 2050 in den europäischen Industrieländern fast 40 Mio. Menschen weniger leben als heute.

Deutschland 2050: Weniger als 70 Mio. Menschen?

In Deutschland wird die Bevölkerung nach Meinung der UN um knapp 14% von 82 Mio. auf rund 70 Mio. zurückgehen. Allerdings könnten hier nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2050 auch nur noch 65 Mio. Menschen leben, falls der Zuwanderungssaldo bis dahin nur 100 000 jährlich beträgt⁵. Dies bedeutet, dass die Bevölkerung in Deutschland 2050 um ein Fünftel kleiner wäre als heute. Dies hätte nicht nur „leere“ Straßen und Städte zur Folge, sondern auch massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. So würde beispielsweise das Arbeitskräftepotenzial bis 2040 um 11 Mio. oder 27 % auf dann nur noch rund 30 Mio. abnehmen⁶.

⁵ Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050, Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, 2000.

⁶ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: IAB Kurzbericht, Potentialprojektion bis 2040, Nr. 4/ 20.5.1999.



Beschleunigter Bevölkerungsrückgang nach 2025

Die Dynamik der Schrumpfung in den kommenden Dekaden liefert zusätzlich Brisanz. So wird der Bevölkerungsrückgang in Europa mit Raten von 1 % jährlich wohl erst ab 2025 deutlich sichtbar werden. Die UN geht bis 2015 von einer mehr oder weniger konstanten und von 2015 bis 2025 nur von einer leicht um jährlich 0,15% schrumpfenden Bevölkerung aus. Eine ähnliche Entwicklung wird auch für Deutschland erwartet. Die Bevölkerung wird bis 2015 lediglich um 1,3 Mio. und damit hier jährlich nur um knapp 90 000 abnehmen. In den folgenden Jahren bis 2025 dürfte sich der Rückgang schon auf 180 000 p.a. belaufen und von 2025 bis 2050 325 000 Personen pro Jahr erreichen. Dies bedeutet zumindest bis 2015/2025 noch tragbare Verhältnisse. Einige Länder, wie beispielsweise Frankreich, Niederlande und Großbritannien, werden in den kommenden zwei Dekaden sogar noch leicht zulegen können, bevor die Bevölkerungszahl zu sinken beginnt. Dies könnte dazu führen, dass die Problematik nicht erkannt bzw. angesichts des kurzen Zeithorizonts von Politikern und Entscheidungsträgern als nicht so schwerwiegend angesehen wird. Die Trends sind allerdings angelegt, so dass die Weichen in der Familien-, Sozial- und Einwanderungspolitik schon heute gestellt werden müssen.

Die Alte Welt macht ihrem Namen alle Ehre

Die unterschiedliche Bevölkerungsdynamik – schrumpfende Gesellschaften in Europa versus Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern – ist jedoch nicht das einzige demografische Problem. Die Bevölkerungsentwicklung ist auch dadurch gekennzeichnet, dass die Lebenserwartung zunimmt und die Gesellschaften nahezu überall auf der Welt merklich altern.

Die weitaus größten Fortschritte bei der Erhöhung der Lebenserwartung werden – allerdings von niedrigem Niveau – die Entwicklungsländer und dort hauptsächlich die am wenigsten entwickelten Staaten verzeichnen. U.a. aufgrund einer verbesserten ärztlichen Versorgung wird die durchschnittliche Lebenserwartung in den am wenigsten entwickelten Ländern in den kommenden 5 Dekaden um etwa 19 auf knapp 70 Jahre steigen.

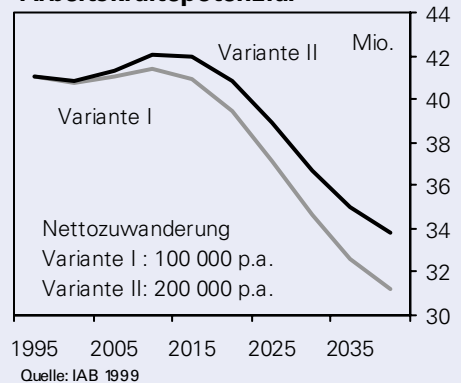
In den Industrieländern wird die Zunahme aufgrund der heute schon hohen Lebenserwartung (derzeit knapp 78 Jahre) mit 4 bis 5 Jahren zwar deutlich niedriger ausfallen. Doch auch diese nur moderate Zunahme der Lebenserwartung hat drastische Auswirkungen auf die vor allem umlagefinanzierten Rentensysteme. Japan wird 2050 Spitzenreiter mit einer Lebenserwartung von 88 Jahren sein.

Das Problem der steigenden Lebenserwartung für eine Gesellschaft wird zusätzlich verschärft, wenn die Bevölkerung gleichzeitig schrumpft. Während es immer mehr ältere Menschen gibt, nimmt der Unterbau der Bevölkerungspyramide ab, d.h. die Bevölkerungspyramide „wächst sich nach oben aus“. Bildlich gesprochen wird sie dann die Form einer Urne annehmen.

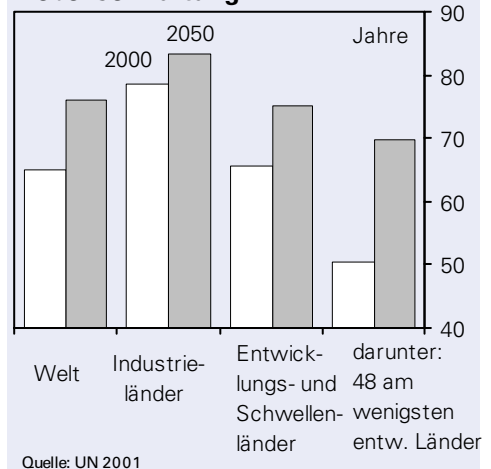
Spanien löst Japan als „ältestes“ Land ab

Das Alter einer Gesellschaft wird durch das Medianalter gemessen. Dieses Maß teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen – 50% der Bevölkerung sind jünger, 50% der Bevölkerung älter als das Medianalter. Die Berechnungen der UN ergeben, dass derzeit Japan mit gut 41 Jahren das höchste Medianalter aufweist, gefolgt von Italien mit gut 40 Jahren. Im Jahr 2050 wird dagegen Spanien mit einem Medianalter von über 55 Jahren an der Spitze stehen. Dies bedeutet, dass

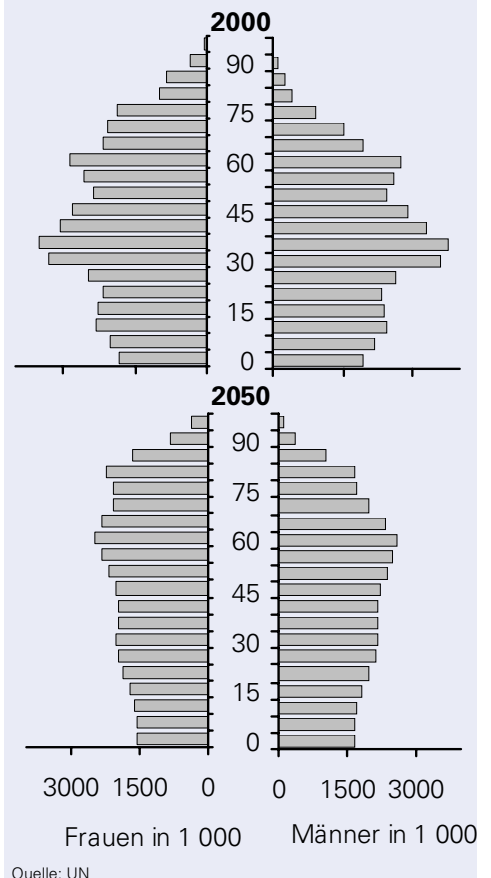
Deutschland: Arbeitskräftepotenzial



Lebenserwartung



Deutschland: Bevölkerungsstruktur



dann jeder zweite Einwohner Spaniens älter als 55 Jahre ist. Nicht wesentlich geringer wird das Medianalter 2050 in Italien (gut 54 Jahre) und Japan (gut 53 Jahre) ausfallen.

Auch in Deutschland wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung erhöhen. Es wird zwar nicht den spanischen Spitzenwert erreichen, mit voraussichtlich knapp unter 50 Jahren im Jahr 2050 jedoch deutlich über dem aktuellen Niveau (etwas mehr als 40 Jahre) liegen.

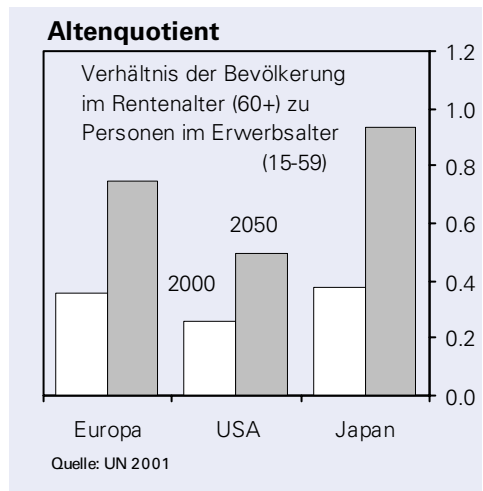
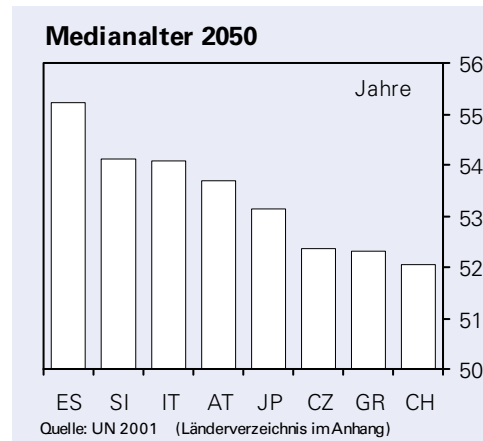
Altenquotienten nehmen drastisch zu

Für die Beurteilung der Belastung durch die Alterssicherung kann der sogenannte Altenquotient herangezogen werden. Er ist das Verhältnis der Bevölkerung im (effektiven) Rentenalter (über 60 Jahre) zu den Personen im Erwerbsalter (15 bis 59 Jahre)⁷. Das hier angenommene Renteneintrittsalter ist natürlich nicht für alle Zeiten fix. So scheint eine Anhebung des Renteneintrittsalters in den kommenden Dekaden unvermeidlich.

In Europa beträgt der Altenquotient derzeit 0,35, d.h. 100 Menschen im Erwerbsalter stehen 35 Personen im Rentenalter gegenüber. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Quote auf 0,75 erhöhen, d.h. mehr als verdoppeln. Ein Blick auf die einzelnen europäischen Länder zeigt ein bedrückendes Bild: Spanien wird 2050 die Liste der „alten“ Länder mit einem Altenquotienten von dann 0,99 anführen. Dies bedeutet, dass sich dort im Jahr 2050 gleich viele Rentner und Personen im Erwerbsalter gegenüberstehen werden. Eine ähnlich hohe Quote (0,92) weist Italien auf. In Deutschland wird der Altenquotient der UN zufolge von 0,38 (2000) auf 0,77 (2050) zunehmen und damit im europäischen Mittel liegen.

In Japan, dessen Bevölkerung schon heute zu den ältesten gehört, wird der Altenquotient von 0,37 auf 0,94 steigen, während er in den USA lediglich von 0,26 auf 0,49 zunehmen dürfte. Damit hebt sich die Entwicklung in den USA ein weiteres Mal positiv von der in Europa bzw. Japan ab.

Die Zahlen zur Entwicklung der Altenquotienten zeichnen schon ein drastisches Bild der Belastung durch die Alterung der Gesellschaft. Dennoch unterzeichnen sie die anstehenden Probleme noch. So steht ein nicht zu vernachlässigender Teil der Personen im Erwerbsalter nicht im Erwerbsleben. Beispielsweise beträgt in Deutschland die Erwerbsquote nach OECD-Angaben knapp 75%, d.h. drei Viertel der Personen im Erwerbsalter gehen einer Beschäftigung nach oder sind arbeitslos. In Italien liegt die Erwerbsquote sogar nur bei 60%. Dies bedeutet, dass sich die Probleme des Altenquotientanstiegs in den Ländern mit einer niedrigen Erwerbsquote noch verschärfen werden, wenn es nicht gelingt, deutlich mehr Personen in das Erwerbsleben zu integrieren. Eine Erhöhung der Erwerbsquote könnte zwar kurzfristig eine Entlastung des Rentenproblems bringen, sich aber gleichzeitig als bevölkerungspolitisch kontraproduktiv erweisen. Sollten beispielsweise immer mehr Frauen eine Erwerbstätigkeit ergreifen, besteht das Risiko, dass die Geburtenrate noch mehr zurückgeht.



⁷ Der hier beschriebene Altenquotient gründet sich auf die Einteilung der Altersklassen nach der UN. Er kann natürlich je nach Renteneintrittsalter unterschiedlich definiert sein.

Alterungsprobleme auch außerhalb der Industrieländer ...

Das Alterungsproblem beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Industrieländer, sondern ist auch relevant – wenn auch weniger stark ausgeprägt – für die Entwicklungsländer insgesamt. Hier wird der Altenquotient bis 2050 voraussichtlich von 0,14 auf 0,34 steigen. Dabei zeigt sich eine deutlich höhere Spreizung als bei den Industrieländern: Während es vor allem in Afrika noch „junge“ Länder gibt, deren Altenquotient auch 2050 nur geringfügig über 0,10 liegen dürfte, sind hauptsächlich in den heutigen osteuropäischen Entwicklungs- und Schwellenländern Quoten von über 0,75 und damit wie in den europäischen Industrieländern zu erwarten. Aber auch in vielen asiatischen Ländern wird die Alterung der Gesellschaft zunehmen. So wird UN-Schätzungen zufolge der Altenquotient in Hongkong, Korea und Singapur von derzeit unter 0,20 auf knapp 0,70 zunehmen und in China von 0,16 auf 0,56 steigen.

... aber mittelfristig noch günstige Strukturen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern

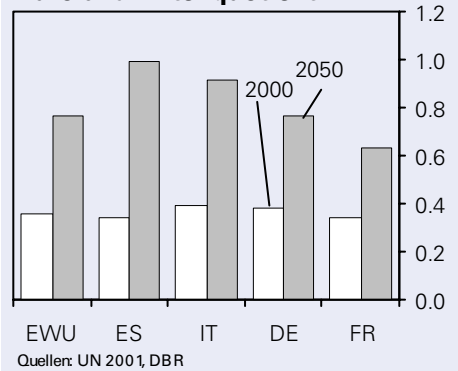
Es zeigt sich aber auch, dass die Altersstrukturen in vielen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern auf mittlere Sicht noch günstig bleiben werden. So wird beispielsweise der Altenquotient unter den größeren asiatischen Ländern in Indonesien bis 2050 nur auf 0,39 steigen sowie in Indien und Malaysia lediglich auf 0,35 zunehmen. Dies sind Größenordnungen, die mit dem derzeitigen Niveau in den europäischen Industrieländern vergleichbar sind. In Pakistan wird UN-Prognosen zufolge der Altenquotient 2050 sogar nur 0,19 betragen. Dies lässt darauf schließen, dass sich die wirtschaftliche Dynamik in dieser Region in Richtung „junge“ Länder verschieben wird.

Kann es auch ganz anderes kommen?

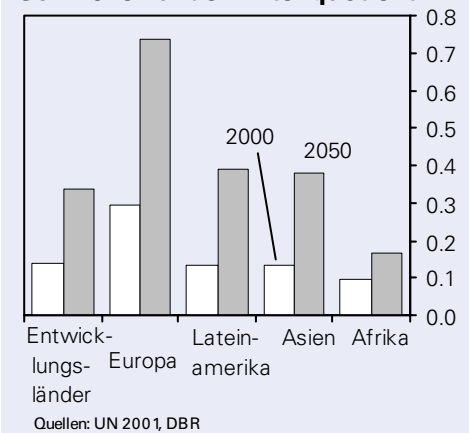
Die Chancen, dass sich die geschilderte Entwicklung abwenden lässt und damit die Bevölkerungsproblematik sowohl hinsichtlich der Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern als auch der Schrumpfung und Alterung in Japan und Europa merklich geringer ausfallen wird, sind gering. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Bevölkerungsprognosen als erstaunlich genau erwiesen. Beispielsweise prognostizierte die UN 1958 für das Jahr 2000 eine Weltbevölkerung von knapp 6,3 Mrd. und lag damit nur leicht höher als die tatsächliche Zahl von 6,1 Mrd. Auch für einzelne Länder waren die demografischen Voraussagen sehr zutreffend, obwohl hier aufgrund der Migrationsströme, d.h. der Zu- oder Abwanderung, größere Fehlerrisiken bestehen als bei der Prognose der Weltbevölkerung, bei der sich die Fehler für die einzelnen Länder kompensieren können.

Die hohe Treffsicherheit demografischer Prognosen beruht vor allem auf der Trägheit der Bevölkerungsentwicklung. Dies ist wiederum dadurch zu erklären, dass die beiden wichtigsten demografischen Determinanten – die Geburtenzahl und die Sterbefälle – entscheidend von der gut vorausberechenbaren Altersstruktur abhängen. So ist ein Großteil der Bevölkerung, die beispielsweise in fünfzig Jahren lebt, schon geboren. Damit ist die Alterung und Schrumpfung der Gesellschaften in Japan und vielen Ländern Europas vorprogrammiert.

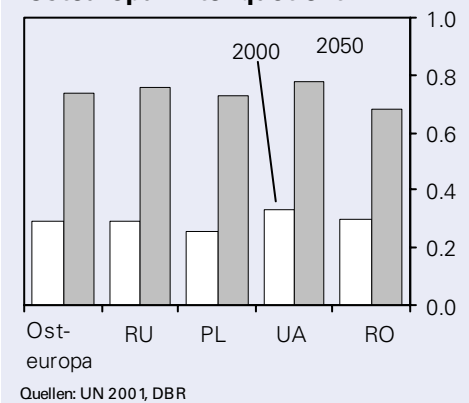
Euroland: Altenquotient



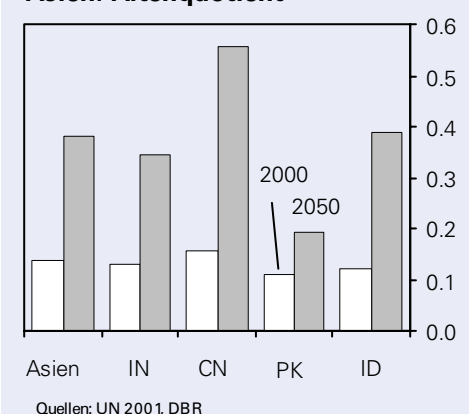
Entwicklungs- und Schwellenländer: Altenquotient



Osteuropa: Altenquotient



Asien: Altenquotient





3.2. Die Ursachen – sinkende Geburtenrate bei steigender Lebenserwartung

Was treibt die Bevölkerungsentwicklung?

Die Geburtenrate, die Sterberate bzw. die Lebenserwartung und die Migration sind die bestimmenden Variablen der Bevölkerungsentwicklung. Die Sterberate und die Lebenserwartung sind vor allem biologisch determiniert und werden zudem durch den Entwicklungsstand der Medizin geprägt. Dagegen beruht die Geburtenrate neben biologischen Voraussetzungen vor allem auf persönlichen Entscheidungen und den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Geburtenrate ist die wohl wichtigste Determinante für die langfristige Bevölkerungsentwicklung, während die Migration Ansatzpunkt und Stellschraube für eine kurzfristige Bevölkerungspolitik ist.

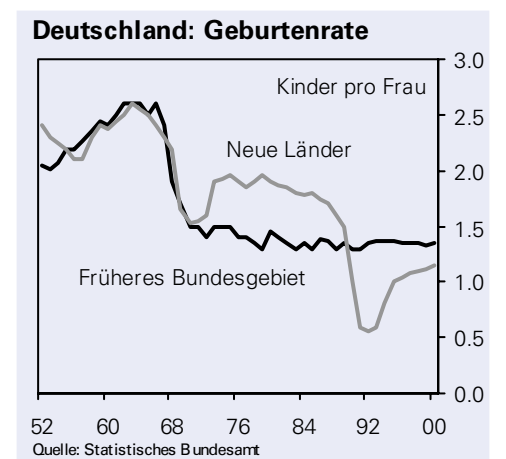
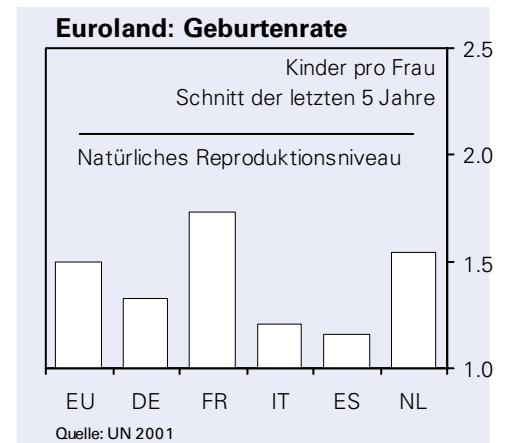
Europa: Geburtenrate merklich unter Reproduktionsniveau

Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu sichern, müsste – ohne Zuwanderungen – jede Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 2,1 Kinder gebären („Bestanderhaltungsniveau“ oder natürliche Reproduktionsrate). In den europäischen Industrieländern lag die Geburtenrate im Schnitt der letzten 5 Jahre mit 1,5 jedoch fast 30% unter diesem Wert. Im Ländervergleich zeigt sich, dass die Spanne von 1,2 in Spanien und Italien reicht, dass die Spanne von 1,2 in Spanien und Italien reicht. Deutschland weist eine durchschnittliche Geburtenrate von 1,3 auf. Damit gehört die Kinderzahl pro Frau in Deutschland weltweit mit zu den niedrigsten.

Allerdings sorgten die gestiegene Lebenserwartung und die Zuwanderung dafür, dass die Bevölkerung in Deutschland trotz der unter dem Reproduktionsniveau liegenden Geburtenrate bislang noch nicht geschrumpft ist.

In den 50er und 60er Jahren war in Deutschland die zur Bestanderhaltung notwendige Geburtenrate noch gegeben. Während des „Babybooms“ in den 60er Jahren betrug die Geburtenrate 2,5. Danach nahm sie aber stark ab und pendelte in den letzten Jahren zwischen 1,3 und 1,4. Damit werden in Deutschland seit etwa 30 Jahren deutlich weniger Kinder geboren, als zur zahlenmäßigen Ersetzung ihrer Elterngeneration notwendig wären. Damit schrumpft und altert eine Gesellschaft, wenn keine Zuwanderung stattfindet.

Welche drastischen Auswirkungen dies haben wird, zeigt eine Modellrechnung für Deutschland bis zum Jahr 2100. Bei einer Geburtenrate von 1,5 würde die Bevölkerung – ohne Zuwanderung – in den nächsten 100 Jahren auf unter 25 Mio. zurückgehen. Dies ist aus heutiger Sicht ein kaum vorstellbares Szenarium. Selbst bei einer (wohl unrealistisch hohen) jährlichen Zuwanderung von 250 000 Personen ergibt sich bis 2100 ein Rückgang der Bevölkerung in Deutschland auf etwa 50 Mio. Bei einer Migration dieser Größenordnung würde sich Deutschland zu einer Multiminoritätengesellschaft⁸ entwickeln. Dabei verlieren die Deutschen ihre bisher als selbstverständlich erachtete absolute Mehrheit und werden zu einer Minderheit unter Minderheiten.



⁸Vgl. Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, S. 35ff, 2001.

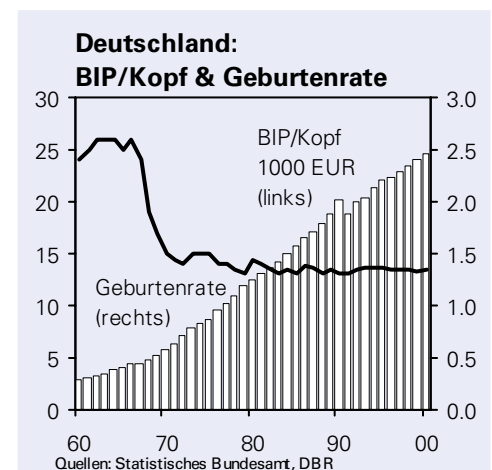
Das demografisch-ökonomische Paradoxon

Warum ist die Geburtenrate in Europa so niedrig, während die Pro-Kopf-Einkommen zunehmen und damit der Wohlstand steigt? Normalerweise wäre davon auszugehen, dass sich mit steigendem Einkommen der Kinderwunsch zumindest ökonomisch einfacher realisieren lässt.

Neben der Sozialisation, dem gesellschaftlichen Wertewandel (wie beispielsweise Frau im Beruf, Trend zum Single-Haushalt) sowie der Betonung der Individualität werden zur Erklärung dieses demografisch-ökonomischen Paradoxons⁹ die (direkten und indirekten) Kosten von Kindern herangezogen. Zu den direkten Kosten zählen neben Kleidung und Ernährung vor allem die Bildung und Betreuung des Kindes. Daneben sind jedoch auch Opportunitätskosten anzusetzen, also beispielsweise der entgangene Lohn des die Kindererziehung übernehmenden Eltern-teils. Diese Opportunitätskosten steigen aber wie die Einkommen, so dass sich aus dieser Sicht das Paradoxon teilweise auflöst. Eine Kosten-Nutzen-Analyse zeigt, dass die Kosten von Kindern gestiegen sind, während der Nutzen insbesondere in Form von finanzieller Absicherung im Alter (vor allem in den Industrieländern) mit hohem Absicherungsniveau gesunken ist. Seit Einführung der kollektiven Sozialversicherung ging die Geburtenrate in dem Maße zurück, in dem persönliche Risiken wie Krankheit, Unfall oder Tod des Ehepartners, die vor Einführung der Sozialversicherung von der Familie aufgefangen werden mussten, nun von der Versicherungsgemeinschaft getragen wurden. Allerdings scheint das demografisch-ökonomische Paradoxon nicht in allen Ländern zu gelten. Während es in Deutschland wohl gilt, gelangt eine aktuelle Studie für Frankreich zu dem Ergebnis, dass der Kinderwunsch dort mit abnehmender Arbeitslosigkeit und damit steigendem Wohlstand zunimmt. Allerdings spricht dies nicht gegen das demografisch-ökonomische Paradoxon. Lassen sich beispielsweise Beruf und Kinderwunsch besser vereinen, wie dies angesichts flächendeckender Kinderkrippen sowie Vor- und Ganztageschulen in Frankreich der Fall ist, sind auch die Opportunitätskosten von Kindern niedriger. In Frankreich arbeiten mehr als 70% aller Mütter mit zwei Kindern. Damit weist diese Gruppe eine ähnlich hohe Erwerbsneigung wie kinderlose Frauen auf.

Es gibt allerdings noch andere Gründe. Das Paradoxon muss mit Blick auf die jüngste Entwicklung für einige Entwicklungsländer in Frage gestellt werden. Immer mehr Frauen in den von der UN in die sogenannte Mittelgruppe¹⁰ eingestuften Ländern entscheiden sich dafür, weniger Kinder zu haben. Dies ist wohl eine Folge des erleichterten Zugangs zu Verhütungsmitteln, einer verstärkten Aufklärung und besserer Bildung. Einen spürbaren Rückgang der Geburtenrate hatten die UN-Experten erst bei einem deutlich höheren Wohlstandsniveau erwartet.

Hält dieser Trend an, würde ein Großteil der Entwicklungsländer dem Trend in vielen Industrieländern folgen und das Schrumpfungs- und Alterungsproblem wesentlich früher als erwartet zu einem globalen Problem werden. Die niedrige Variante der UN-Bevölkerungsschätzung, wonach die Weltbevölkerung bis 2050 nur auf knapp 8 Mrd. Menschen steigt, nimmt dann an Wahrscheinlichkeit zu. Damit würde die Weltbevölkerung nicht wie erwartet bis zum Jahr 2100 zunehmen, sondern



⁹ Vgl. Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, S. 42 ff., a.a.O.

¹⁰ Mittelgruppe = 74 Länder mit einer Geburtenrate von 2,1 bis 5. Dazu gehören u.a. Indien, Brasilien, Ägypten, Indonesien, Bangladesch, Mexiko und die Philippinen.



nach 2050 abnehmen. Damit würde sich der Trend – zum ersten Mal in der Geschichte – umkehren und ein neues demografisches Paradigma begründen.

Anstieg der Geburtenrate in Europa auf Reproduktionsniveau kaum vorstellbar

Gibt es Chancen, dass das Reproduktionsniveau rasch wieder erreicht wird? Für die meisten Länder in Europa und insbesondere Deutschland kann die Frage wohl mit einem Nein beantwortet werden. Die UN rechnet zwar in ihrer mittleren Variante, dass die Geburtenrate in den europäischen Industrieländern ab 2015 steigt und 2045-2050 knapp 1,8 erreicht, gegenüber derzeit 1,5. Damit wäre sie aber immer noch deutlich unter dem Reproduktionsniveau. Für Deutschland geht die UN von einem Anstieg der Geburtenrate bis 2050 auf etwa 1,6 aus. Dies erscheint jedoch dem Statistischen Bundesamt angesichts der Ausgangslage und der Entwicklungstendenz zu optimistisch. Doch selbst wenn es gelingen würde, die Geburtenrate wieder auf das Reproduktionsniveau von 2,1 zu erhöhen und damit den Sterbeüberschuss langsam abzubauen, würde es noch mehrere Dekaden dauern, bis es auch zu einer Entspannung im Altersaufbau der Bevölkerungspyramide kommt und der Altenquotient zurückgeht. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die Zahl der in Frage kommenden Mütter zu gering ist, um eine schnelle Korrektur zu erreichen. Es sei denn, der Anstieg käme sehr schnell und würde sich noch merklich auf die Geburtenneigung der Babyboom-Generation auswirken.

3.3. Die Handlungsalternativen – keine kurzfristigen Lösungen

Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung scheint die Botschaft klar: Will man der Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft Einhalt gebieten, muss aufgrund der langen Reaktionszeiten jetzt gehandelt werden.

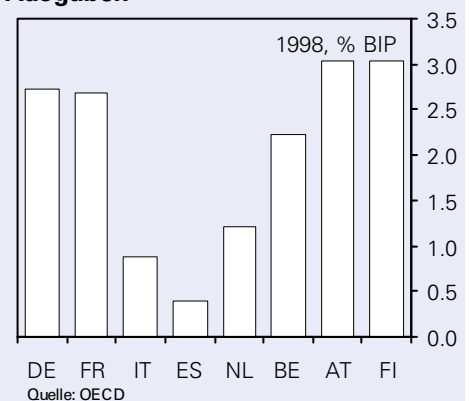
Wie sehen die Handlungsalternativen aus? Wo kann die Politik ansetzen? Der naheliegendste Ansatzpunkt liegt in einer Erhöhung der Geburtenrate. Aber auch mit einem kräftigen Anstieg lässt sich die Entwicklung in den kommenden Dekaden – wie oben dargestellt – nur sehr langsam korrigieren. Gleichwohl ist es die einzige Möglichkeit, die ein Schrumpfen der Bevölkerung und einen drastischen Anstieg des Durchschnittsalters verhindert.

Familienpolitik: Was kann sie leisten?

Maßnahmen einer aktiven Familienpolitik in den alternden Industrienationen wären finanzielle Anreize, die Schaffung eines familienfördernden Umfelds und die Förderung eines gesellschaftlichen Wertewandels.

Zur ersten Kategorie zählen hauptsächlich Unterstützungen durch den Staat, wobei die Anhebung von Transfers für Familien (wie Kindergeld und zusätzliche steuerliche Erleichterungen) die in der öffentlichen Diskussion wohl bekanntesten Vorschläge sind. Weitere Möglichkeiten wären beispielsweise eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rentenversicherung und kinderabhängige Beiträge zur Sozialversicherung. Ein familienfreundlicheres Umfeld könnte durch zusätzliche Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztageschulen sowie Hilfen bei der häuslichen Betreuung erreicht werden. Flexible Arbeitszeitregelungen sowie die Schaffung von Heimarbeitsplätzen gehören ebenfalls dazu. Die dritte Möglichkeit, nämlich einen gesellschaftlichen Wer-

Familienpolitik: Öffentliche Ausgaben



tewandel einzuleiten, ist wohl am schwierigsten zu realisieren. Hier geht es letztlich darum, elterlichen Erziehungsleistungen eine verstärkte Anerkennung in der Gesellschaft zukommen zu lassen. Eine Familie zu gründen und mindestens 2 Kinder zu haben müsste zu einem der wichtigsten Ziele in der Gesellschaft werden. Dies würde jedoch eine Abkehr des derzeitigen Trends zur Individualität bedeuten und die Familie/Kinder in den Mittelpunkt des Lebens und der gesellschaftlichen Bedeutung rücken.

Wenn auch das Instrumentarium einer Familienpolitik bereitsteht, ist es eher unwahrscheinlich, dass sich durch die erwähnten Maßnahmen eine rasche und nachhaltige Erhöhung der Geburtenrate erzielen ließe. Eine Familienpolitik kann zwar das Umfeld verbessern und die Hindernisse aus dem Weg räumen, die bei der Verwirklichung des Kinderwunsches bestehen. Sie kann aber letztlich nicht den Wunsch nach einem Kind entstehen lassen. Darin liegt wohl das größte Problem. So hat beispielsweise der Anteil der zeitlebens kinderlosen Frauen in Deutschland seit dem Geburtenjahrgang 1940 von 10% auf rund ein Drittel zugenommen. Innerhalb der Gruppe der Frauen mit Kindern beträgt die Geburtenrate rund 2 und liegt damit auf dem natürlichen Reproduktionsniveau. Es geht heute also vor allem darum, dieses eine Drittel kinderloser Frauen dazu zu bewegen, Kinder zu bekommen und weniger um die Entscheidung für das zweite oder dritte Kind. Daher scheint auch das nach der Kinderzahl gestaffelte Kindergeld kein echter Anreiz für das erste Kind zu sein. Aus bevölkerungspolitischer Sicht wäre ein hohes Kindergeld für das erste Kind sinnvoller. Auch die anderen familienpolitischen Maßnahmen scheinen bei der 0 oder 1-Entscheidung nur wenig Wirkung zu besitzen. Aus heutiger Sicht spricht daher wenig dafür, dass mit einer Familienpolitik, die größtenteils auf Transfers basiert, die Geburtenrate in absehbarer Zeit in Richtung Reproduktionsrate zunimmt.

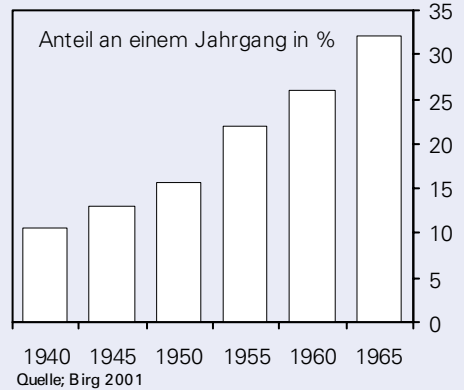
Zuwanderung: Die einzige Lösung?

Führt die Familienpolitik nicht bzw. nicht im notwendigen Maß zum Ziel, bleibt als Möglichkeit, die Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft zu stoppen bzw. sogar umzukehren, noch eine aktive Zuwanderungspolitik. Gibt sie größeren Anlass zur Hoffnung als die Familienpolitik?

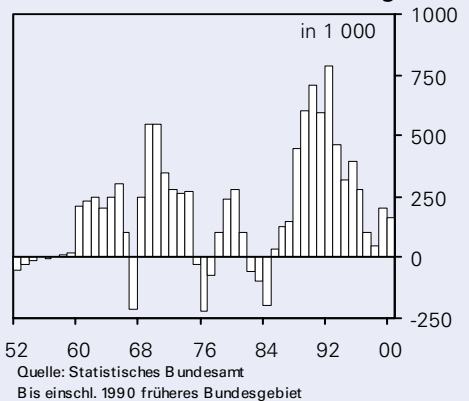
Berechnungen der UN über die für eine Stabilisierung der Gesamt- und der Erwerbsbevölkerung¹¹ nötigen Migrationsströme lassen kaum Optimismus zu. Demnach ist allein zur Stabilisierung der Bevölkerung in Deutschland eine Bestandserhaltungsmigration von knapp 350 000 Personen pro Jahr notwendig. Soll auch der Rückgang der Erwerbspersonen vermieden werden, wäre sogar eine Zuwanderung von rund 500 000 Personen pro Jahr erforderlich. Für Europa insgesamt wären Zuwanderungen von 950 000 Personen (Bestandserhaltung) bzw. mehr als 1,5 Mio. jährlich (Konstanz der Erwerbstätigen) notwendig.

Will man darüber hinaus mit Zuwanderung allein das Alterungsproblem der Gesellschaft lösen und den Altenquotienten konstant halten, müssten Jahr für Jahr sogar etwa 3½ Mio. Menschen allein nach Deutschland und insgesamt rund 13½ Mio. jährlich in die EU einwandern. Dies bedeutet, dass bis 2050 der Zuwanderungsstrom nach Deutschland insgesamt fast 190 Mio. betragen müsste, um den Altenquotienten zu stabilisieren. Dies resultiert vor allem daraus, dass das wegen der Ba-

Zeitlebens kinderlose Frauen in Deutschland



Deutschland: Nettowanderungen



¹¹ United Nations Population Division: Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?, 2000.



byboom-Generation derzeit relativ günstige Verhältnis von Rentnern und Erwerbstätigen dem einer rasch wachsenden Bevölkerung entspricht und sich daher rasch und stark verschlechtern wird. Zudem altern ja die Eingewanderten ebenfalls und tragen so selbst zur Erhöhung des Altenquotienten bei. Für die EU insgesamt müsste sich die Zuwanderung in den kommenden 50 Jahren auf rund 700 Mio. summieren.

Zuwanderung: Welche Größenordnung ist realistisch?

Die diskutierten Größenordnungen der Zuwanderungen sind offensichtlich wenig realistisch. Was kann in den kommenden Jahren erwartet werden und woher kommen die Zuwanderer? Zunächst ist hier an die EU-Beitrittskandidaten, d.h. im wesentlichen die osteuropäischen Länder, zu denken. Hier allerdings auf eine starke Wanderungsbewegung nach dem Beitritt zu hoffen, wäre verfehlt. Zwar zeigen jüngere Studien zur Ost-West-Migration ein erwähnenswertes Potenzial auf. Dieses wird jedoch keineswegs ausreichen, die Alterungs- und Schrumpfungprobleme in vielen europäischen Industrieländern auch nur halbwegs zu beseitigen. Zudem kämpfen die osteuropäischen Beitrittsländer selbst mit sinkenden Bevölkerungszahlen und alternden Gesellschaften, so dass eine Abwanderung die Probleme in diesen Ländern noch merklich verstärken würde. Realistisch kann wohl von einem Ost-West-Migrationspotenzial in den kommenden 15 Jahren von (netto) insgesamt 1 ½ bis 2 Mio. und damit jährlich bis zu 150 000 Menschen ausgegangen werden¹². Dies würde in etwa der durchschnittlichen Zuwanderung nach Deutschland in den letzten Dekaden entsprechen.

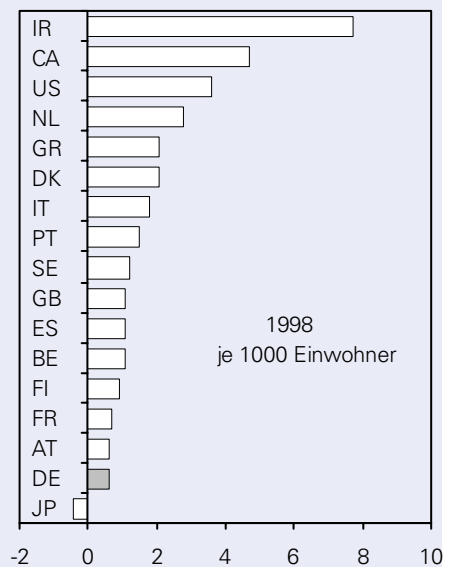
Daneben dürfte es zu massiven Zuwanderung aus den bevölkerungsreichen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens kommen.

3.4. Fazit – Politik muss jetzt handeln

Die Schrumpfung und Alterung der Gesellschaften vor allem in Europa und Japan ist kaum aufzuhalten. Familienpolitische Maßnahmen haben wohl nicht die Kraft, diese Entwicklung umzukehren bzw. die Problematik nachhaltig zu entschärfen. Es ist auch kaum damit zu rechnen, dass die notwendige Zahl von Einwanderungen erreicht wird und/oder die Geburtenrate rasch und nachhaltig steigt. Dies hat enorme Implikationen. Die demografische Entwicklung wird zu drastischen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft führen. Es muss jetzt gehandelt werden, damit die notwendigen Anpassungen an die demografischen Veränderungen nicht allzu abrupt und heftig ausfallen. Vor allem gilt es heute die Weichen dafür zu stellen, dass die besonders betroffenen Bereiche Gesundheit und Altersvorsorge auch in den nächsten Dekaden funktionsfähig und finanzierbar bleiben.

¹² Straubhaar, T.: Ost-West-Migrationspotenzial: Wie groß ist es?, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 222 (2002), Heft 1, S. 22-41, 2002. Dabei schätzt Straubhaar das Ost-West-Migrationspotenzial aufgrund der Nord-Süd-Erfahrungen. Er verwendet zur Bestimmung des Migrationsverhaltens die Einkommenslücke, die unterschiedlichen Beschäftigungsmöglichkeiten, die Anzahl der schon aus diesen Ländern eingewanderten Personen (Netzwerkeffekte) und die räumliche Distanz. Zu ähnlichen Resultaten kommen auch die Studien von Bauer, T.; Zimmermann, K.: Assessment of possible migration pressure and its labour market impact following EU enlargement to Central and Eastern Europe, Study for the UK department for Education and Employment, UZA (Bonn), London (CEPR), Juli 1999 und Sinn, H. et al.: EU-Erweiterung und Arbeitskräfteemigration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung des Arbeitsmarktes, Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung: 2, München 2001. Alles in allem zeigt sich, dass trotz sehr unterschiedlicher Annahmen, Vorgehensweisen und Schätzverfahren die 1992 von Layard, Blanchard, Dornbusch und Krugman aufgestellte „Faustregel“, wonach etwa 3% der mittel- und osteuropäischen Bevölkerung über eine Periode von 1-2 Dekaden in die heutigen EU-Länder umziehen dürften, größtenteils bestätigt wird. Vgl. hierzu Layard, R.; Blanchard, O.; Dornbusch, R.; Krugman, P.: East-West Migration: The Alternatives, 1992.

Nettowanderungssaldo



4. Gesellschaftliche Implikationen

Eine derart dramatische Veränderung der Gesellschaft, wie sie durch die demografische Entwicklung angelegt ist, wird auf die Einstellungen und Verhaltensweisen sowohl auf der individuellen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene deutliche Auswirkungen haben. Die negativen Effekte der Demografie auf das Wirtschaftswachstum (vgl. 5.2.) könnten zur Hinterfragung des derzeitigen Wertekanons führen. Generationengerechtigkeit und Zuwanderungspolitik dürften zu noch brisanteren politischen Themen werden. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob wir auf eine Gerontokratie (siehe unten) zusteuern, in der eine wachsende Mehrheit an "Alten" immer häufiger politische Entscheidungen in ihrem Interesse beeinflusst wird.

4.1. Wertewandel – die graue Revolution

Einschneidende Veränderungen haben auch in der Vergangenheit häufig einen Wertewandel bewirkt. Unterschiedliche Lebens- und Wohlfahrtsbedingungen einer Generation führen zu unterschiedlichen Erfahrungen und Gewohnheiten und letztlich zu anderen Einstellungen zum Leben. So wurden beispielsweise in Deutschland die Pflicht- und Akzeptanzwerte der Kriegsgeneration von der Nachkriegsgeneration durch zunehmende Selbstentfaltung- und Individualisierungswerte abgelöst. Ein Trend, der sich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts fortgesetzt hat. Ob dies auch in Zukunft der Fall sein wird, ist umstritten. Häufig findet man die Hypothese, dass sich der Individualisierungstrend abschwächen und die Gesellschaft eine "Graue Revolution" erfahren wird.

"Zunehmende Individualisierung" – ja oder nein?

Das Institut für Demoskopie in Allensbach sieht Anzeichen dafür, dass sich zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder ein Wertewandel abzeichnen könnte.¹³ Jüngste Umfragen zeigen, dass traditionelle Werte wie Höflichkeit, Arbeitsethik, Sparsamkeit und auch der Wille, sich in eine Ordnung einzufügen, wieder an Bedeutung zugenommen haben. Nach wie vor ungebrochen ist jedoch der Trend zum Lebensgenuss. Mehr als die Hälfte aller unter 30-Jährigen sieht den Sinn des Lebens weniger darin "etwas zu leisten", als glücklich zu werden und zu "genießen".

Das Zukunftsinstitut vermutet, dass die "klassische" Individualisierung der 80er und 90er Jahre in der Zukunft durch den sog. "Soft-Individualismus" abgelöst werden könnte – einer Kombination aus Selbstverwirklichung und Kooperation.¹⁴ In der neuen Teamwork- und Netzwerkkultur könnten sich die Strukturen einer einerseits individuellen, andererseits aber kooperierenden sozialen Welt herausbilden. Kooperation könnte dabei eine notwendige Voraussetzung sein, um im Rahmen des Globalisierungsprozesses persönliche Ziele zu erreichen. Inwieweit dann durch zunehmende Ressourcenknappheit Kooperation gefördert oder gefährdet werden kann, bleibt offen.

Opaschowski sieht in seinem Buch "Deutschland 2010" sogar eine weitere Verschärfung des Individualisierungstrends.¹⁵ Deutschland 2010 werde eine Leistungs- und Konsumgesellschaft, eine Chancen- und

Mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung wird ein Wertewandel einhergehen

Der Individualisierungstrend der letzten 30 Jahre wird sich auch in Zukunft fortsetzen, ...

... sich aber vermutlich abschwächen

¹³ Vgl. Noelle-Neumann, E.; Peterson, T.: Zeitenwende, Der Wertewandel 30 Jahre später, Das Parlament, Juli 2001.

¹⁴ Vgl. Zukunftsinstitut: Das Sphärensystem – Die Soziosphäre. www.zukunftsinstitut.de, Juni 2002.

¹⁵ Vgl. Opaschowski, H.: Deutschland 2010, Wie wir morgen arbeiten und leben – Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft, 2001.



eine Risikogesellschaft sein. Es werde eine Wertevielfalt geben, bei der sich jeder Jugendliche "bedarfsgerecht (wie im Geschäftsleben) ein eigenes Orientierungssystem schafft und eigenverantwortlich (nicht sozialverantwortlich) einen persönlichen Wertekosmos bastelt".¹⁶ Dabei werde versucht, sich möglichst von bestimmten Handlungsvorgaben und Normen wie bspw. Verantwortungsbewusstsein zu befreien, vermutlich zu Lasten von Stabilität und Solidarität.

Insbesondere für die Zeit nach 2010, wenn der demografisch bedingte Rückgang des Wirtschaftswachstums offensichtlich wird und angebotsbedingt der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt schwindet, könnte es zu einer Abkehr vom Leistungs- und Karrierebewusstsein kommen und die Menschen könnten ihre Erfüllung außerhalb der erwerbsorientierten Wirtschaft suchen (z.B. in gemeinnützigen Institutionen).

Die "Graue Revolution"

Während bislang die Jugend den kulturellen Wandel dominierte, dürfte es in den kommenden Jahrzehnten durch die demografische Entwicklung zu einer generellen Umorientierung kommen. Der Aufstieg der „Neuen Alten“ zur neuen dominierenden Schicht dürfte zu einer kulturellen Neubewertung des Alters führen. Entweder werden Erfahrung, Wissen und Ausgeglichenheit zu neuen Orientierungswerten, oder aber "Jugendlichkeit" wird noch im fortgeschrittenen Alter zelebriert. In der Arbeitswelt könnte die neue Talent-Knappheit zu einer Wiederentdeckung der „Grey Achievers“ führen. Mit verlängertem Ruhestand könnte das Streben nach neuen Aufgaben und damit auch nach sozialem Engagement zunehmen. Wichtig ist dabei, dass die Gesellschaft den Rahmen für eine "Kultur des Mäzenatentums" schafft, d.h. sowohl Möglichkeiten für soziales Engagement bereitstellt als auch das gesellschaftliche Ansehen von gemeinnützigen Tätigkeiten steigert. Insgesamt wird ein bedeutendes Ziel im 21. Jahrhundert sein, der Rollenlosigkeit der älteren Generation entgegenzuwirken und ihnen das Gefühl zu nehmen, nicht mehr gebraucht zu werden.

Die "Neuen Alten" werden den kulturellen Wandel maßgeblich beeinflussen

Die neue fünfteilige Lebens-Biographie

Die Triebfeder für den zu erwartenden Wertewandel liegt darin, dass man sich zunehmend mit 50 Jahren nicht mehr dem Ende des Schaffens nähert, sondern in der Mitte des Lebens steht. Dabei hat die demografische Entwicklung, zusammen mit dem fortschreitenden Trend zur Individualisierung, die klassischen drei Lebensphasen der industriellen Gesellschaft bereits aufgelöst und durch eine fünfteilige Lebensbiographie ersetzt, die auch in naher Zukunft Gültigkeit besitzen wird (siehe Grafik S. 18).

Zwischen Jugend und Familiengründung entsteht die sog. "Post-Adoleszenz"-Phase, in der junge Erwachsene verschiedene Jobs, Partnerschaften und Lebensmodelle ausprobieren. Eine weitere neue Phase, der sog. "Zweite Aufbruch", beginnt dann mit dem 50. Lebensjahr und

¹⁶ In diesem Zusammenhang fällt häufig der Begriff des "Lebensunternehmers". Vgl. auch Deutsches Institut für Altersvorsorge: Lebenswelten 2020, So werden wir leben – 26 Zukunftsforscher über die Chancen von morgen, 2000.

erstreckt sich bis zum Ruhestand. In dieser Phase kommt es verstärkt zur Lebensbilanzierung und "Selbstentdeckungsreise", bei der die Menschen ihren bisherigen Lebensverlauf bewerten.

Ganz allgemein beobachtet man durch die zunehmende Alterung der Gesellschaft eine Verschiebung der "Altersschwellen" nach oben. Laut Verbraucher-Analyse 1999 ergab sich in den letzten 15 Jahren je nach Konsum- und Freizeitverhalten eine generelle Niveau-Verschiebung in Richtung älterer Jahrgänge um fünf bis zehn Jahre. Diese Entwicklung wird im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte weiter voranschreiten. Daher werden sich Medienunternehmen zur Zielgruppenbestimmung in Zukunft weniger an Altersangaben orientieren, als vielmehr an der qualitativen Beschreibung der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund ist auch denkbar, dass die aktuelle fünfteilige Lebensbiographie irgendwann um weitere Phasen ergänzt wird bzw. die Grenzen zwischen den Phasen zunehmend verschwimmen werden.

Familie

Der nach wie vor stark ausgeprägte Individualismus gepaart mit der demografischen Entwicklung und dem verstärkten Einzug von Frauen ins Erwerbsleben könnte die Anzahl kinderloser Ehepaare und Singles weiter steigen und darüber hinaus neue Formen des Zusammenlebens entstehen lassen.¹⁷

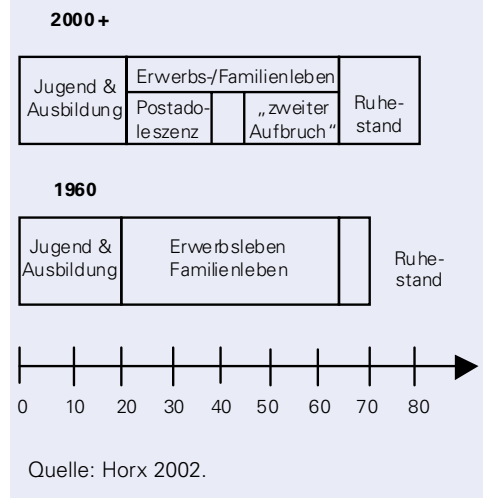
Das heißt nicht, dass die Bedeutung von und der Wunsch nach einer Familie in den letzten Jahren stark gesunken sind. Vielmehr verringert die aktuelle Lebenssituation, charakterisiert durch einen engen Arbeitsmarkt und die dadurch getriebene Fokussierung auf die eigene Karriere und die Sicherstellung der eigenen Lebensgrundlage, die Möglichkeiten zur Familiengründung. Möchte jedoch die Gesellschaft verhindern, dass die Familie gegenüber dem Freundes- und Bekanntenkreis in den Hintergrund gerät, muss sie Institutionen schaffen, die eine Kompatibilität von Familie und Karriere ermöglichen.

Bliebe der Single-Trend bestehen, so dürfte dies einen zunehmend negativen Einfluss auf das Generationenverhältnis haben. Gerät der Familienkosmos verstärkt in den Hintergrund, wird der Inter-Generationenaustausch zunehmend schwieriger. Andererseits könnte sich jedoch mit steigender Lebenserwartung und Pluralisierung der Lebensformen der Austausch zwischen den Generationen auch intensivieren.

4.2. Generationengerechtigkeit?

Beim Thema Generationengerechtigkeit bzw. Generationenkonflikt steht häufig die Frage im Mittelpunkt: "Leben die Alten auf Kosten der Jungen oder leben die Jungen auf Kosten der Alten?" Diese Frage ist sicherlich nicht einfach zu beantworten. Allerdings gilt, dass die wirklich "Jungen" und die wirklich "Alten" auf Kosten der aktiven, d.h. der arbeitenden Generation leben. Was aber die Generationengerechtigkeit betrifft, so ist weniger von Bedeutung, wie sich Lasten und Erträge auf das Leben jedes einzelnen verteilen, als vielmehr wie sie in der Gesamtsumme aussehen, ob also Jahrgänge unterschiedlich abschneiden.

Fünfteilige Lebensbiografie



Familien-Haushalte weichen zunehmend Single-Haushalten und anderen Formen des Zusammenlebens

¹⁷ Vgl. Enquete Kommission des Deutschen Bundestages: Demographischer Wandel, Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, Schlussbericht, März 2002.



Generationengerechtigkeit – das Konzept

Dabei sollte eine Gesellschaft dem "Prinzip der Generationengerechtigkeit" folgen. Dies bedeutet, dass keine Generation bewusst gegenüber einer anderen bevorzugt oder benachteiligt werden soll. Eine generationengerechte Politik soll sich daher auf eine gerechte Aufteilung von Ämtern, Personen, Waren, Dienstleistungen, Informationen, Natur und Umwelt, Reichtümern, Bodenschätzen und langfristigen Lebensgrundlagen zwischen den Generationen konzentrieren.¹⁸

Um die Gesamtbelastung einzelner Generationen durch den Staat (und damit indirekt auch die Belastung durch die anderen Generationen) zu erfassen, dient die Methode der Generationenbilanzierung.

Generationenbilanzierung

Bei der Generationenbilanzierung werden alle bestehenden Finanzbeziehungen zwischen den Bürgern und dem Staat innerhalb eines Ausgangsjahres erfasst, altersmäßig zugerechnet und dann saldiert.¹⁹ Ergebnis ist ein altersspezifisches Profil diskontierter Nettozahlungsströme zwischen Bürgern und Staat.

Die rechtsseitige Grafik gibt einen Überblick über den typischen Verlauf dieser Zahlungsströme in den meisten europäischen Ländern. Es zeigt sich, dass sehr junge und alte Menschen vom Transfersystem profitieren und zwar durch Steuerzahlungen der erwerbstätigen Bevölkerung. Für ein neugeborenes Kind ist der diskontierte Lebens-Zahlungsstrom sogar positiv. Das bedeutet, dass hohe Bildungsausgaben und Rentenansprüche insgesamt die erwarteten Steuerverbindlichkeiten kompensieren werden. D.h. aber auch, dass sich die europäischen Staaten zunehmend verschulden. Irgendwann müssen aber nachfolgende Generationen die steigende Schuldenlast tragen.

Für Deutschland kommt z.B. eine Studie der Bundesbank zur Generationenbilanzierung²⁰ zu dem Schluss, dass bei Beibehaltung der finanzpolitischen Bedingungen des Jahres 2000 Neugeborene im Verlauf ihres Lebens im Durchschnitt geringfügig mehr Leistungen vom Staat erhalten als sie an ihn zahlen. Mit 25 Jahren ist der Barwert der verbleibenden an den Staat zu leistenden Nettozahlungen maximal (knapp EUR 150,000), 45-Jährige weisen ein ausgeglichenes Generationenkonto auf, und heute 65-Jährige können mit einem maximalen Nettotransfer durch den Staat in Höhe von knapp EUR 225,000 rechnen.

4.3. Die Herrschaft der Alten?

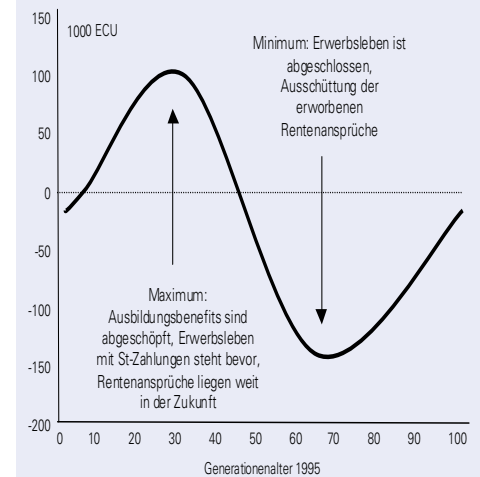
Die Vermutung liegt nahe, dass sich mit zunehmender Alterung der Gesellschaft sowohl die Parteien-Landschaft als auch das Wahlverhalten ändern wird. Viele sprechen von dem Entstehen einer Gerontokratie, in der die "Alten" aufgrund der Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse politisch über die "Jungen" bestimmen werden. Aber wie realistisch ist dieses Szenario wirklich und welche Konsequenzen hätte dies

¹⁸ Vgl. Lein, K.; Tremmel, J.: Das Prinzip Generationengerechtigkeit, Alfred Herrhausen Gesellschaft (Hrsg.): Generationen im Konflikt, 2000.

¹⁹ Dabei werden alle gegenwärtigen und zukünftig erwarteten Zahlungsströme unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung einbezogen.

²⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank: Zur langfristigen Tragfähigkeit der Öffentlichen Haushalte, Eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, Monatsbericht Dezember 2001.

Generationenbilanzierung in der EU*



*Quelle: EU Kommission 1999, DBR. Ein negativer Barwert bedeutet einen Nettotransfer vom Staat zum Individuum, während ein positiver Wert einen Nettozahlungsstrom vom Individuum zum Staat kennzeichnet. (Nettoposition über die jeweils verbleibende Lebenszeit)

In Deutschland ist die Generationenbilanz eines Neugeborenen positiv

für die gegenwärtige und zukünftige Gesellschaft? Droht ein Teufelskreis aus fortschreitender Alterung der Bevölkerung und zunehmendem Mangel an Reformfähigkeit?

Zusammenhang zwischen Alter und Wahlverhalten

Bisher gibt es keinen empirischen Nachweis eines eindeutigen Zusammenhangs zwischen Alter und Wahlverhalten.²¹ Die Gründe für dieses Ergebnis sind vielschichtig und reichen bis zur Problematik der statistischen Erfassung und Auswertung.²² Aber wie wird das Wahlverhalten in Zukunft aussehen? Es ist zu erwarten, dass mit zunehmender Alterung der Gesellschaft und verstärktem Rückgang der Geburten die Gruppe derjenigen, die im Interesse ihrer Kinder wählen und dadurch in die Zukunft der Gesellschaft "investieren", zunehmend kleiner wird. Dies wird auch seinen Niederschlag in den Parteiprogrammen finden. So bieten sie im Augenblick "noch für jeden etwas", werden aber in der Zukunft vermutlich primär Inhalte adressieren, die für ältere Menschen von Interesse sind. Dadurch kann das zum heutigen Zeitpunkt noch gering ausgeprägte eigene Interessenbewusstsein der "Alten" in der Zukunft deutlich steigen.²³ Schon jetzt ist der Anfang dieser Entwicklung erkennbar, da alte Menschen einen steigenden Anteil der Wahlberechtigten repräsentieren, eine wachsende Mehrheit in Großverbänden wie den Gewerkschaften stellen, zunehmend eigene Organisationen gründen und in Parteien und Seniorenbeiräten präsent sind, nicht zuletzt um sich auch im Ruhestand weiter zu engagieren. Insbesondere in den letzten Jahren war die höchste Wahlbeteiligung immer bei den über 45-Jährigen zu finden. Das zeigt auch, dass mit zunehmendem Alter das Politikinteresse steigt.

Wahlverhalten in Deutschland

In Deutschland ist ein grobes Muster im Wahlverhalten erkennbar, das mit bestimmten Alterskohorten in Verbindung gebracht werden kann: So wird mit steigendem Alter zunehmend konservativ gewählt (CDU, FDP). Insgesamt war jedoch die Altersstruktur der Wählerschaft der FDP bei der letzten Bundestagswahl ziemlich ausgeglichen. Ähnliches gilt auch für die SPD, die jedoch 1980 noch eine hohe Akzeptanz unter den jungen Wählern hatte. Die "Grünen" sind nach wie vor die Partei der Jungen, da sie in den Augen ihrer Wähler für nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik stehen und sich auch in der Sozialpolitik als Interessenvertreter der jüngeren Generation profilieren. Nichtsdestotrotz hat sich in den letzten Jahren innerhalb der Partei ein programmatischer Wandel weg von radikalökologischen Forderungen hin zu mehr pragmatisch-reformerischen Konzepten vollzogen, mit dem auch die Wählerschaft zunehmend "ergraut" ist. Insgesamt erweist es sich jedoch als schwierig die gewählten Parteien entsprechenden altersspezifischen Interessen zuzuordnen. Nebenstehende Grafik gibt einen Überblick über die Alterskohorten, die verglichen mit dem gesamten Parteiergebnis einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Wählern mobilisiert haben.

²¹ Vgl. Age Concern England: Values and Attitudes in an Ageing Society, 1999.

²² Es ist denkbar, dass viele der Wahlberechtigten diejenige Partei wählen, von der sie sich rein ideologisch am meisten angesprochen fühlen, unabhängig von bestimmten altersabhängigen Wahlthemen. Es ist auch denkbar, dass Parteien nach bestimmten einzelnen Interessen ausgewählt werden, diese jedoch aufgrund der politischen Breite der Parteiprogramme nicht ausschließlich bestimmten Alterskohorten zugeordnet werden können. Darüber hinaus ist auch vorstellbar, dass einige "Ältere" versuchen, im Interesse ihrer Nachkommen zu wählen, um ihnen eine möglichst positive Zukunftsperspektive zu eröffnen.

²³ Vgl. Enquete Kommission des Deutschen Bundestags: Demographischer Wandel, Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, Schlussbericht, März 2002.

Deutschland: Bundestagswahlanalyse

		Altersgruppen				
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+
CDU	1980					
	1990					
	1998					
SPD	1980					
	1990					
	1998					
FDP	1980					
	1990					
	1998					
Grüne	1980					
	1990					
	1998					
PDS	1980					
	1990					
	1998					
REP	1980					
	1990					
	1998					
Sonst.	1980					
	1990					
	1998					
Wahlbeteiligung	1972					
	1980					
	1990					

Konrad-Adenauer-Stiftung 2001, DBR. Graue Unterlegungen markieren Alterskohorten, in denen relativ zum Gesamtwahlergebnis der Partei ein überdurchschnittlich hoher Wähleranteil erreicht wurde. Es ist zu beachten, dass daraus keine Schlussfolgerungen über das Durchschnittsalter der Wählerschaft einer Partei gezogen werden können.



Alter und Wahlverhalten – Reformfähigkeit einer alternden Gesellschaft

Für den Fall einer vollständig eigeninteressendominierten Wahlentscheidung haben Sinn/Übelmesser ein Modell zur Messung der Reformfähigkeit einer alternden Gesellschaft entwickelt.²⁴ Am Beispiel einer Riester-ähnlichen Rentenreform zeigen die beiden Autoren, dass eine mögliche politische Mehrheit für den Wechsel vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren nur bis etwa 2020 in Deutschland existieren würde. Ab 2023 ist dann der Anteil der jungen Bevölkerung, für die sich der Umstieg auf das Kapitaldeckungsverfahren noch lohnt, bereits in der Minderheit; bereits 2027 wären gut 55% gegen die Reform. D.h. spätestens ab 2030 könnte von einer Gerontokratie gesprochen werden, in der die Wahrscheinlichkeit für die Durchsetzbarkeit derartiger Rentenreformen gering ist.

Es ist zu beachten, dass es sich bei der Analyse um ein ökonomisches Modell mit sehr stringenten Annahmen handelt. So ist sicherlich nicht zu erwarten, dass politische Entscheidungen in der Zukunft nur noch auf Basis individueller Kosten-Nutzen-Analysen getroffen werden. Dennoch veranschaulicht das Modell sehr gut das steigende Machtpotential der "Alten". Inwieweit davon Gebrauch gemacht wird, wird sich erst in der Zukunft zeigen. Zum jetzigen Zeitpunkt beziehen die älteren Generationen bei ihren Wahlentscheidungen die Interessen der Nachfolgenerationen mit ein.²⁵

4.4. Zuwanderungspolitik - gesellschaftspolitischer Zündstoff

Wichtig wird die Einstellung einer alternden Gesellschaft zur Zuwanderungspolitik sein, da sich hier ein Konflikt zwischen zunehmender Xenophobie und fehlenden Arbeitskräften insbesondere im Dienstleistungsbereich (Pflege) ergeben könnte. Zuwanderung wird einerseits durch die gesellschaftlichen Wertvorstellungen beeinflusst, hat andererseits aber erhebliche Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Wandel, da durch die vermehrten Migrationsströme die Bevölkerung zunehmend diversifiziert wird. Dabei rätseln Zukunftsforscher und Soziologen, ob sich am Ende ein Miteinander in Vielfalt herausbilden oder ob es zu Polarisierung durch Minoritäten kommen wird. Die Antwort hängt entscheidend von der Identitätsbildung der Migranten ab.

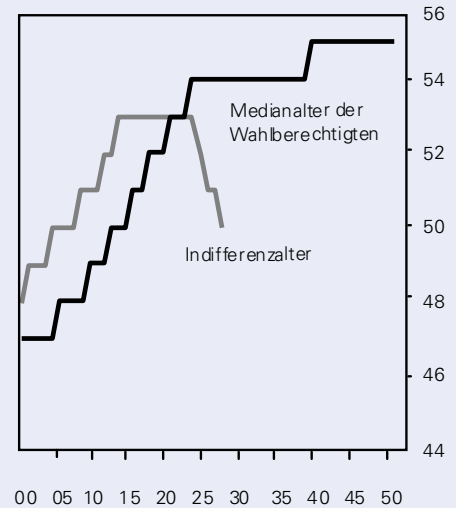
Identitätsbildung und „change competence“

Im Rahmen der Identitätsbildung können drei Formen unterschieden werden: Immigranten entwickeln entweder eine "doppelte Identität" (z.B. 75% türkisch, 25% deutsch) und schätzen dabei die Möglichkeit ein Mehr an Verhaltensoptionen zu haben, oder, zweitens, adoptieren vollständig die Mentalität des Ziellandes bzw. konservieren die Identität des Herkunftslandes oder, drittens, sie schaffen es nicht, irgendeine Form der Identität aufzubauen, was häufig in einen Zustand der Verunsicherung mündet. Welcher der Zustände sich herausbildet, hängt entscheidend von der sogenannten „change competence“ ab, dem Maß an Offenheit und Lernfähigkeit jedes einzelnen. Auf gesellschaftlicher

²⁴ Sinn, H.; Übelmesser, S.: Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany, erscheint demnächst in: European Journal of Political Economy.

²⁵ Vergleichbare Studien gibt es bisher nicht. Nichtsdestotrotz ist zu erwarten, dass die Analyse des politischen Machtpotenzials der älteren Bevölkerung im Rahmen der demographischen Entwicklung zunehmende Bedeutung erlangen wird.

Mehrheitsverhältnisse für eine Riester-ähnliche Rentenreform in einer alternden Gesellschaft



(1) Das Medianalter ist das Alter bei dem 50% der wahlberechtigten Bevölkerung darunter und 50% darüber liegen. (2) Das Indifferenzalter ist das Alter derjenigen Bevölkerung, für die der diskontierte Nettozahlungsstrom aus der Reform Null beträgt und somit die entsprechenden Wahlberechtigten indifferent gegenüber der Reform-einführung sind. Ist das Medianalter nun unterhalb des Indifferenzalters, dann ist eine derartige Reform durchsetzbar, liegt es höher, dann wird so eine Reform von einer von "Alten" dominierten Gesellschaft abgelehnt.

Quelle: Sinn/Übelmesser

Zuwanderer bauen unterschiedliche Formen der Identität auf...

... welche, hängt maßgeblich von der „change competence“ ab

Ebene ist dabei denkbar, dass sich eines von drei Systemen etablieren wird, entweder Assimilierung, Polarisierung oder ein interkulturelles System.

Gesellschaftsformen

Ein optimistisches Szenario wäre, dass transnationale Migrationsprozesse (die in Zukunft hauptsächlich zwischen unterschiedlichen Kulturkreisen stattfinden werden) zu einem Aufweichen nationaler und kultureller Grenzen führen werden und sich langfristig eine Weltgesellschaft herausbilden wird. Auf Länderebene wäre hier das Beispiel der USA anzuführen, wo ein ähnlicher Prozess stattgefunden hat. Das Gesellschaftsbild der USA ist geprägt von einer relativ diversifizierten Gruppe von Einwanderern, die im Laufe der Zeit in vielen Bereichen eine einheitliche Identität entwickelt haben, nämlich die des U.S.-Amerikaners.

Gleichzeitig ist jedoch auch denkbar, dass im Falle erfolgloser Integrationspolitik die Gesellschaft in eine (große) Anzahl heterogener Subpopulationen zerfällt, in der (viele) Minderheiten verstärkt unterschiedliche Eigeninteressen verfolgen werden (Polarisierung oder interkulturelle "Multiminoritätengesellschaft", abhängig von der Anzahl an Minderheiten).²⁶ Wie die Beispiele Jugoslawien oder die Sowjetunion in der Vergangenheit gezeigt haben, scheinen derartige Gesellschaftsformen jedoch langfristig nicht lebensfähig zu sein.

Auch in Deutschland ist die Integration von Zuwanderern bisher nicht sehr erfolgreich verlaufen, wie die PISA Studie und Arbeitslosenstatistiken belegen, in denen Ausländer überdurchschnittlich schlecht abschneiden. Möchte man eine Multiminoritätengesellschaft oder womöglich sogar Polarisierung vermeiden, ist ein erfolgreiches Integrationskonzept notwendig.

Internationaler Wettbewerb um Arbeitskräfte

Unabhängig davon, welche Gesellschaftsform sich etablieren wird, haben wir bereits in Kapitel 3 gesehen, dass Zuwanderung zur Milde rung des Alterns und Schrumpfens der Bevölkerung beitragen kann. Ihre Bedeutung für die Gesellschaft geht jedoch noch weiter. Zuwanderung, insbesondere von qualifizierten Arbeitskräften, ist auch eine Voraussetzung, um international wettbewerbsfähig zu bleiben (vgl. auch Kapitel 5.1.). Vielfach dürften die zugewanderten Arbeitskräfte komplementär zu den vorhandenen Kräften sein und aufgrund ihrer räumlichen Mobilität und beruflichen Flexibilität die wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft erhöhen.

In den modernen Industriestaaten basiert der Wohlstand auf einem hohen Technologie- und Wissensniveau ("Wissensgesellschaft"). Und auch in Zukunft gewinnt Wissen weiter an Bedeutung. Dabei wird der internationale Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeitskräfte zunehmend schärfer. Deutschland kann sich an diesem Wettbewerb nur durch eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur insbesondere des Bildungssystems und ein effektives und transparentes Zuwanderungsgesetz erfolgreich beteiligen.

Abhängig von der Integrierbarkeit von Ausländern kann sich eine Art „Weltgesellschaft“ oder eine Multiminoritätengesellschaft herausbilden

Im Wettbewerb um Hochqualifizierte kann Deutschland nur durch eine Verbesserung der Infrastruktur und des Bildungssystems sowie ein effektives Zuwanderungsgesetz bestehen

²⁶ Vgl. Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, a.a.O.



Die Zuwanderungskommission der Bundesregierung

Im Juli 2001 veröffentlichte die unabhängige Zuwanderungskommission der Bundesregierung ihren Bericht "Zuwanderung gestalten – Integration fördern" mit detaillierten Vorschlägen für ein neues Zuwanderungsgesetz. Im Rahmen der arbeitsmarktbezogenen Zuwanderung liegt dabei der Fokus auf der Einwanderung von Arbeitsmigranten, Auszubildenden und Hochqualifizierten. Die Kernempfehlung der Kommission ist:

Eine gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften sollte das Arbeitskräfteangebot und die Erwerbstätigkeit insgesamt erhöhen, dadurch Wachstum generieren und letztendlich einen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme leisten (vgl. auch Kapitel 3.3).²⁷ Dabei sollte die Zuwanderung nicht im Konflikt mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit stehen. Deswegen sei es wünschenswert, das Zuwanderungsgesetz sehr flexibel zu gestalten, um der Unsicherheit über die zukünftige Arbeitsnachfrage Rechnung zu tragen.

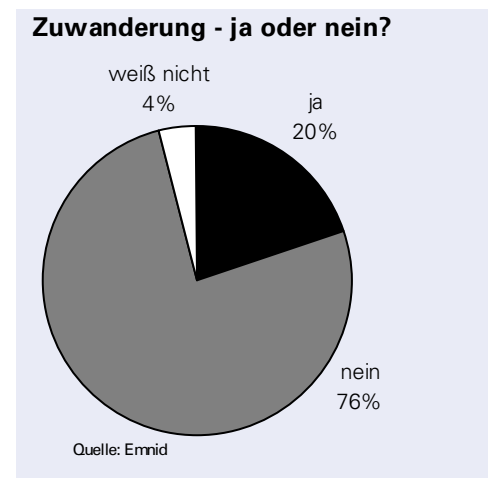
Das neue Zuwanderungsgesetz

Das neue Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung ist im Juni mit der Unterschrift von Johannes Rau politisch endgültig verabschiedet worden. Ob es auch rechtlich Gültigkeit besitzt wird sich vermutlich erst in den nächsten Monaten entscheiden, da die Unionsfraktion aufgrund der zweifelhaften Mehrheitsfindung im Bundesrat eine Verfassungsklage eingereicht hat.

Inhaltlich trägt der neue Gesetzentwurf den meisten Empfehlungen der Zuwanderungs-Kommission Rechnung, insbesondere hohe Flexibilität, ein punktebezogenes Auswahlverfahren als optionales Steuerungsinstrument und Fokus auf Hochqualifizierte und Selbständige zur Förderung der wirtschaftlichen Dynamik. Das Ganze erfolgt unter der Prämisse, zunächst das heimische Arbeitskräftepotenzial bestmöglich auszuschöpfen, d.h. dass Arbeitsmigration nur stattfinden soll, wenn "unabweisbarer Bedarf" besteht.²⁸ Damit soll ein Konflikt zwischen Arbeitslosigkeit und Zuwanderung vermieden werden.

Die Ergebnisse einer Emnid-Umfrage lassen darauf schließen, dass eine große Mehrheit in Deutschland genau diesen Konflikt befürchtet. So antworteten 76% der Befragten auf die Frage "Braucht Deutschland mehr Zuwanderung als bisher, um einen künftigen Mangel an Arbeitskräften zu verhindern?"; mit nein (vgl. Graphik). Es scheint also, dass der zukünftige Rückgang des Erwerbsspersonenpotenzials und die damit verbundene Brisanz bisher nur von einem geringen Teil der Bevölkerung erkannt wurde. Eine Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung für das Problem ist dringend geboten.

Das neue Zuwanderungsgesetz ist schwebend unwirksam (Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht)



²⁷ Insbesondere sollen qualifizierte Zuwanderer nach einem bundeseinheitlichen Punktesystem ausgewählt werden. Dabei werden Faktoren berücksichtigt wie (i) das Alter, (ii) der höchste erreichte Bildungsabschluss, (iii) Berufserfahrung und Zusatzqualifikation, (iv) Deutschkenntnisse und (v) Anpassungsfähigkeit. Für mehr Details, siehe Bericht der Zuwanderungskommission: Zuwanderung gestalten - Integration fördern, 2001.

²⁸ Laut Bundesregierung besteht ein "Bedarf" nur, "wenn ein Arbeitsplatz dauerhaft nicht mit einem Deutschen oder Unionsbürger besetzt werden kann". Dies ist eine sehr statische Sichtweise, so bleiben positive Sekundäreffekte von hochqualifizierten Arbeitskräften unberücksichtigt. Wenn heimische Arbeitsplätze besser durch eine ausländische Arbeitskraft ersetzt werden können, so dass in der Zukunft weitere, neue Arbeitsplätze entstehen, ist das auch von Vorteil für die wirtschaftliche Dynamik.

Regelung der Zuwanderung in anderen Industrieländern

Die am Beispiel von Deutschland aufgezeigte Zuwanderungsproblematik ist auf viele andere Industrieländer übertragbar, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Die USA sind seit ihrer Entstehung ein Einwanderungsland und dieser Trend wird sich auch in der Zukunft fortsetzen.²⁹ Dort wird die Bevölkerung bis 2050 schätzungsweise auf knapp 400 Mio. steigen. In Kanada ist seit 30 Jahren der "Multikulturalismus" offizielle Staatsideologie. Ethnische und kulturelle Unterschiede werden als Motor für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft gesehen. Die jährlich angestrebten 300.000 Einwanderungen zielen in erster Linie auf Hochqualifizierte ab.

Unter den EU Ländern sind die Niederlande das aktivste Einbürgerungsland. Quoten oder eine Auswahl nach bestimmten Berufen gibt es nicht. Parallel dazu wird eine aktive Integrationspolitik verfolgt, die versucht über sogenannte Integrationskurse Sprache und Identität der neuen Einwanderer zu fördern – bisher mit mässigem Erfolg.

Eine vergleichsweise strikte Einwanderungspolitik mit Fokus auf wirtschaftlich und gesellschaftlich förderliche Einwanderer wird in der Schweiz betrieben. Insbesondere gelten sehr strenge Einbürgerungsgesetze, nach denen man mindestens 12 Jahre in der Schweiz gelebt haben muss.

Insgesamt beobachtet man in vielen europäischen Ländern eine Tendenz zur Eindämmung der Zuwanderung, meistens ausgelöst durch einen politischen Rechtsruck (z.B. in Dänemark, Frankreich oder den Niederlanden). Hintergrund sind häufig Existenzängste verbunden mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und ein zunehmendes Gefühl der Entfremdung.

Die demografische Entwicklung birgt nicht nur für Länder mit einer „explodierenden“ Bevölkerung erhebliches Konfliktpotential, auch in den alternden Industriegesellschaften werden die abnehmenden Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts zu Konflikten im Bereich der Primärverteilung (zwischen Arbeit und Kapital am Markt) und der politisch gesteuerten Sekundärverteilung (Steuern, Abgaben, Sozialleistungen) führen. Die Erwartungshaltungen der Menschen, die auf den Erfahrungen eines stetig wachsenden Wohlstandes basieren, müssen teilweise korrigiert werden. Dies ist bei der Rentenversicherung eingeleitet. Die Erkenntnis, dass nahezu alle Bereiche der Wirtschaft betroffen sind, fehlt aber noch in der Bevölkerung. Hier ist die Politik gefordert. Aufklärung würde bei der Zuwanderungsdiskussion eine an den eigentlichen Problemen orientierte Debatte ermöglichen.

Die USA sind aktivstes Einwanderungsland in Amerika...

... und die Niederlande in Europa

Tendenz zu Zuwanderungsbeschränkungen in vielen europäischen Ländern

²⁹ Vgl. Karczmar, M.: Rise in anti-immigration sentiments in the US, Deutsche Bank Research, Frankfurt Voice, 19. Juli 2002.



5. Wirtschaftliche Implikationen

5.1. Arbeitsmarkt – vom Käufer- zum Verkäufermarkt

Auf den Arbeitsmärkten der alternden Industrieländer zeichnen sich erhebliche Umbrüche ab. Zwei demografische Trends sind prägend:

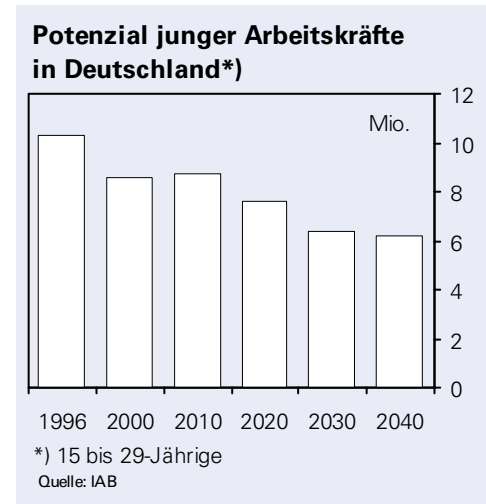
- Erstens nimmt als Folge niedriger Geburtenraten die Zahl junger Arbeitskräfte ab. In Westdeutschland ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System bereits seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre rückläufig. Diese Entwicklung, die im vergangenen Jahrzehnt von der Vereinigung überlagert wurde, wird sich weiter fortsetzen. Damit geht die Gefahr verstärkter Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt einher. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage in den einzelnen regionalen Teilmärkten und Branchensegmenten könnte wesentlich erschwert werden, weil junge Arbeitskräfte räumlich mobil und beruflich flexibel sind und über eine zeitnahe Ausbildung verfügen. Mittelfristig wird auch die – im internationalen Vergleich ohnehin relativ niedrige – Zahl von Studierenden schrumpfen. In der Folge gibt es ebenfalls immer weniger Möglichkeiten, Engpässen auf den Märkten für Fachkräfte durch veränderte Ausbildungsstrukturen entgegenzuwirken. Das ist um so bedenklicher, als von diesem Problem vor allem vom Strukturwandel auf den Absatzmärkten begünstigte Wachstumsbranchen betroffen wären. Der viel diskutierte Fachkräftemangel im IT-Bereich könnte sich daher als ein Menetekel für ähnliche Probleme in anderen Schlüsselbereichen erweisen.³⁰
- Zweitens werden das Altern der Babyboom-Generation und vor allem deren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, das ab etwa 2020 massiv erfolgen wird, tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Angehörigen dieser Generation befinden sich heute im Alter zwischen 30 und 45 Jahren und damit in einem Lebensabschnitt, in dem nicht nur die Erwerbsneigung statistisch betrachtet ihr Maximum erreicht, sondern auch die Motivation und die Leistungsfähigkeit sehr hoch sind.

Zusammen genommen wird es in den kommenden Jahren zu einem nennenswerten Anstieg des Durchschnittsalters der verfügbaren Arbeitskräfte kommen sowie – bei unverändertem Erwerbsverhalten – einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, d.h. des maximal verfügbaren Angebots an heimischen Arbeitskräften. Schon heute verlassen – z.T. als Folge günstiger Vorruhestandsregelungen – jährlich rd. 200.000 mehr ältere Arbeitnehmer den Arbeitsmarkt als Nachwuchskräfte nachrücken. Dieser Trend wird sich etwa ab Mitte des kommenden Jahrzehnts beschleunigen. Ungeachtet der rückläufigen Zahl der Arbeitskräfte könnte aber die Arbeitslosigkeit bei anhaltenden strukturellen Verwerfungen noch für viele Jahre ein Problem bleiben.

Wettbewerb um kluge Köpfe erzwingt stärkere Lohn-differenzierung

Veränderte Knappheiten schlagen sich in der Marktwirtschaft in den Preisen nieder. Die sich am Arbeitsmarkt abzeichnenden Veränderungen dürften daher sowohl das Lohngefüge als vor allem auch die Ent-

Nachwuchs- und Fachkräftemangel drohen



Renteneintritt der Baby Boomer wird tiefen Einschnitt am Arbeitsmarkt bewirken

³⁰ Einer Befragung des DIHK (Deutscher Industrie – und Handelskammertag) zufolge hatten im vergangenen Jahr fast 60% der befragten Unternehmen Probleme, geeignete Fachkräfte zu finden. DIHK (Hrsg.): Fachkräfte/Arbeitskräftemangel in der Industrie, Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Berlin, Dezember 2001.

wicklung der Arbeitseinkommen im Verhältnis zu den Kapitaleinkommen beeinflussen. So ist eine Streckung und größere Differenzierung der Lohnskala zu erwarten. Dafür dürfte alleine schon der große Bedarf an immer knapper werdenden Fachkräften sorgen, der eine adäquate, höhere (Netto-)Entlohnung der gefragten Experten erfordert. Im internationalen Wettlauf um die besten Köpfe kann kein Land dieses Erfordernis missachten, ohne ins Abseits zu geraten.

Es ist auch damit zu rechnen, dass die Löhne insgesamt, d.h. das Lohnniveau, in Zeiten verstärkter demografischer Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt stärker steigen werden. Fraglich ist aber, ob die Produktivität der im Durchschnitt immer älteren Arbeitnehmer im erforderlichen Maß zunimmt.

Gedämpftes Wachstum der Arbeitsproduktivität

Die demografischen Trends könnten die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nachhaltig beeinträchtigen.³¹ Mit dem Anstieg des Durchschnittsalters der Arbeitskräfte wird auch deren Qualifikation – und damit das Humankapital in der Sprache der Ökonomie – mehr und mehr entwertet. Denn je älter die Erwerbstätigen werden, desto länger liegt die Ausbildung zurück und desto höher sind die „Abschreibungen“, die im Hinblick auf das während dieser Phase erworbene Wissen vorgenommen werden müssen. Zwar nimmt mit zunehmender Dauer der Berufstätigkeit die berufliche Erfahrung zu. Angesichts des beschleunigten Strukturwandels im 21. Jahrhundert dürfte dies aber immer weniger zählen.

Des Weiteren stellt sich die Frage nach der generellen Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer. Die Erfahrung zeigt, dass die physischen Kräfte und mentalen Fähigkeiten des Menschen in höheren Lebensjahren nachlassen. Freilich ist es unter Psychologen umstritten, ob dieser Prozess während der normalen Dauer des Arbeitslebens relevant ist.³² Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass etwa ab der Mitte des kommenden Jahrzehntes eine stark wachsende Zahl über 60jähriger Erwerbstätiger mit hohen beruflichen Anforderungen zurecht kommen muss. Dies gilt insbesondere dann, wenn die notwendige Trendwende zu einem späteren Eintritt in den Ruhestand erreicht wird.

Entwicklung der Innovationsfähigkeit entscheidend

Nach aller Theorie und Erfahrung kann ein verstärkter Kapitaleinsatz die Verknappung von Arbeitskräften teilweise wettmachen. Eine solche Strategie hat aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn auch langfristig eine hinreichend starke Produktivität des Kapitaleinsatzes gesichert werden kann. Dies ist nicht selbstverständlich. Vielmehr ist für sich genommen der zusätzliche Kapitaleinsatz mit immer geringeren Produktivitätsgewinnen verbunden, denn die rentabelsten Investitionen werden in aller Regel zuerst vorgenommen. Dieses Phänomen könnte nur durch einen beständigen Strom von Innovationen ausgeglichen werden.

Vieles hängt folglich von den Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft ab. In diesem Zusammenhang könnte vor allem ein Mangel an qualifiziertem Nachwuchs negative Folgen zeitigen. Junge Menschen spielen z.B. wegen ihrer zeitnahen Ausbildung und ihrer hohen Mobilität eine wichtige Rol-

Größere Differenzierung der Lohnskala zu erwarten

Lohnniveau könnte kräftig steigen

Erhöhte „Abschreibungen“ auf das Humankapital

Beständiger Strom von Innovationen notwendig

Mangel an qualifiziertem Nachwuchs sehr problematisch

³¹ Vgl. dazu: Deutsche Bank Research (Hrsg.): Produktivitätswunder in den alternden Industrieländern? Aktuelle Themen Nr. 219, 7. September 2001

³² Vgl. Johnson, P.: The Impact of Aging: The Supply of Labor and Human Capital. Diskussions-Papier vorgelegt bei der Kieler Woche-Konferenz 2001.



le bei der Ausbreitung neuen Wissens in der Wirtschaft. Zudem gibt es Argumente dafür, dass junge Menschen mehr als ältere bereit sind, Risiken zu tragen. Demnach ermöglicht es die höhere Lebenserwartung den Jungen, größeren Nutzen aus erfolgreichen Investitionen zu ziehen bzw. auch Fehlentscheidungen leichter zu verkraften. In alternden Gesellschaften könnten daher Unternehmer knapp werden, und zwar insbesondere dynamische Pionierunternehmer, die innovative Investitionen wagen.

Eine von namhaften Institutionen und Forscherteams aus 21 Nationen erstellte aktuelle Studie ergibt ein eindeutiges Bild. In allen beteiligten Ländern gehören die 25-44-Jährigen zu den aktivsten Unternehmensgründern. Berechnungen der Experten zeigen auch eine hohe Korrelation zwischen den Gründungsaktivitäten in einem Land und dem Wirtschaftswachstum.³³ Folgt man diesen Angaben, so wären die Perspektiven für Deutschland in den nächsten zehn Jahren noch relativ günstig. Danach wäre es aber um Unternehmertum und Innovationsfähigkeit schlechter bestellt.

Freilich spricht manches auch für eine vermehrte Investitions- und Innovationstätigkeit in alternden Gesellschaften. "Not macht erfinderisch," weiß der Volksmund. In diesem Sinne sorgt die zu erwartende Knappheit an Arbeitskräften durchaus für entsprechende Anreize. Denn wenn die Löhne stark steigen, wird die Implementierung neuer Technologien attraktiver.

Eine Untersuchung US-amerikanischer Ökonomen stützt diese etwas optimistischere Sichtweise.³⁴ Demnach gibt es keine empirische Evidenz für die pessimistischen Thesen eines drohenden Produktivitätsstillstandes. Allerdings basieren diese Ergebnisse auf einer Analyse der Jahre 1960 bis 1985. Dies ist aber ein Zeitraum, in dem in den untersuchten Staaten in einzelnen Phasen das Arbeitskräftepotenzial zwar unterschiedlich stark gewachsen, aber nicht nachhaltig geschrumpft ist. Die Übertragung der Ergebnisse auf die bevorstehende Entwicklung ist folglich mit Fragezeichen zu versehen. Das gilt insbesondere für Länder wie Deutschland, auf die große Verwerfungen am Arbeitsmarkt zukommen.

Sicherung des Produktivitätsfortschritts erfordert große Anstrengungen

Dessen ungeachtet sind Arbeitskräftemangel, Produktivitätsstillstand und technologische Rückständigkeit keineswegs ein unentrinnbares Schicksal alternder Industrieländer. So ist zu bedenken, dass die neuen Möglichkeiten der globalen Vernetzung von Kommunikation und Produktion günstige Voraussetzungen für eine enge Kooperation mit aufstrebenden Ländern rund um den Globus bieten und damit Motor für weiteres Produktivitätswachstum auch in Ländern ohne Bevölkerungsdynamik sein könnten. Zudem bestehen gute Chancen, die Probleme am Arbeitsmarkt zu vermindern. Dafür gibt es mehrere Stellschrauben:

1. Die Zahl der Arbeitskräfte könnte durch eine höhere Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren sowie durch Zuwanderung noch mindestens zwei Jahrzehnte auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten wäre insbesondere die Zuwanderung jüngerer qualifizierter bzw. lernwilliger Personen wichtig.

³³ Vgl. Reynolds, P. et al.: Global Entrepreneurship Monitor, Executive Report 2000.

³⁴ Cutler, D. et al.: An Aging Society, Opportunity or Challenge?, Brookings Papers on Economic Activity, 1990.

Knappheit an Arbeitskräften könnte Innovationstätigkeit fördern

Verstärkte Kooperation mit Emerging Markets wichtig

Erwerbsquote von Frauen*

	1980	2000
	%	
Schweden	74.1	76.4
USA	59.7	70.8
Großbritannien	58.3	68.9
Deutschland	52.8	63.2
Frankreich	54.4	61.7
Japan	54.9	59.6
Spanien	32.2	51.8
Italien	39.6	46.2

*Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 16 bis 64 Jahren

Quelle: OECD

2. Wenn junge Menschen besser ausgebildet werden, so dass der Anteil gut und hoch qualifizierter Junger unter den neu in das Berufsleben eintretenden Altersjahrgängen steigt, kann der drohende Fachkräftemangel auch auf diese Weise vermindert werden. Wie wichtig verstärkte Anstrengungen in diesem Bereich sind, haben die alarmierenden Ergebnisse der Pisa-Studie nur zu deutlich gezeigt.
3. Der drohenden Entwertung der Kenntnisse älterer Arbeitnehmer kann und muss durch verstärkte Weiterbildung entgegengewirkt werden (Stichwort lebenslanges Lernen).
4. Bei der geringen Mobilität und Flexibilität älterer Arbeitskräfte muss es nicht bleiben. Wenn eine neue Kultur der Weiterbildung etabliert werden könnte, dürfte zumindest die berufliche Anpassungsfähigkeit Älterer zunehmen.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen lassen sich diese Strategien jedoch kaum erfolgversprechend umsetzen. Vielmehr bedarf es grundlegender Reformen relevanter Institutionen, vor allem des Bildungs- und Ausbildungswesens. Zudem müssen die Anreizsysteme, vor allem die Entlohnung (Abkehr von Senioritätsprinzip und verstärkte Leistungsorientierung) und staatliche Transfers, so gestaltet werden, dass die notwendigen Verhaltensänderungen gefördert werden.

**Erwerbstätigenquote
älterer Arbeitnehmer***

	1980	2000
	%	
Schweden	-	65.1
Japan	61.3	62.7
USA	53.8	57.7
Großbritannien	-	50.5
Deutschland	42.2	38.6
Spanien	44.7	36.8
Frankreich	50.7	34.2
Italien	-	27.3

* Anteil der Erwerbstätigen von 55 bis 64 Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter

Quelle: OECD

5.2. Wachstumspotenzial – Erwerbspersonenpotenzial sinkt

Entscheidende Faktoren für das Wachstumspotenzial eines Landes sind neben dem Kapitalstock die Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung. So sorgten kräftige Produktivitätsgewinne in den 60er und 70er Jahren (+4,8% bzw. +3,4% p.a.) bei leicht rückläufiger Beschäftigung in der privaten Wirtschaft für ein kräftiges Wachstum der deutschen Wirtschaft (+4,4% bzw. +3,1% p.a.). In den darauffolgenden Dekaden verlangsamte sich die wirtschaftliche Expansion dann auf 1 ¾ bis 2 ¼ % p.a., während die Produktivitätszuwächse auf durchschnittlich 1 ¾ % pro Jahr zurückgingen.

Produktivitätsfortschritte im Zeichen der New Economy

Ähnliche Wachstumsraten sind in den kommenden Dekaden nicht mehr zu erwarten. Zwar könnte die demografisch bedingte Verlangsamung der Produktivitätszunahme zumindest temporär durch Effekte der New Economy z.T. kompensiert werden. So hat sich beispielsweise in den USA das Wachstum der Produktivität außerhalb der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, dem Zeitalter der New Economy, auf etwa 2 ½ % p.a. beschleunigt, gegenüber 1 ½ % p.a. im Zeitraum 1990 bis 1995. Ebenso bemerkenswert war die Tatsache, dass die Produktivität auch während der jüngsten US-Rezession weiter zu- und nicht wie in früheren Rezessionszeiten abgenommen hat. Ob es sich allerdings um einen vor allem IT-getriebenen, nachhaltig höheren Wachstumspfad der Produktivitätsentwicklung handelt, den die US-Wirtschaft eingeschlagen hat, ist noch offen. So konzentriert sich das beschleunigte Produktivitätswachstum vor allem auf die Produktion von IT bzw. IT-nahen Produkten. Überdies spielen auch statistische Erfassungsmethoden bei dem „Produktivitätswunder“ in den USA eine gewichtige Rolle³⁵. Das Phänomen New Economy ist zeitlich gesehen noch zu jung, um ein abschließendes Urteil über seine Produktivitätseffekte abzugeben. In der Literatur wird die These einer New Economy zwar grundsätzlich bejaht, hinsichtlich Stärke und Nachhaltigkeit bestehen jedoch sehr unterschiedliche Meinungen³⁶.

Zudem ist fraglich, ob eine gleich starke Entwicklung wie in den USA auch in Deutschland stattfindet, da die Wirtschaftsstruktur und vor allem die Altersstruktur der Bevölkerung in den USA merklich günstiger für die Wirkungsweise der New Economy ist als in Deutschland bzw. Euroland.

Erwerbspersonenpotenzial schrumpft

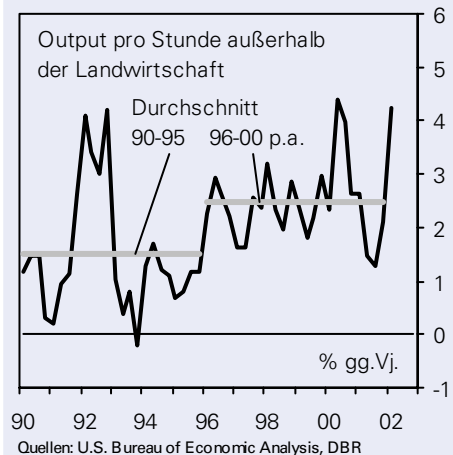
Doch selbst wenn die Produktivität in den kommenden Dekaden in Deutschland um etwa 1 ½ % p.a. zunehmen und damit in etwa das durchschnittliche Tempo seit 1980 (ohne Wiedervereinigungsjahre 1990/91) beibehalten würde, dürfte das Wachstumspotenzial aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung und der daraus resultierenden Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials merklich niedriger ausfallen. Das Sta-

Deutschland: Produktivität & Beschäftigung in der privaten Wirtschaft

	Produktivität	Beschäftigung	Reales BIP
% p.a.		
1960-70	4.8	-0.3	4.4
1970-80	3.4	-0.3	3.1
1980-90	1.8	0.3	1.8
1990-00	1.8	0.8	2.3

Quellen: OECD, DBR

USA: Produktivitätsentwicklung



³⁵ Vgl. Gräf, B.: New Economy: „Produktivitätswunder“ in den USA nur ein statistisches Phänomen?, Wirtschaftsinformatik 43 (2001) 4, S. 363-368, 2001.

³⁶ Während Oliner/Sichel schätzen, dass etwa ½%-Punkt der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsbeschleunigung in den USA seit Mitte der 90er Jahre auf die Nutzung von Computern zurückzuführen ist, kommt Gordon, der die sektorale Produktivitätsentwicklung analysiert, zu dem Schluss, dass die höheren Produktivitätsgewinne vor allem auf die Produktion von IT-Produkten selbst zurückgeht. Vgl. hierzu: Oliner, S.; Sichel, D.: The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story?, Federal Reserve Board Finance and Economic Discussion Paper No. 2000-20, Februar 2000 und Gordon, R.: Has the „New Economy“ Rendered the Productivity Slowdown Obsolete?, Northwestern University and NBER, Revised Version, Juni 1999.

tistische Bundesamt schätzt, dass die Bevölkerung in Deutschland je nach Zuwanderung bis 2030 um 0,16% (Variante II: Zuwanderung 200.000 Personen pro Jahr) bis 0,28% p.a. (Variante I: Zuwanderung 100.000 Personen pro Jahr) schrumpfen wird. Dabei geht es von einer beschleunigten Abnahme in den kommenden Dekaden aus. Während in den kommenden 10 Jahren die Bevölkerungszahl noch mehr oder weniger konstant bleiben wird, rechnet das Statistische Bundesamt von 2020 bis 2030 mit Rückgängen von bis zu 0,47% p.a. (Variante I). Für das Erwerbspersonenpotenzial zeichnet sich aufgrund der zunehmenden Alterung der Gesellschaft gemäß IAB eine noch drastischere Entwicklung ab. Während das Erwerbspersonenpotenzial in den kommenden 10 Jahren sogar noch leicht zunehmen dürfte, wird es von 2020 bis 2030 um 1% (Variante II) bis 1,3% p.a. (Variante I) zurückgehen.

Zudem spricht vieles dafür, dass das Wachstum des Kapitalstocks mit Blick auf die wohl insgesamt geringere wirtschaftliche Dynamik sowie wahrscheinlich niedrigeren Gewinne nicht mehr so stark zunehmen wird wie in den vergangenen Dekaden. Vor diesem Hintergrund ist ein Wachstumspotenzial für Deutschland von merklich über 1% p.a. für den Zeitraum nach 2020 wohl kaum realistisch. Seit 1980 ist die deutsche Wirtschaft (ohne die wiedervereinigungsbedingt verzerrten Jahre 1990 und 1991) um rund 1 ½% p.a. gewachsen.

USA bleiben Gravitationszentrum der Weltwirtschaft

Die deutsche Entwicklung ist wohl ungünstiger als in anderen europäischen Ländern. Beispielsweise wird die Bevölkerung in Frankreich und Großbritannien voraussichtlich in den beiden nächsten Dekaden noch leicht zunehmen und dann erst langsam schrumpfen. Dennoch ist die Richtung in Europa eindeutig. Für die späteren Dekaden zeichnet sich hier ein klarer abwärtsgerichteter Trend ab - wenn auch leicht flacher als in Deutschland. Für Europa insgesamt dürfte das Wachstumspotenzial bis 2050 auf 1 - 1 ½% zurückgehen. Die EU-Kommission schätzt die bis 2050 durch die Schrumpfung und Alterung bedingten Wachstumsverluste pro Kopf auf 19% in Europa, 22% in Japan und nur 10% in den USA³⁷. Ähnliche Resultate ergaben auch Modellsimulationen der OECD³⁸.

Das Wachstum Europas wird auf längere Sicht deutlich hinter dem in den USA zurückbleiben. Die US-Wirtschaft bleibt somit weiter das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft, während Europa und auch Japan merklich an Gewicht und damit an Attraktivität verlieren dürften. Auch innerhalb der Entwicklungs- und Schwellenländer wird sich die wirtschaftliche Dynamik aufgrund der Bevölkerungsentwicklung verschieben. Rasch alternde Volkswirtschaften, wie beispielsweise osteuropäische Staaten, werden an Bedeutung verlieren, während viele Staaten Lateinamerikas sowie einige „junge“ asiatische Emerging Markets an Attraktivität gewinnen könnten.

Deutschland: Bevölkerung & Erwerbspersonenpotenzial

Bevölkerung, % p.a.

	1999/10	2011/20	2021/30
Variante I	-0.11	-0.29	-0.47
Variante II	-0.06	-0.14	-0.30

Erwerbspersonenpotenzial, % p.a.

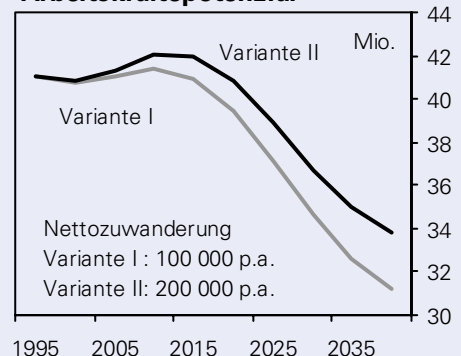
	1999/10	2011/20	2021/30
Variante 0	-0.42	-1.09	-1.81
Variante I	0.23	-0.48	-1.29
Variante II	0.38	-0.30	-1.06
Variante III	0.81	0.17	-0.49

Unterstellte Nettozuwanderung:

- Variante 0 = 0
- Variante I = 100 000 p.a.
- Variante II = 200 000 p.a.
- Variante III = 500 000 p.a.

Quellen: IAB 1999, Statistisches Bundesamt 2000

Deutschland: Arbeitskräftepotenzial



³⁷ Mc Morrow, K.; Roeger, W.: The Economic Consequences of Aging Populations (A Comparison of the EU, US and Japan), Economic Paper No. 138, November 1999.

³⁸ Turner D. et al.: The Macroeconomic Implications of Ageing in a Global Context, OECD Working Paper No. 193, 1998.

5.3. Gütermärkte & Branchen – Gewinner und Verlierer

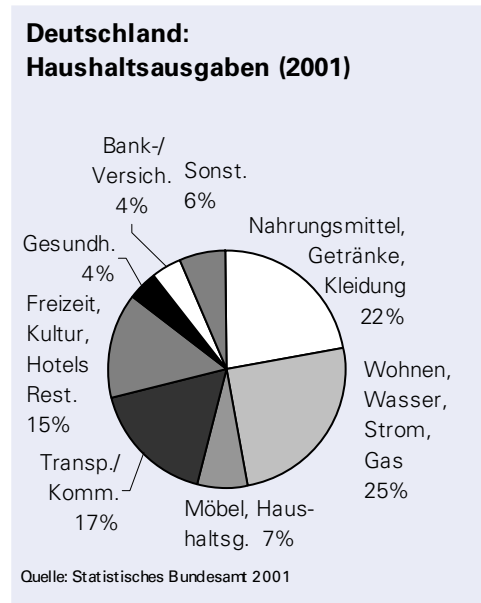
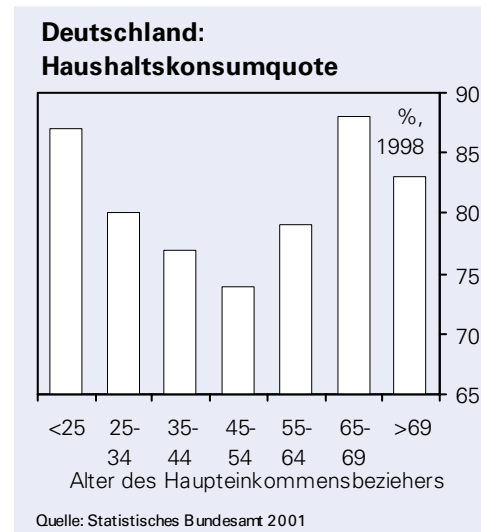
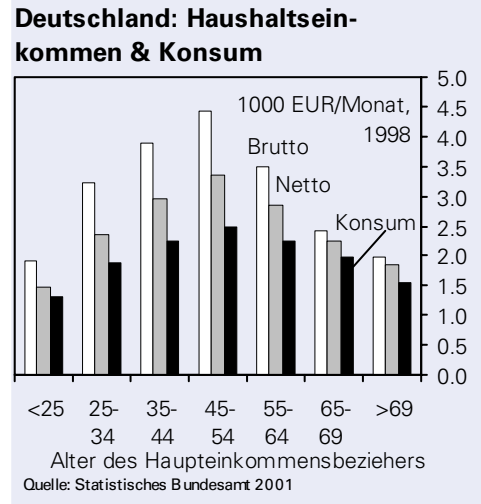
Die beschriebenen Wachstumsverluste in den Industrieländern (vgl. 5.2.) bedeuten gleichzeitig einen Nachfrageausfall im Vergleich zu früheren Dekaden, in denen die Bevölkerung etwa in Europa mit rund 0,5% p.a. wuchs³⁹. Neben den reinen Mengeneffekten kommt es zur strukturellen Veränderung der Nachfrage aufgrund der Verschiebung der Altersstruktur. Dies wird verschiedene Branchen ganz unterschiedlich treffen. Ausgangspunkt der Überlegungen in diesem Kapitel ist der Konsum, da dieser letztlich die Nachfrage auch nach Investitionsgütern bestimmt. Aus demografischer Sicht bestimmen vier Faktoren den Konsum: die Verteilung der Einkommen zwischen Erwerbstätigen und Rentnern, die durchschnittliche Haushaltsgröße, die Konsumneigung der einzelnen Altersklassen sowie deren altersabhängige Präferenzstruktur.

Einflussfaktoren auf den Konsum

Gemäß Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1998 erreichen in Deutschland Brutto- und Nettoeinkommen wie auch absoluter Konsum ihr Maximum bei Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher zwischen 45 und 54 Jahre alt ist. Mit fortschreitendem Alter sinken alle drei Größen, die Bruttoeinkommen allerdings deutlich stärker als der Konsum. So liegt das Bruttoeinkommen eines Haushalts, dessen Haupteinkommensbezieher 70 Jahre und älter ist, bei 45% des Bruttoeinkommens eines Haushalts, dessen Haupteinkommensbezieher zwischen 45 und 54 Jahre alt ist. Der Konsum erreicht immer noch 62%.

Diese Differenz entsteht zunächst durch die Einkommensteuern und Sozialabgaben, welche die Einkommen Erwerbstätiger stärker schmälern als die der Rentner. Gelingt es nicht, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, so ist in Zukunft mit einer Ausweitung dieses Unterschiedes zugunsten der Rentner zu rechnen. Der zweite Einflussfaktor ist die Konsumquote (Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen), die bis zur Altersgruppe der 45-54-Jährigen kontinuierlich sinkt (auf 74%) und danach wieder steigt. So lag die Konsumquote 1998 bei Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher 70 Jahre und älter ist, bei 83%. Dies entspricht Franco Modiglianis "Lebenszyklus-Hypothese" insofern, als während der Erwerbsphase verstärkt gespart wird, aber danach ein größerer Prozentsatz des verfügbaren Einkommens konsumiert wird. Allerdings sparen – im Gegensatz zu dieser These - auch ältere Haushalte noch, entweder um ihr Vermögen zu vererben oder um für finanzielle Notfälle (vor allem aus gesundheitlichen Gründen) vorzusorgen. Außerdem dürften sehr alte Menschen rein physisch in ihren Konsummöglichkeiten eingeschränkt sein.

Offen bleibt, wie hoch die altersabhängige Konsumquote in der Zukunft sein wird. Neben ökonomischen (Einkommen, Konjunktur) bestimmen auch soziale, kulturelle und technologische Faktoren den Konsum. Diese Faktoren prägen Menschen insbesondere in den jüngeren Lebensjahren, woraus generationenspezifisches Konsumverhalten (z.B. die extreme Sparsamkeit der Kriegsgeneration) resultiert. Ähnlich wirken kohortenspezifische Erwerbs- und Einkommensbiographien. Beispielsweise verloren die Kohorten der zwischen 1910 und 1920 Geborenen durch die wirtschaftliche Depression in den 30er Jahren und den Zweiten Weltkrieg gut zwei Dekaden, während der normalerweise der Grund-



³⁹ United Nations: World Population Prospects: The 2000 Revision, a.a.O., EU15: von 1950 bis 2000.

stock für Vermögen gebildet wird. Aus diesen Gründen ist davon auszugehen, dass sich die zukünftigen Alten wohl anders verhalten werden als die derzeitigen Alten.

Branchen unterschiedlich betroffen

Grundsätzlich sind Branchen, die international handelbare Güter herstellen, von der demografischen Entwicklung auf der Nachfrageseite weniger deutlich betroffen. Durch Exporte in Volkswirtschaften, in denen Bevölkerung und Wirtschaft stärker wachsen als in Europa, können die demografischen Effekte teilweise kompensiert werden. Dies gilt zum Beispiel für Produzenten von Investitionsgütern. Anbieter von nicht international handelbaren Gütern und Dienstleistungen sind am stärksten von der Veränderung der Nachfragerstruktur im Inland betroffen. Branchen wie Einzelhandel oder Transport (außer Flugverkehr) werden ihre Kapazitäten reduzieren bzw. ihr Angebot an die älter werdenden Kunden anpassen müssen.

Von der Bevölkerungsschrumpfung sind alle Branchen betroffen, die Verschiebung der Altersstruktur wirkt sich allerdings unterschiedlich auf die einzelnen Branchen aus. Branchen, deren Leistungen verstärkt von älteren Menschen bzw. von Menschen, die sich auf das Alter vorbereiten, gekauft werden, zählen zu den "Struktur-Gewinnern". Dazu gehören die Gesundheitsbranche, der Bereich Freizeit/Unterhaltung/Kultur, aber auch Finanzdienstleistungen in Zusammenhang mit dem Aufbau privater Altersvorsorge. "Struktur-neutrale" Branchen setzen ihre Produkte und Dienste an alle Altersgruppen in relativ gleicher Quantität ab. Allerdings muss das Angebot qualitativ (Produktgestaltung, Marketing, Vertriebswege) an die älteren Abnehmer angepasst werden. Beispielsweise benötigen junge wie alte Menschen grundlegende Finanzdienstleistungen wie etwa ein Konto. Schließlich gibt es "Struktur-Verlierer", deren Hauptabnehmer junge Menschen sowie Familien sind. Dazu gehört insbesondere der Wohnungsbau, da die schrumpfende Gruppe der 20-40-Jährigen am aktivsten in der Familiengründung und Wohnungsnachfrage ist. Negativ betroffen ist auch die Branche Alkohol und Tabak, da ältere Menschen aus gesundheitlichen Gründen auf diese Genussmittel eher verzichten werden.

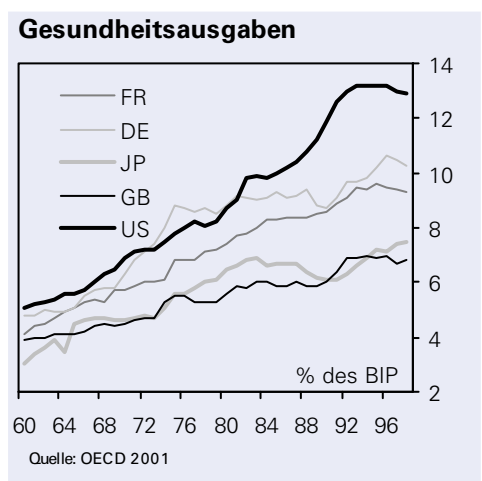
Nachfolgend sind beispielhaft einige Wirtschaftsbereiche aufgeführt, die als Struktur-Gewinner oder Struktur-Verlierer identifiziert werden können.

Gesundheit im Mittelpunkt

Die Demografie begünstigt alle gesundheitsbezogenen Geschäftsfelder, etwa Pharma, Biotech, Medizintechnik, Krankenhäuser sowie Gesundheitsdienste. Herausragende Bedeutung dürfte die Gentechnologie bekommen, mit deren Hilfe in der Zukunft unter anderem Ersatzorgane für im Alter versagende Organe hergestellt oder Erbkrankheiten behoben werden könnten. Im Pharmasektor dürften Medikamente gegen Krankheiten, die vor allem im hohen Alter auftreten (z.B. Krebs, Alzheimer oder Demenz) einen zusätzlichen Aufschwung erfahren. Aber nicht nur Produkte und Dienste zur Heilung von Krankheiten werden prosperieren, sondern auch solche, die der Erhaltung der Gesundheit dienen.

Freizeit im Kommen

Ein zweiter Konsumbereich, der wahrscheinlich in Zukunft stark wachsen wird, sind die Freizeitausgaben. Zwar geben heute ältere Haushalte weniger für Freizeit aus als jüngere. Dies könnte sich aber ändern. Da Senioren mehr Zeit als Erwerbstätige haben, könnte ihr Konsum



von Freizeit- und Unterhaltung noch deutlicher ansteigen als bei der arbeitenden Bevölkerung. Die Nachfrage nach Freizeit- und Kulturdienstleistungen (klassische Wohlstandsgüter) steigt überproportional zum Einkommen. Ein weiterer Faktor ist die Erosion traditioneller Wertesysteme (vgl. 4.1.). Zunehmend wird die Freizeitgestaltung zur Persönlichkeitsdefinition herangezogen, um den Verlust traditioneller Wertesysteme zu kompensieren. Die Älteren der Zukunft dürften – auch aufgrund besserer Gesundheit - deutlich aktiver bei der Freizeitgestaltung sein als die heutigen Senioren.

Private Altersvorsorge stützt Vermögensverwaltung

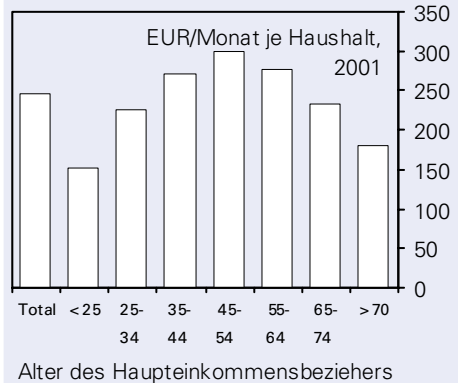
Auch die Vermögensverwaltung und -beratung wird stark wachsen, da die private Altersvorsorge in ganz Europa an Bedeutung gewinnen wird. Angesichts der Alterung der Gesellschaft und dem damit verbundenen Rückgang des staatlichen Anteils an den Renteneinkommen werden die Bürger verstärkt selbst vorsorgen, wobei von der staatlichen Förderung ein zusätzlicher Impuls ausgehen dürfte. Die Nachfrage nach Vermögensanlagen dürfte sich verstärkt in das beratungsintensive und das kostenbewussteste Segment verschieben (eine Entwicklung, die bereits begonnen hat). Ein Teil der Anleger wird immer höhere Ansprüche an Produkt und Beratung stellen und ein Anlagekonzept, das persönlichen Anlageziele und Rendite-/Risikoprofile berücksichtigt, erwarten. Auch umfassende Produktkenntnisse über klassische Renten- und Aktienpapiere hinaus werden gefragt sein. Ein wachsender Teil der Senioren dagegen wird daran gewöhnt sein, sich über spezielle Anlagemagazine oder das Internet zu informieren und selbständig Anlageentscheidungen zu treffen. Dieses Segment wird seine Wertpapiere vor allem über Online-Broker erwerben und Wertpapier-Anlage auch als Hobby betrachten.

Bauwirtschaft leidet

Ein Sektor, der stark negativ von der demografischen Entwicklung betroffen ist, ist die Bauwirtschaft. Besonders deutlich wird das am Wohnungsbau, auf den in Deutschland fast 60% der Bauinvestitionen entfallen. Die Nachfrage nach Wohnraum wird maßgeblich durch die Höhe der verfügbaren Einkommen (die auch in Zukunft steigen) und durch die Zahl der Haushalte bestimmt. Selbst bei einem Bevölkerungsrückgang ist eine Zunahme der Haushalte möglich, solange die Anzahl der Personen pro Haushalt entsprechend zurückgeht.

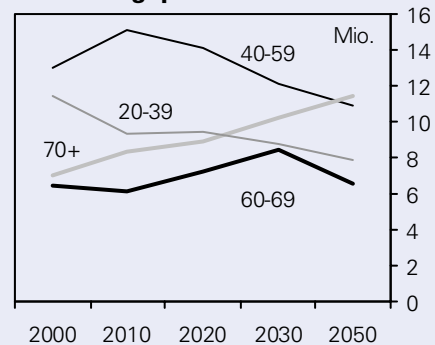
In Deutschland werden in den Jahren bis 2010 die positiven Impulse den leichten Bevölkerungsrückgang überkompensieren (wir rechnen mit einem Wachstum der realen Wohnungsbauinvestitionen von rd. 0,5% p.a.). Danach wird der demografische Faktor zunehmend an Gewicht gewinnen und die Entwicklung der Bauwirtschaft dominieren. Insbesondere das Neubausegment wird durch die bereits in den nächsten Jahren stetig schwächer besetzte Altersgruppe der 30 bis 40-Jährigen belastet. Die weiterhin steigenden Einkommen sorgen allerdings auch in Zukunft für qualitatives Wachstum am Wohnungsmarkt (mehr Wohnfläche pro Kopf, Renovierung und Sanierung, Ferienwohnungen). Ein positiver Effekt der Bevölkerungsentwicklung für die Bauwirtschaft ist die Zunahme des Bedarfs an altengerechten Wohneinheiten. Davon profitieren in erster Linie Unternehmen des Baunebengewerbes. Insgesamt kann jedoch das qualitative Wachstum den Mengeneffekt nicht ausgleichen.

Deutschland: Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung & Kultur



Quelle: Statistisches Bundesamt 2001

Deutschland: Anzahl der Privathaushalte nach Alter der Bezugsperson



Quelle: Ottnad, Hefeke 2002

Ortsgebundene Produkte und Dienstleistungen am stärksten betroffen

In den Industrieländern sind die Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, die direkt beim Konsumenten bereitgestellt werden, am stärksten von der Bevölkerungsentwicklung betroffen. Die Hersteller von international handelbaren Gütern können die demografischen Effekte durch verstärkte Exporte in bevölkerungsreichere Regionen teilweise kompensieren. Die Veränderung der Nachfragestruktur erzeugt Gewinner und Verlierer unter den Branchen. Während die Anbieter von Gütern und Diensten, die vor allem von Älteren konsumiert werden (etwa der Gesundheitssektor), profitieren werden, müssen Branchen, die Güter für Junge und Familien herstellen, mit starkem Nachfragerückgang rechnen.



5.4. Sozialsystem – weitere Reformen notwendig

Umlagefinanzierte Systeme in der Klemme

Der demografische Wandel stellt insbesondere für die im Umlageverfahren finanzierten staatlichen Alterssicherungssysteme und das staatliche Gesundheitswesen eine große Herausforderung dar. Beim Umlageverfahren werden die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen aus Sozialbeiträgen und/oder Steuern finanziert. Kapitalbildung findet in der Regel nicht statt. Damit gibt es auch keine finanziellen Reserven für schwierige Zeiten. Die umlagefinanzierten Sozialsysteme geraten daher von zwei Seiten unter Druck.

Zum einen rollen große Kostenlawinen auf diese Einrichtungen zu. Unmittelbar einsichtig ist dies bei der Alterssicherung. Es gilt aber auch für das Gesundheitswesen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf nehmen (von hohen Ausgaben in den ersten Lebensjahren abgesehen) mit dem Lebensalter zu, und zwar besonders deutlich vom Ende des fünften Lebensjahrzehnts an. Folglich wachsen die Gesundheitsausgaben, wenn die Zahl älterer Menschen steigt. Freilich sind die zu erwartenden demografischen Verwerfungen nur ein Element in einem Bündel kostensteigernder Faktoren im Gesundheitswesen. Insbesondere der Fortschritt in der Medizin gilt als brisanter Kostentreibersatz. Gleichwohl dürften die demografisch bedingten Belastungen auch in diesem Bereich erheblich sein, insbesondere wenn man die in noch stärkerem Maße vom Lebensalter abhängigen Pflegekosten mit einrechnet.

Zum anderen droht den staatlichen Sozialsystemen eine Erosion der Beitragsbasis. Je stärker künftig die Zahl der Aktiven schrumpft, desto weniger potentielle Beitragszahler haben die Sozialversicherungen. Die demografisch bedingte Knappheit an Beitragszahlern bzw. Einnahmen könnten durch Veränderungen im Erwerbsverhalten, insbesondere einen anhaltenden Trend zur Selbständigkeit und vermehrte Teilzeitarbeit noch verstärkt werden. Arbeitsmarktexperten weisen schon seit längerem darauf hin, dass das Leitbild der Sozialversicherungen, nämlich eines von der Berufsausbildung bis zum Eintritt ins Rentenalter durchgängig sozialversicherungsbeschäftigten Arbeitnehmers, immer weniger der Realität entspricht. Es passt auch nicht zum Erfordernis erhöhter beruflicher Flexibilität im 21. Jahrhundert.

Die staatlichen Sozialsysteme stehen damit vor einem Weg zwischen Skylla und Charybdis. Wenn sich die Zahl der Leistungsempfänger, also der Rentner, Kranken, Pflegebedürftigen, im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler ungünstig entwickelt, erzwingt die Budgetrestriktion des Umlagesystems Anpassungen der Leistungen und/oder der von den einzelnen Aktiven zu erbringenden Beiträge. Steigt etwa der Altenquotient, wie in Europa prognostiziert, bis 2050 um 100%, bedeutet dies ceteris paribus, dass in diesem Zeitraum in den Extremfällen einseitiger Korrekturen entweder der Beitragssatz ebenfalls verdoppelt oder aber das Leistungsniveau halbiert werden muss.

Die enge Budgetrestriktion kann zwar u.a. durch den Abbau von Arbeitslosigkeit sowie eine höhere Erwerbsbeteiligung (vgl. unten) erweitert werden. Gleichwohl zeichnet sich in den betroffenen Ländern ein großer Anpassungsbedarf bei den staatlichen Sozialsystemen ab.

Die staatlichen Ausgaben für die Alterssicherung und das Gesundheitswesen sind in vielen Ländern schon heute hoch. In Frankreich, Deutschland und Italien liegen sie gemessen am BIP bereits nahe 20% und darüber. Dementsprechend hoch ist auch die Belastung mit Sozialab-

Staatliche Sozialsysteme geraten von zwei Seiten unter Druck

Es droht zum einen eine Kostenlawine ...

... und zum anderen eine Erosion der Beitragsbasis

Öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Renten

	Gesundheit	Renten
	%	
Deutschland	8.0	11.8
Italien	5.9	13.8
Frankreich	7.2	12.1
Japan	5.9	7.9
Großbritannien	5.9	5.5
USA	5.8	4.6

in % des BIP, Stand 2000

Quelle: OECD

gaben. Allein die Beiträge für die staatliche Altersvorsorge betragen für Durchschnittsverdiener in Deutschland 19,1% (bzw. rd. 26%, wenn man berücksichtigt, dass rd. ein Drittel der Renten aus Steuermitteln finanziert wird) und in Italien sogar fast 33% des Bruttolohnes.

Welche Optionen hat die Politik in dieser Lage? Der bisher üblichen Strategie, drohenden Defiziten in den Sozialkassen durch verstärkte Mittelzufuhr, also eine Anhebung von Sozialbeiträgen und/oder Steuern, entgegenzuwirken, sind wegen der anreizschädigenden Wirkung steigender Abgabenlasten enge Grenzen gesetzt. Das gilt insbesondere in den genannten kontinentaleuropäischen Ländern, in denen die Durchschnittsverdiener schon heute fast die Hälfte oder mehr des Bruttolohnes (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber) an den Staat abführen müssen. Je tiefer in dieser Ausgangslage der Keil zwischen Brutto- und Nettolöhnen getrieben wird, desto größer ist die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung der wirtschaftlichen Dynamik und damit auch einer Erosion der Einnahmenseite infolge der Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in die Schattenwirtschaft und das Ausland. Auf diese Weise sind die Umlagesysteme von Implosion bedroht.

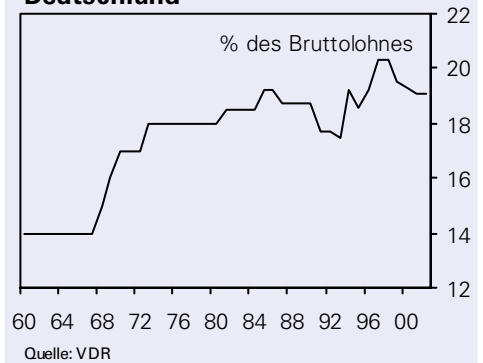
Eine solche Problemlage bedeutet letztlich, dass ein wesentlicher Teil der Anpassung auf der Ausgabenseite erfolgen muss. Vor allem bei den Alterssicherungssystemen hat die Politik auch bereits Maßnahmen zur längerfristigen Kosteneindämmung initiiert.⁴⁰ Im staatlichen Gesundheitswesen gibt es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Ansätze zur Kostenbegrenzung bzw. -kontrolle und zur Effizienzsteigerung. Tiefe Einschnitte in das staatliche bzw. staatlich finanzierte Leistungsangebot, wie etwa Mitte der 90er Jahre in den Niederlanden, sind aber eher die Ausnahme.

Der Trend zur Begrenzung öffentlicher Sozialleistungen manifestiert sich erst allmählich. Dabei steigt unverkennbar der Sanierungsbedarf der umlagefinanzierten Sozialsysteme. Je ungünstiger die demografischen Perspektiven sind, desto weniger wird die Politik an substantiellen Einschnitten vorbeikommen. In stark alternden Gesellschaften dürften die staatlichen Institutionen längerfristig nur noch eine – gemessen am heutigen Leistungsumfang – schmale Grundsicherung bieten können. Darauf sollten sich die Bürger schon heute einstellen. Die Firmen, die private Lösungen anbieten, sollten aktiv für diese eintreten und werben.

Mehr private Vorsorge erforderlich

Die Rückverlagerung der Verantwortung für Alter und Krankheit hin zu den Privaten könnte eine wesentliche Antwort auf die demografischen Herausforderung des Sozialstaates sein. Dies sollte nicht als unvermeidbares Übel, sondern als Chance begriffen werden. Mehr private Vorsorge bedeutet mehr Markt und größere individuelle Handlungsspielräume. Im Gesundheitswesen ist damit die berechtigte Hoffnung

Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland



Substanzielle Einschnitte bei Sozialleistungen unverzichtbar

Eigenvorsorge sollte als Chance begriffen werden

⁴⁰ In Deutschland soll als Folge der neuen Renten Anpassungsformel (Rentenreform 2001) das Niveau der gesetzlichen Renten gemessen am Durchschnittslohn bis 2030 um rd. 10% sinken. Frankreich, Italien und Spanien haben zur Stabilisierung der Rentenkassen u.a. die Voraussetzungen (notwendige Beitragszeiten) für den Anspruch auf eine volle staatliche Rente verschärft. Zudem wurden in den genannten Ländern erste Schritte zu einer generellen Anhebung des Renteneintrittsalters gemacht. Weitere dürften unvermeidlich sein. Einen interessanten Weg gehen u.a. Schweden und Polen. Dort wurden die staatlichen Renten u.a. an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt. Steigt diese und damit die Rentenbezugsdauer, fallen die jährlichen Renten geringer aus. Vgl. dazu: Deutsche Bank Research (Hrsg.): Europa auf dem Weg zu Pensionsfonds?, Sonderbericht, 9. April 2001.



auf eine gesteigerte Kosteneffizienz und eine besser an den Präferenzen der Bürger ausgerichtete Versorgung verbunden. Ähnliches gilt für die Altersvorsorge.

Private Vorsorge heißt vor allem auch Umstieg vom Umlageverfahren hin zur Kapitaldeckung, d.h. der Finanzierung von Renten und Gesundheitsausgaben im Alter aus individuellem Vorsorgekapital, das die Bürger während ihres Erwerbslebens ansparen. Ein solcher Umstieg kann positive Anreizeffekte entfalten und die Leistungsmotivation, die Ersparnisbildung und die Investitionstätigkeit stärken. Darüber hinaus wächst die Bedeutung großer, professioneller Kapitalsammelstellen mit positiven Folgen für die Effizienz der Finanzmärkte und die Kapitalproduktivität. All dies spricht dafür, dass durch vermehrte Kapitaldeckung die Wachstumskräfte nachhaltig gestärkt und damit die zunehmende Zahl älterer Menschen in Zukunft leichter versorgt werden können als auf alleiniger Basis eines wachstumshemmenden Umlagesystems.⁴¹

Der Hebel lässt sich auch außerhalb der Systeme, nämlich bei den demografischen Parametern ansetzen. Zu denken ist an eine Stärkung der Beitragsbasis durch höhere Erwerbsquoten sowie Zuwanderung. Die Zuwanderung von Arbeitskräften, insbesondere von jüngeren, qualifizierten Menschen, kann ebenfalls zur Verminderung des Problemdrucks im Sozialbereich beitragen. Freilich gilt dies – sofern die Zuwanderung nicht beständig ausgeweitet wird – nur begrenzt bzw. zeitlich befristet, da Zuwanderer später im Alter den Kreis der Leistungsempfänger erweitern.

Vermehrte Kapitaldeckung stärkt Wachstumskräfte

⁴¹ Freilich wäre es verfehlt, die insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten hohen Kapitalmarktrenditen ungeschmälert in die Zukunft fortzuschreiben. Das gilt alleine schon wegen des - in gewissen Grenzen - wohl kaum vermeidbaren Rückgangs der Preise von Finanzanlagen ab etwa 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und daher bei kapitalgedeckter Vorsorge vermehrt entspart wird.

5.5. Staatsfinanzen – unter Konsolidierungsdruck

In den Industrieländern sind nach Schätzungen der OECD 40 - 60% der Staatsausgaben von der demografischen Entwicklung beeinflusst.⁴² Dazu gehören – nach OECD-Einteilung – erstens staatliche Rentenzahlungen und Pensionen, zweitens Aufwendungen für die Beschäftigungsförderung Älterer, insbesondere für die Frühverrentung, drittens Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen sowie viertens Transfers an Familien und Ausgaben für das öffentliche Schul- und Hochschulwesen. Der Anteil der einzelnen Ausgabenblöcke an den gesamten bevölkerungsabhängigen Ausgaben variiert unter den (wenigen) Ländern, für die Daten zu allen Ausgabenkategorien vorliegen, sehr stark.⁴³ In der Regel gilt aber, dass die öffentlichen Ausgaben für Ältere jene für junge Menschen deutlich übersteigen.

Bis 2050 werden Modellrechnungen der OECD⁴⁴ zufolge die staatlichen Ausgaben für die Alterssicherung gemessen am Sozialprodukt der jeweiligen Länder im Durchschnitt um etwa 40 – 55% (in einzelnen Ländern sogar wesentlich mehr) und jene für das Gesundheitswesen um 50 – 60% steigen. Die Ausgaben für die Beschäftigungsförderung und den Vorruhestand bleiben in etwa konstant. Hingegen wird für Bildung und Transfers an Familien rd. 15% weniger ausgegeben als im Jahr 2000. Alles in allem resultiert daraus ein kräftiger Anstieg der öffentlichen Ausgaben und auch der Staatsquote, d.h. der Staatsausgaben gemessen am BIP.

Auf der Basis dieser Ergebnisse hat die OECD die haushaltspolitischen Implikationen der Alterung für ein "typisches" alterndes Industrieland simuliert. Demnach führt die Alterung über die Jahre bis 2050 kumuliert in dem "Modell"-Land ceteris paribus zu einer Belastung des öffentlichen Haushaltes in Höhe von etwa 200% gemessen am BIP. Interessanterweise sind die Simulationsergebnisse relativ unempfindlich gegenüber Veränderungen der zugrunde gelegten demografischen Trends. Hingegen ist die haushaltspolitische Situation zum Ausgangszeitpunkt, d.h. v.a. das Vorzeichen und die Höhe des Budgetsaldos sowie der Schuldenstand, von erheblicher Relevanz für den errechneten Entwicklungspfad des Budgets.

Entwicklungspfade mit einer übermäßigen Verschuldungsexpansion dürften in der Realität allerdings instabil sein und in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale münden. Die Folge zunehmender Verschuldung und immer höherer Budgetdefizite wäre nicht nur ein steiler Anstieg der Zinsausgaben und wohl auch der Zinssätze mit möglichen negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum. Die wachsenden Staatsschulden würden zudem auf Seiten der Steuerzahler die Erwartung steigender Abgabenlasten wecken und Abwehrreaktionen provozieren. Schon vor Erreichen der Schmerzgrenze der Abgabenbelastung wäre daher mit einer Erosion der Steuerbasis zu rechnen (vgl. 5.4.).

40 - 60% der Staatsausgaben von der demografischen Entwicklung beeinflusst

Demografisch bedingte Staatsausgaben*

	2000	2050
	%	
Dänemark	29.3	35.0
Schweden	29.0	32.2
Japan	13.7	16.7
USA	11.2	16.7
Durchschnitt von 17 OECD-Ländern	18.7	25.6

*OECD-Projektionen, in % des BIP

Quelle: OECD

Übermäßige Verschuldungsexpansion wäre nicht durchzuhalten

⁴² OECD: Fiscal Implications of Aging: Projections of Age-related Spending, Working paper No. 305, 19. Sept. 2001.

⁴³ Während etwa der Anteil der staatlichen Aufwendungen für die Alterssicherung in Australien nur 18% beträgt, erreicht er in den USA 39%. Umgekehrt liegt der Anteil der Gesundheitsausgaben in Australien bei fast 41%, in den USA aber nur bei 23%. Vorruhestandsregelungen verschlingen in Dänemark einen Anteil von über 13%, in USA nur 1,8%. Die – weniger stark streuenden – Ausgaben der vierten Gruppe machen in der Regel zwischen einem Viertel und einem Drittel aus.

⁴⁴ OECD, a.a.O.



Frühzeitiger Abbau struktureller Budgetdefizite notwendig

Den Simulationsergebnissen der OECD zufolge kann eine entschlossene Wirtschaftspolitik die Gefahr einer Überforderung der öffentlichen Haushalte deutlich vermindern. Dabei geht es zum einen darum, durch strikte Ausgabendisziplin in den nicht von der demografischen Entwicklung betroffenen Bereichen möglichst dauerhafte Budgetüberschüsse zu erzielen. Damit kann ein nennenswerter Teil der demografisch bedingten Zusatzausgaben aufgefangen werden. Zu bedenken ist aber, dass die Kürzung staatlicher Ausgaben das Wirtschaftswachstum - zumindest vorübergehend - beeinträchtigen kann.

Freilich kann sich der Staat nicht aus seinen Kernaufgaben zurückziehen, so wichtig eine sparsame Haushaltsführung ist. Vielmehr bedarf es auch künftig eines handlungsfähigen Staates – alleine schon wegen der anhaltenden Notwendigkeit der Standortpflege. Gerade die alternen Industrielande müssen attraktive Standortbedingungen bieten, wenn sie im internationalen Wettbewerb um Unternehmen und hochqualifizierte Arbeitskräfte mithalten wollen. Neben attraktiven steuerlichen Bedingungen gehören dazu eine leistungsstarke Infrastruktur etwa im Verkehrswesen sowie ein modernes Bildungssystem auf internationalem Spitzenniveau. Um so wichtiger ist eine kosteneffiziente Bewältigung solcher Aufgaben. Das spricht dafür, Möglichkeiten der Effizienzsteigerung insbesondere durch Privatisierung bzw. verstärkte Zusammenarbeit mit privaten Partnern konsequent zu nutzen. Privatisierung kann auch dazu beitragen, einen ordnungspolitisch problematischen Anstieg der Staatsquote zu verhindern.

Zum anderen gilt es, der absehbaren demografisch bedingten Expansion öffentlicher Ausgaben entgegenzuwirken. In der Modellrechnung der OECD fällt der Defizitanstieg um ein Drittel geringer aus, wenn die altersbedingten Ausgaben gemessen am BIP bis zum Jahr 2050 nicht – wie im Basisszenario – um 6%, sondern nur um 5% steigen. Wie wichtig eine Begrenzung öffentlicher (Sozial-) Leistungen ist, zeigen auch Berechnungen der Universität Freiburg am Beispiel der Rentenreform 2001 in Deutschland.⁴⁵ Mit Hilfe von sogenannten Generationenbilanzen haben die Freiburger Forscher ermittelt, dass die beschlossenen Einschnitte bei den gesetzlichen Renten, v.a. Absenkung des Rentenniveaus), einen Rückgang des Gegenwartswertes der künftigen, in den offiziellen Haushaltsplänen nicht ausgewiesenen (impliziten) Staatsverschuldung in Deutschland von 88% auf 55% des BIP bewirken.

Gleichwohl besteht in Deutschland im Sozialbereich (vgl. 5.4.) weiterhin großer Reformbedarf, zumal die relativ moderaten Werte für die implizite Staatsverschuldung auf einer Festschreibung der vergleichsweise günstigen Haushaltsslage des Jahres 2000 beruhen. Die notwendigen Reformen (Leistungsbegrenzung, Privatisierung) sollten möglichst rasch umgesetzt werden, da andernfalls der Anpassungsbedarf immer größer wird. Zudem können wichtige Reformoptionen wie die (Teil-) Privatisierung der Alterssicherung wegen des Zeitbedarfs für den Aufbau eines hinreichend großen Kapitalstocks nur noch eine begrenzte Zeit sinnvoll ausgeübt werden.

Gefahr einer Überforderung der öffentlichen Haushalte

Strikte Ausgabendisziplin notwendig

Kosteneffiziente Bewältigung öffentlicher Aufgaben geboten

Anpassung der Sozialsysteme erforderlich

Notwendige Reformen müssen rasch angepackt werden

⁴⁵ Borgmann, C.; Krimmer, P.; Raffelhüschen, B.: Rentenreformen 1998-2001: Eine (vorläufige) Bestandsaufnahme, 2001.

Im übrigen kommt es für die Wirtschaftspolitik mit Blick auf die Staatsfinanzen im Allgemeinen ebenso wie hinsichtlich der finanziellen Perspektiven der Sozialsysteme im Besonderen darauf an, für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand und anhaltend dynamisches Wirtschaftswachstum zu sorgen. In den alternden wachstumsschwachen europäischen Volkswirtschaften bedarf es daher weit über den Sozialbereich hinaus zukunftsweisender Strukturreformen zur Freisetzung der Wachstumskräfte.⁴⁶

⁴⁶ Ackermann, J. et al. (Hrsg.): Initiative für Deutschland: Mit Mut Zukunft gestalten, Sieben Thesen der Initiative für Deutschland, Mai 2002.

5.6. Verteilung – Jung versus Alt

Mit Blick auf die wachsende Zahl älterer Menschen und die zu erwartenden Anspannungen in den staatlichen Haushalten bestehen in der Öffentlichkeit vielfältige Ängste und Sorgen. Auf der einen Seite sorgen sich Rentner und ältere Beschäftigte um die Zukunft ihrer Alters-einkünfte. Auf der anderen Seite warnen nicht nur junge Menschen vor einer zunehmenden Überlastung der heute jungen Aktiven und deren Kinder.

Beide Seiten können ihre Besorgnisse mit Fakten begründen. Die gesetzlichen Renten waren in denen vergangenen Jahren schon vor der jüngsten Reform wiederholt Gegenstand mitunter wenig systematischer staatlicher Eingriffe, die viele Ältere verunsichert haben. Aber auch die hohe Belastung der Jungen kann nicht geleugnet werden. Wenn die Angehörigen künftiger Generationen in Deutschland unter den Bedingungen des Status quo netto nahezu EUR 160.000 mehr an Steuern abführen müssen als ein Neugeborener heute, kann von intergenerativer Gerechtigkeit keine Rede sein.⁴⁷ Vielmehr werden hohe Lasten auf künftige Generationen abgewälzt (vgl. auch 4.2.).

Offenkundig ist bei einer schrumpfenden Bevölkerung in den staatlichen Sozialsystemen mit dem Modus der Umlagefinanzierung gleichsam schon der Nährboden für Verteilungskonflikte zwischen den Generationen angelegt. Es muss entschieden werden, in welchem Maße die Aktiven höhere Beiträge leisten und die Älteren weniger Leistung erhalten sollen. Die junge Generation ist an niedrigen, die ältere an höheren Abgaben interessiert. Dieser schädliche Konflikt ist ein wesentlicher Nachteil der Umlagesysteme.

Stärkere Kapitalfundierung der Renten entschärft Generationenkonflikt

Einiges spricht dafür, dass der drohende Generationenkonflikt durch eine Stärkung kapitalgedeckter privater Vorsorgesysteme wesentlich entschärft werden kann. Zu nennen sind nicht nur die verbesserten Perspektiven für das Wirtschaftswachstum (vgl. 5.4.). Es bestehen auch viel stärkere Eigentumsrechte, wenn die Renten und Gesundheitsausgaben aus einem von den Leistungsempfängern selbst angesparten Kapitalstock finanziert werden. („Jede Generation sorgt für sich selbst vor.“) Vor allem aber gibt es insoweit einen Interessengleichklang zwischen Aktiven und Älteren, als alle Beteiligten an einer hohen Produktivität bzw. Rendite des in der Volkswirtschaft eingesetzten Kapitals interessiert sind. Dessen ungeachtet könnte eine verschärfte Auseinandersetzung um die Primärverteilung, d.h. die Verteilung der Einkommen zwischen dem knapper werdenden Faktor Arbeit und dem Faktor Kapital, an die Stelle des Konfliktes zwischen Jung und Alt treten. Diese Auseinandersetzung würde freilich über den Markt und nicht im politischen Prozess ausgetragen.

Gegen einen Umstieg in Richtung vermehrter Kapitaldeckung von Sozialleistungen wird in der öffentlichen Debatte vorgebracht, dass die Aktiven im Übergangsprozess doppelt belastet würden. Sie müssten – damit die Finanzierung der bestehenden Ansprüche der Älteren gewähr-

Umlagefinanzierung ein Nährboden für Verteilungskonflikte

Auseinandersetzung um Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital

⁴⁷ Borgmann, C.; Krimmer, P.; Raffelhüschen, B., a.a.O. Zu beachten ist allerdings, dass in dieser Rechnung nur die Zahlungsströme mit der öffentlichen Hand berücksichtigt werden und damit die Entlastung durch eine geringere Kinderzahl nur teilweise erfasst wird.

leistet ist – weiterhin Beiträge an die Umlagesysteme abführen und zusätzlich noch Sparleistungen für ihre eigene Vorsorge erbringen. Dies sei ungerecht. Unterstützt wird diese These durch aktuelle wirtschaftstheoretische Erkenntnisse, denen zufolge ein effizienter Übergang vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren nicht möglich ist, ohne dass eine Generation schlechter gestellt wird.⁴⁸

Allerdings berücksichtigen diese Überlegungen nicht, dass mit dem Übergang zur Kapitaldeckung neue Handlungsoptionen geschaffen werden. Gemeint ist die Möglichkeit, Kapital in anderen Ländern zu investieren, in denen eine höhere Verzinsung als im Inland erwirtschaftet werden kann. Im übrigen geht es in der Realität nicht um eine völlige Umstellung, sondern darum, mit erheblichen Mängeln behaftete, überdimensionierte staatliche Systeme abzuspecken, um sie vor dem finanziellen Kollaps zu bewahren und durch tragfähige Pfeiler privater Vorsorge zu ergänzen. Wenn der Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge in Deutschland jetzt von manchen als zu hohe Belastung empfunden wird, so liegt dies wesentlich auch an Versäumnissen der Vergangenheit. In den 80er Jahren wäre ein solcher Einstieg leichter gefallen. Dessen ungeachtet kann man fragen, ob es nicht gerecht ist, wenn eine Generation, die weniger Kinder hat und länger leben wird, einen höheren Beitrag für Altersvorsorge leistet als die Generation zuvor. Im Interesse eines fairen intergenerativen „burden sharing“ sollte aber auch die heutige Rentnergeneration – wie es in Deutschland in der neuen Rentenberechnungsformel angelegt ist – zur Verminderung der Belastung zukünftiger Generationen beitragen.

Effizienter Übergang zum Kapitaldeckungsverfahren stellt mindestens eine Generation schlechter

Kapitaldeckung schafft aber neue Handlungsoptionen

⁴⁸ Breyer, F.: Why Funding is not a Solution to the “Social Security Crisis”; Discussion Paper No. 328, ZIA, Juli 2001. Dieses Ergebnis gilt aber nur für ein System mit Teilhabeäquivalenz, das in Deutschland allerdings nicht in reiner Form verwirklicht ist. Vgl. Wiegard, W.: Der Grundsatz der Effizienz bei der Reform der Rentenversicherung, in: Graf Lambsdorff, O. (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung, 2001,

5.7 Finanzmärkte – sinkende Erträge und Renditen

Während die demografische Entwicklung über die nächsten Dekaden relativ gut prognostizierbar ist, sind ihre Auswirkungen auf die Kapitalmärkte ungleich schwerer zu bestimmen und daher in der Literatur durchaus umstritten. Die Ambivalenz der Forschungsergebnisse liegt größtenteils in den unterschiedlichen Ansätzen begründet. So untersuchen einige Autoren die Effekte anhand theoretischer Modelle (zumeist „overlapping generations“-Ansatz), andere (IWF, OECD, EU-Kommission) verwenden makroökonomische Mehrländermodelle. In einem weiteren Ansatz wird versucht, empirische Ergebnisse aus Querschnittsanalysen in die Zukunft zu projizieren.

Modellspezifikation und Annahmen entscheidend

Neben der Spezifikation werden die Modellergebnisse auch entscheidend durch Annahmen über bestimmte Parameter beeinflusst. Dies betrifft insbesondere

- die Wirtschaftspolitik (weitere Reform der Rentensysteme, Anpassung der öffentlichen Haushalte an zukünftige Belastungen),
- das Verhalten der ökonomischen Agenten (Spar-, Investitionsverhalten, Ausmaß der Ricardianischen Äquivalenz, Partizipationsrate) und
- den Grad der internationalen Kapitalmobilität.

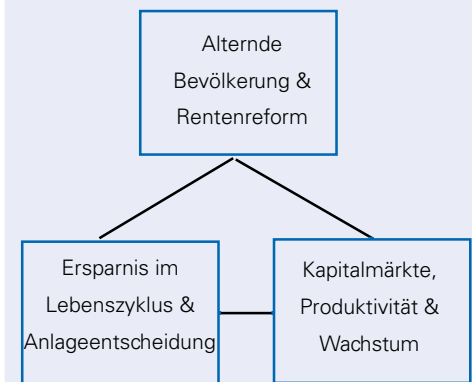
Somit können die im Folgenden zitierten Ergebnisse bestenfalls grobe Anhaltspunkte liefern. In den meisten Studien zu den demografischen Effekten auf die Finanzmärkte werden folgende Transmissionskanäle analysiert:

- „Lebenszyklus-Hypothese“ und ihre Auswirkungen auf das Kapitalangebot,
- Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen (Kapitalnachfrage),
- Arbeitsangebot und die Auswirkungen auf den relativen Preis von Arbeit und Kapital,
- Produktivitätsentwicklung und die Auswirkungen auf den Realzins.

Kapitalangebot kommt unter Druck

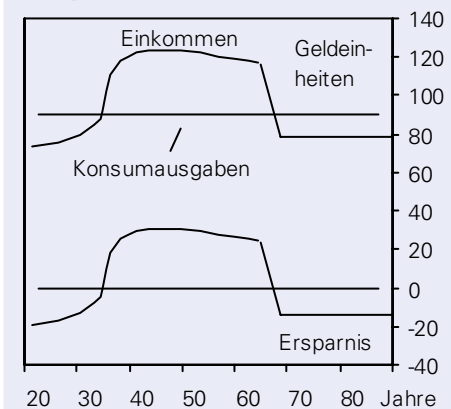
Das private Kapitalangebot wird durch die Ersparnis der privaten Haushalte determiniert. In den meisten Modellen wird die „Lebenszyklus-Hypothese“ unterstellt, die davon ausgeht, dass das Individuum versucht, seinen Konsum durch Variation der Spartätigkeit über den Lebenszyklus zu glätten. Dabei können drei Phasen unterschieden werden. Entsparen im jungen Erwachsenenalter zur Finanzierung wichtiger Anschaffungen wird zwischen 35 und 65 Jahren gefolgt von einer Periode des Sparens für die Altersvorsorge. Die akkumulierte Ersparnis wird nach dem Ende des Erwerbslebens zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards wieder abgebaut. Empirische Überprüfungen der „Lebenszyklus-Hypothese“ liefern allerdings keine eindeutigen Belege. Schätzungen der Elastizität der Sparquote der privaten Haushalte in Bezug auf den Altenlastquotienten⁴⁹ bewegen sich zwischen $\frac{3}{4}$ und nahe

Alternde Bevölkerung, Sparverhalten & Kapitalmärkte



Quelle: Börsch-Supan/Winter

Einkommen, Konsum & Ersparnis im Lebenszyklus



Quelle: Börsch-Supan, Essig 2002

⁴⁹Masson, P. et al.: Macroeconomic Effects of Projected Population Ageing in Industrial Countries, 1990.

Null⁵⁰. Mikroökonomische Untersuchungen finden zumeist noch geringere Evidenz für die „Lebenszyklus-Hypothese“. So zeigt eine auf US-Haushaltsdaten basierende Analyse von Poterba⁵¹ zwar eine deutliche Abnahme der Spartätigkeit bei über 65-Jährigen, allerdings belegen die Daten selbst im hohen Alter keine generelle Tendenz zum Entsparen. Untersuchungen für Deutschland zeigen, dass über 59-jährige Haushalte vergleichsweise hohe Sparquoten und eine dementsprechende Ersparnisbildung aufweisen. Neben altruistischen Motiven (die in „Bequest-Modellen“ der Ersparnisbildung unterstellt werden) könnten hier das mit der höheren Lebenserwartung einhergehende zunehmende Risiko, ein Pflegefall zu werden, und die daraus resultierenden Kosten eine Erklärung sein (precautionary theory of saving).

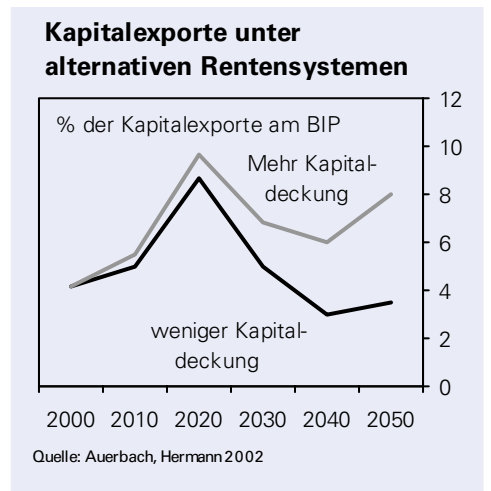
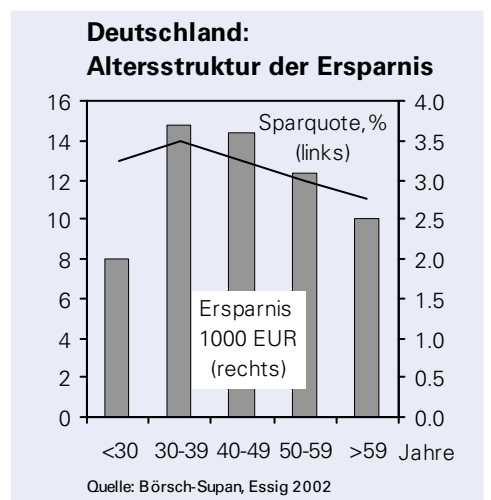
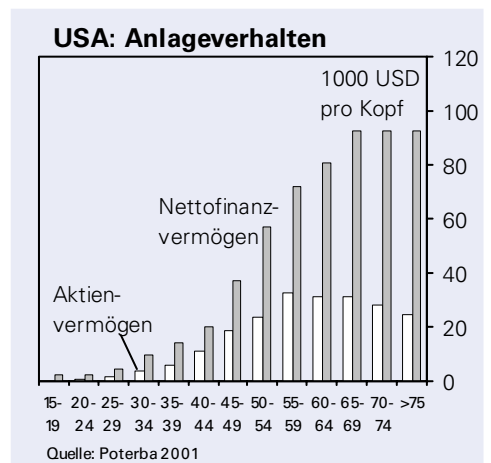
Wenn auch das Ausmaß des Entsparens im Alter durchaus umstritten ist, so wird schon alleine die Bewegung der Baby-Boomer-Kohorten innerhalb der Bevölkerungspyramide einen deutlich negativen Effekt auf die private und öffentliche Ersparnisbildung haben. Diese Gruppe der heute zwischen 30- und 50-Jährigen befindet sich bis etwa 2010-20 in ihrer Haupt-Sparphase (Anteil an der Gesamtbevölkerung in 2000 in den USA, Westeuropa und Deutschland jeweils gut 30%).

Auswirkungen unterschiedlicher Sicherungssysteme auf das Kapitalangebot

Ein umlagefinanziertes Rentensystem verteuert einseitig den Faktor Arbeit. Börsch-Supan⁵² argumentiert, dass ein Kapitaldeckungsverfahren zu einem effizienteren Kapitalmarkt und damit zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität führen sollte. In umlagefinanzierten Systemen ist die private Sparleistung tendenziell geringer als in kapitalgedeckten Systemen. Außerdem erlaubt ein kapitalgedecktes System Investitionen in Regionen mit höherem Wachstum und eine Diversifikation der Risiken, während bei einem umlagefinanzierten System die Leistungen ausschließlich von der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft abhängen. Dies bedeutet, dass in einem kapitalgedeckten System mehr Kapital im Ausland investiert wird als in umlagefinanzierten, mit entsprechenden Konsequenzen für die Zahlungsbilanz und den Wechselkurs.

Staatliche Kapitalnachfrage steigt, private gedämpft

Aufgrund der demografischen Herausforderungen dürften die Industrieländer in der laufenden Dekade erhebliche Anstrengungen unternehmen, laufende Kreditaufnahme und Schuldenstände zu reduzieren, da die demografische Alterung zu einem massiven Anstieg der staatlichen Zuschüsse an die zumeist ungedeckten Alterssicherungssysteme in den OECD-Ländern sowie zu steigenden Gesundheitsausgaben führen wird.⁵³ Trotz gleichzeitig sinkender Bildungsausgaben dürfte dies ohne grundlegende Reformen zu einem dramatischen Anstieg der Staatsdefizite führen, zumal die Steuereinnahmen durch geringere BIP-



⁵⁰ Allerdings könnte dies auch daran liegen, dass die in umlagefinanzierten Systemen erworbenen Rentenansprüche in einigen Studien nicht entsprechend berücksichtigt werden.

⁵¹ Poterba, J.: Demographic Structure and Asset Returns, 2001.

⁵² Börsch-Supan, A.: Population Ageing, Savings Behaviour and Capital Markets, 2001.

⁵³ Allerdings hat der Wachstumseinbruch in 2001 diese Entwicklung vorerst konterkariert.

Zuwächse erodiert werden. Simulationen der OECD⁵⁴ (1998) zeigen, dass dieser Effekt in Japan bereits zu wirken beginnt, während er in den USA und Europa erst um 2010 einsetzen wird.

Da sich die demografische Alterung in allen großen Industrieländern und einer Vielzahl von Entwicklungsländern vollzieht, könnte ceteris paribus in den nächsten Dekaden das globale Trendwachstum deutlich sinken⁵⁵. Damit dürften auch die Investitionstätigkeit und die private Kapitalnachfrage an Dynamik verlieren. Allerdings könnte das sinkende Erwerbspersonenpotenzial und der damit einhergehende Anstieg der Löhne zu vermehrten Substitutionsprozessen zugunsten einer kapitalintensiveren Fertigung führen (capital deepening). Da aber das Konsumgüterbündel einer alternden Gesellschaft weniger kapitalintensive Güter (aber mehr arbeitsintensive wie z.B. Betreuung oder häusliche Dienstleistungen) als das einer junger Gesellschaft enthält, dürften die Möglichkeiten zur kapitalintensiveren Fertigung begrenzt sein.

Realzins und Produktivität

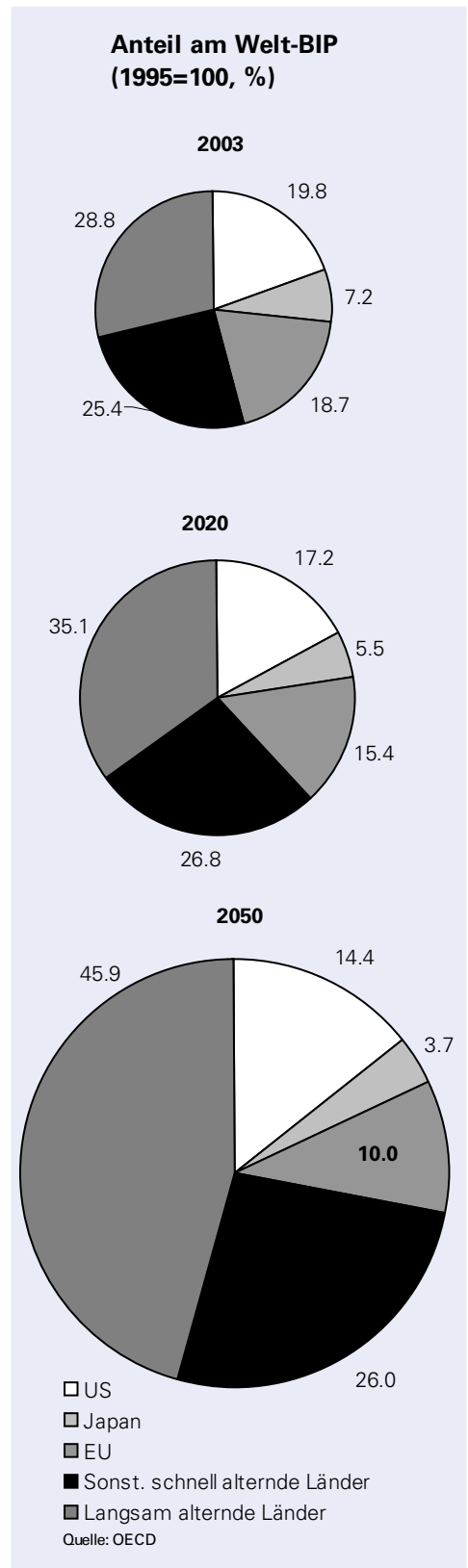
Die Zinstheorie kann keine eindeutige Antwort darauf geben, ob die Realzinsen im Zuge des demografischen Wandels langfristig eher fallen oder steigen werden. Generell sollte bei niedrigeren Wachstumsraten der natürliche Zins, der nach Wicksell der Ertragsrate von Sachinvestitionen entspricht, sinken. Auch in der neoklassischen Zinstheorie dürfte die Substitution von Arbeit durch Kapital zum Sinken der Grenzproduktivität führen, was auf niedrigere Zinsen hindeutet. Andererseits steht zu erwarten, dass die Gegenwartsvorliebe der Sparer aufgrund der demografischen Alterung langfristig zunehmen wird, was tendenziell zinssteigernd wirkt.

Anleiherenditen weiter unter Druck

In der laufenden Dekade dürfte der deutliche Anstieg der Ersparnisbildung in Verbindung mit einer tendenziell sinkenden staatlichen Kapitalnachfrage zu vergleichsweise niedrigen Realzinsen führen. Aufgrund der oben geschilderten gegenläufigen Effekte ist das Ergebnis für die Zeit nach 2010 weniger klar. Die OECD nimmt in ihren Simulationen an, dass die Wirkung der nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Ersparnisbildung größer als die Abschwächung der Kapitalnachfrage für Investitionen ausfällt, und erwartet bis 2050 einen Anstieg der Realzinsen um 1/2 Prozentpunkt. In einem Alternativszenario, in dem die OECD eine höhere Ersparnis (hauptsächlich aufgrund einer entschiedeneren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den OECD-Ländern) unterstellt, ergibt sich dagegen ein deutlicher Rückgang der Realzinsen. Insgesamt ist eine eindeutige Aussage zur Entwicklung der Realzinsen nicht möglich. Allerdings dürften aufgrund moderater Inflationsraten die Nominalzinsen in beiden Szenarien nach 2010 eher niedrig bleiben.

Aktienmärkte verlieren langfristig an Attraktivität

Zwar können sich global operierende Unternehmen durch internationale Diversifikation teilweise den demografischen Effekten auf der Angebots- und Nachfrageseite in den am stärksten betroffenen Ländern entziehen. Das Gewinnwachstum dürfte sich allerdings trotzdem verlangsamen. Zum einen wird in späteren Dekaden das Trendwachstum und damit das Marktwachstum global schwächer ausfallen als in der



⁵⁴ Turner D. et al.: The Macroeconomic Implications of Ageing in a Global Context, Economics Department Working Paper No. 193, 1998.

⁵⁵ Turner D. et al.: The Macroeconomic Implications of Ageing in a Global Context, a.a.O.

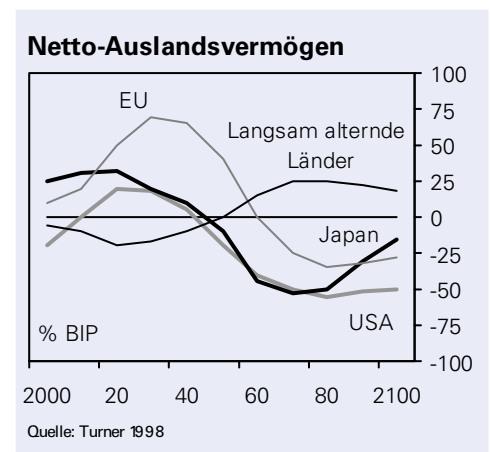
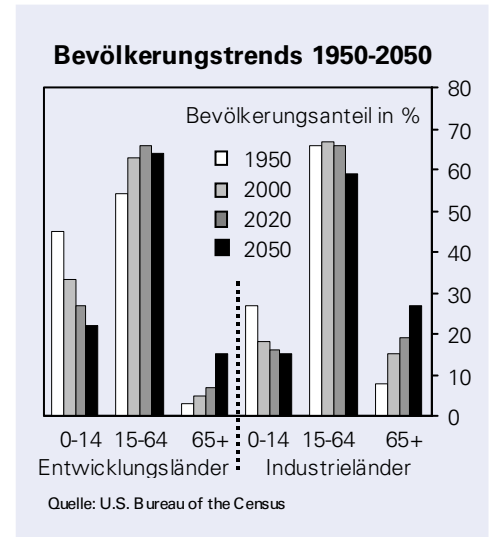
Vergangenheit. Zum anderen dürfte aufgrund der zunehmenden Knappheit qualifizierter Arbeitnehmer die Entlohnung des Faktors Arbeit zu Lasten des Anteils der Gewinne am Volkseinkommen steigen. Außerdem wird wohl mit zunehmendem Durchschnittsalter die Risikoaversion der Anleger zunehmen. Sollten die Realzinsen bis 2050 tatsächlich steigen, so wird dies die Attraktivität von Aktien zusätzlich reduzieren. Die genannten Argumente deuten an, dass mit dem Ausscheiden der Baby-Boomer-Generation aus dem Erwerbsleben die Aktienkurse unter Druck kommen könnten.

Modellergebnisse und Empirie

Diese Überlegungen werden auch anhand theoretischer Modelle auf Basis des „overlapping generations“-Ansatzes bestätigt⁵⁶. In einem für die USA kalibrierten Modell kommt Brooks zu dem Ergebnis, dass die zu erwartenden Kapitalmarktrenditen für die in der zweiten Hälfte des Baby Booms Geborenen etwa 15% niedriger ausfallen dürften als die ihrer Elterngeneration. In einem Modell für den S&P500 schätzt Reisen⁵⁷, dass unter Annahme einer geschlossenen Volkswirtschaft das Kurs/Gewinn Verhältnis von 20 auf 14 in 2030 fallen könnte. In empirischen Untersuchungen fällt es schwer, einen robusten Zusammenhang zwischen Renditen von Aktien und Bonds und der Altersstruktur der Bevölkerung nachzuweisen, wobei dies allerdings zum Teil durch die verwendeten statistischen Ansätze bedingt sein könnte⁵⁸. Insgesamt bezweifelt die Mehrzahl der Autoren, dass es zu einem „Meltdown“ an den Aktienmärkten kommen wird; dies gilt insbesondere wenn unterstellt wird, dass die Anleger rational und vorausschauend agieren und Anpassungen in der Portfoliostruktur über einen sehr langen Zeitraum erfolgen.

Internationale Kapitalbewegungen und Wechselkurse

Die Auswirkungen auf die Finanzmärkte der am stärksten von der demografischen Entwicklung betroffenen Industrieländer hängen erheblich vom Ausmaß der zukünftigen internationalen Kapitalmobilität ab. Generell gilt: je größer die internationale Kapitalmobilität, desto eher können die Effekte zumindest abgemildert werden. In fast allen vorliegenden Untersuchungen wird unterstellt, dass die zunehmende Ersparnisbildung der nächsten Jahre in den entwickelten Industrieländern zu deutlichen Leistungsbilanzüberschüssen führen wird. Studien zeigen, dass die relative Altersstruktur von Volkswirtschaften einen wichtigen Bestimmungsgrund für internationale Kapitalbewegungen darstellt⁵⁹. Dabei sind Länder mit höherem Altersdurchschnitt zumeist Netto-Kapitalexporteure in relativ jüngere Länder mit hoher Investitionsnachfrage und begrenzter Sparkapazität. Modell-Simulationen zeigen, dass in den G3-Ländern nach deutlichen Leistungsbilanzüberschüssen in den kommenden Dekaden zwischen 2030 und 2050 die Auslandsvermögen zur Finanzierung des Ruhestands abgebaut werden, was zu massiven Leistungsbilanzdefiziten zwischen 3% und 5% des BIP führen wird.



⁵⁶ Brooks, R.: What Will Happen to Financial Markets when the Baby Boomers Retire?, 2000.

⁵⁷ Reisen, H.: Pension, Savings, and Capital Flows, 2000.

⁵⁸ Poterba, J.: Demographic Structure and Asset Returns, 2001.

⁵⁹ Lüthmann, M.: The Role of Demographic Change in Explaining International Capital Flows, 2002.

Absorptionsfähigkeit der EM begrenzt

Allerdings kommen die meisten Studien zu dem Schluss, dass eine solche Diversifizierung (hauptsächlich in die Emerging Markets) nur einen geringen Beitrag zur Linderung der demografischen Probleme in den Industrieländern leisten kann⁶⁰. In der Modell-Analyse der OECD tragen Kapitaleinkommen aus dem Ausland weniger als 1/4 Prozentpunkt zum jährlichen Anstieg des Lebensstandards in den OECD-Ländern bei. Die meisten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die Entwicklungsländer auch bei entsprechenden Reformen auf der Angebotsseite und im Bereich Corporate Governance nur eine begrenzte Anlagealternative für die aufgrund der Alterung zunehmend risikoaverse Bevölkerung in den Industrieländern darstellen dürften.

USA innerhalb der OECD weiter attraktiv

Deshalb sind auch für die kommenden Dekaden massive Kapitalbewegungen innerhalb der OECD-Länder zu erwarten. Dabei dürften die USA weiterhin im Mittelpunkt stehen. Zwar steigt auch dort der Altenquotient, aber diese Entwicklung setzt später ein und verläuft weniger dramatisch als in Europa und Japan. In Simulationen der EU-Kommission⁶¹ ergibt sich bis 2050 für Europa und Japan ein demografisch bedingter kumulativer BIP-Verlust von rund 20%, für die USA wird er nur auf 10% geschätzt. Die OECD⁶² unterstellt, dass das durchschnittliche BIP bis 2050 in den USA um 2,3% zunehmen wird, gegenüber 1,6% in den übrigen OECD-Ländern. Damit dürfte die relative Attraktivität von US-Anlagen mittelfristig hoch bleiben, die entsprechende Kapitalbewegung dürfte den realen Wechselkurs des Euro tendenziell belasten.

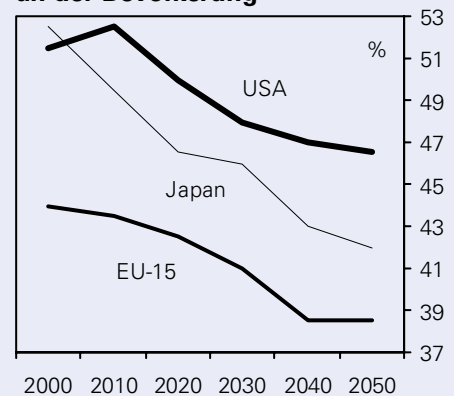
Insgesamt wird die demografische Entwicklung erhebliche Auswirkungen auf alle Assetklassen haben. Ob, wie vielfach unterstellt, Anleihen langfristig gegenüber Aktien outperformen, bleibt fraglich.

Altersmedian

	1950	2000	2050
Welt	23.6	26.5	36.2
Stärker entw. Länder	28.6	37.4	46.4
Weniger entw. Länder	21.4	24.3	35.0
Am wenigsten entw. Länder	19.5	18.2	26.5
Afrika	19.0	18.4	27.4
Asien	22.0	26.2	38.3
Europa	29.2	37.7	49.5
Nordamerika	29.8	35.6	41.0
Mittel- & Südamerika	20.1	24.4	37.8
Pazifik	27.9	30.9	38.1

Quelle: UN 2001

Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung



⁶⁰ Holzmann, R.: Can Investment in Emerging Markets Help to Solve the Ageing Problem?, 2000.

⁶¹ Mc Morrow, K.; Roeger, W.: The Economic Consequences of Ageing Populations (a Comparison of the EU, US and Japan), 1999.

⁶² Dang, T. et.al.: Fiscal Implications of Ageing: Projections of Age-Related Spending, 2001.

6. Schlusswort

Die Botschaft unserer Analyse ist klar und eindeutig: Die demografische Entwicklung stellt uns schon heute vor massive Herausforderungen, die ohne frühzeitiges Gegensteuern leicht in die Katastrophe führen können. Die beschriebenen drastischen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt, das Wachstumspotenzial, die Finanzmärkte und vor allem auf das Sozialsystem sind in wichtigen Entwicklungszusammenhängen fast programmiert. Es gilt deshalb, die Folgen dieser Trends - wo immer möglich - abzumildern. Dazu muss frühzeitig, d.h. zu einer Zeit, in der die Bevölkerungsstruktur noch günstig ist, begonnen werden, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, auch wenn dies unpopuläre Entscheidungen erfordert. Zur Bekämpfung der vielschichtigen Probleme des demografischen Wandels ist ein Bündel von Maßnahmen und vor allem eine klare wirtschaftspolitische Strategie erforderlich, die prinzipiell an zwei Punkten ansetzen kann.

Zum einen muss versucht werden, die demografische Entwicklung günstiger zu gestalten, auch wenn dies nur begrenzt möglich ist. Zum anderen gilt es, die einzelnen Bereiche der Wirtschaft unempfindlicher hinsichtlich der demografischen Entwicklung zu machen.

Wechsel in der Familien- und Einwanderungspolitik

Beim ersten Punkt geht es vor allem um eine effektivere Familienpolitik. Hierzu gilt es zuerst den Wert von Kindern und Familie in unserer Gesellschaft nachhaltig zu erhöhen. Zusätzliche Kindergärten und -horte müssen aufgebaut werden, so dass Familie und Beruf besser vereinbar sind. Ein weiterer Ansatzpunkt, der Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung entgegenzuwirken, liegt in der Einwanderungspolitik. Eine liberalere Zuwanderungspolitik ist notwendig, auch wenn dies derzeit zu Polarisierungen in unserer Gesellschaft führt und politisch zu den "heißen" Eisen gehört. Dabei kommt es vor allem auf eine arbeitsmarktbezogene Steuerung der Zuwanderung an. Das Instrumentarium der Zuwanderungspolitik muss auch Maßnahmen enthalten, die Deutschland für qualifizierte Ausländer attraktiver macht. Hierzu zählt eine bessere Integration der Ausländer, die nicht nur auf eine einfache Familiennachholung und -zusammenführung beschränkt werden darf, sondern durch die Politik aktiv in der gesellschaftspolitischen Diskussion vorbereitet und begleitet werden muss. Es muss jedem klar werden: Ohne Zuwanderung werden die alternden und schrumpfenden Industrieländer an der demografischen Herausforderung scheitern.

Wirtschaft „demografie-fest“ machen

Es gilt, diejenigen Bereiche unserer Wirtschaft, die von demografischen Trends besonders stark getroffen werden, unabhängiger davon zu gestalten. Dies trifft im Bereich der sozialen Sicherung vor allem auf die Renten- und Gesundheitssysteme sowie die öffentlichen Finanzen zu. In weiteren Bereichen wie Arbeitsmarkt sowie Güter- und Kapitalmärkten gilt es generell die Flexibilität zu erhöhen, damit die Anpassung an die demografische Entwicklung mit weniger Reibungsverlusten leichter gelingt.

Im Bereich der Sozialsysteme sind tiefgreifende Reformen notwendig. Der "alte" Generationenvertrag stößt schon bald an seine Grenzen und kann eine ausreichende Altersversorgung nicht mehr leisten, wenn in Zukunft die Anzahl der Rentner der der Erwerbstätigen entspricht. Bis dahin die Beitragssätze zu verdoppeln oder die Rentenleistungen zu halbieren, sind keine Alternativen. Daher ist mehr private Vorsorge notwendig. Dies bedeutet die Verschiebung der derzeit größtenteils um-

Drastische Auswirkungen erfordern frühzeitiges Gegensteuern

Zwei mögliche Ansatzpunkte

Familie und Beruf vereinbar machen

Arbeitsmarktbezogene Zuwanderung realisieren

Grundsätzlich gilt: Flexibilität schaffen

**Im Einzelnen:
Sozialsysteme reformieren, ...**



lagenfinanzierten in Richtung kapitalgedeckte Rentenversicherung. Unvermeidbar erscheint ebenso ein höheres Renteneintrittsalter und - in mehr Fällen als derzeit - ein früher Berufseintritt.

Da demografisch bedingt die staatlichen Ausgaben drastisch steigen und die Steuereinnahmen durch geringere BIP-Zuwächse erodieren werden, müssen Konsolidierungschancen heute dazu genutzt werden, die Basis für langfristig tragbare öffentliche Finanzen zu schaffen.

Der Arbeitsmarkt muss effizienter gestaltet und auf die Zeit vorbereitet werden, wenn das Erwerbspersonenpotenzial zurückgeht. Dazu gehören Maßnahmen, die die Erwerbsquote von Frauen erhöhen (die allerdings familienpolitisch begleitet werden müssen, damit diese nicht bevölkerungspolitisch kontraproduktiv wirken), eine bessere Aus- und Weiterbildung, die Erhöhung von Mobilität und Flexibilität sowie eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Auf den Güter- und Kapitalmärkten gilt es durch weitere Liberalisierungen, verstärkte Privatisierungen und eine Erleichterung des Strukturwandels den Wettbewerb zu erhöhen, um die Effizienz der Märkte zu steigern. Insgesamt muss es gelingen, in den nächsten 5 bis 10 Jahren, in denen die demografische Entwicklung noch vergleichsweise günstig ist, durch eine effiziente Nutzung des Wachstumspotenzials möglichst hohe "Vermögensreserven" aufzubauen.

Problembewusstsein muss geschärft werden

Angesichts der Tragweite der demografisch bedingten Probleme und des sehr beschränkten Gestaltungsspielraums für die Politik ist vor allem eines wichtig: Das Bewusstsein dafür muss bei den Politikern, den Entscheidungsträgern der Wirtschaft und vor allem bei jedem Einzelnen in unserer Gesellschaft geweckt und geschärft werden. Dies ist eines der Ziele der vorliegenden Studie. Nur so ist es möglich, die notwendigen Reformen ohne ideologische Barrieren anzugehen und sachlichen Antworten auf die Herausforderungen zu finden.

... Staatshaushalte konsolidieren, ...

... Arbeitsmärkte modernisieren ...

... und Märkte auf Strukturwandel vorbereiten

Die Quintessenz

Anhang: Tabelle 1

Entwicklung der Weltbevölkerung

	1950	2000	2015	2025	2050
..... in Mio					
Welt	2519	6057	7207	7937	9322
Industrieländer	569	852	897	918	927
Europa	304	388	388	383	350
EU-15	296	377	377	371	339
Großbritannien	50.6	59.4	60.6	61.2	58.9
Schweden	7.0	8.8	8.6	8.5	7.8
Dänemark	4.3	5.3	5.4	5.4	5.1
Euroland	234	303	302	296	268
Deutschland	68.4	82.0	80.7	78.9	70.8
Frankreich	41.8	59.2	61.9	62.8	61.8
Italien	47.1	57.5	55.2	52.4	43.0
Spanien	28.0	39.9	39.0	37.4	31.3
Niederlande	10.1	15.9	16.4	16.6	15.8
Belgien	8.6	10.2	10.3	10.2	9.6
Portugal	8.4	10.0	10.0	9.8	9.0
Griechenland	7.6	10.6	10.5	10.1	9.0
Österreich	6.9	8.1	7.8	7.6	6.5
Irland	3.0	3.8	4.4	4.7	5.4
Finnland	4.0	5.2	5.2	5.1	4.7
USA	158	283	321	347	397
Japan	84	127	128	124	109
Entwicklungs- und Schwellenländer	1950	5205	6310	7019	8395
Europa	245	340	317	302	254
Russland	102.7	145.5	133.3	125.7	104.3
Polen	24.8	38.6	38.0	37.3	33.4
Ukraine	37.3	49.6	43.3	39.6	30.0
Rumänien	16.3	22.4	21.4	20.6	18.1
Lateinamerika	167	519	630	695	806
Brasilien	54.0	170.4	201.4	219.0	247.2
Mexiko	27.7	98.9	119.2	130.2	146.7
Kolumbien	12.6	42.1	52.6	59.2	70.9
Argentinien	17.2	37.0	43.5	47.2	54.5
Venezuela	5.1	24.2	30.9	34.8	42.2
Peru	7.6	25.7	31.9	35.5	42.1
Asien	1318	3552	4253	4664	5334
Indien	357.6	1008.9	1230.5	1351.8	1572.1
China	554.8	1275.1	1410.2	1470.8	1462.1
Pakistan	39.7	141.3	204.3	251.0	344.2
Indonesien	79.5	212.1	250.1	272.9	311.3
Bangladesch	41.8	137.4	183.2	210.8	265.4
Philippinen	20.0	75.7	95.9	107.1	128.4
Vietnam	27.4	78.1	94.4	105.5	123.8
Iran	16.9	70.3	87.1	99.3	121.4
Jemen	4.3	18.3	33.1	48.2	102.4
Türkei	20.8	66.7	79.0	86.6	98.8
Afrika	221	794	1110	1358	2000
Nigeria	29.8	113.9	165.3	203.0	278.8
Kongo	12.2	50.9	84.0	114.9	203.5
Äthiopien	18.4	62.9	89.8	113.4	186.5
Ägypten	21.8	67.9	84.4	94.8	113.8
Uganda	5.2	23.3	38.7	53.8	101.5
Tansania	7.9	35.1	49.3	60.4	82.7

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research



Anhang: Tabelle 2

Entwicklung der Weltbevölkerung

	1995-2000	2000-2005	2010-2015	2020-2025	2045-2050
Veränderung, % p.a.				
Welt	1.35	1.23	1.09	0.92	0.47
Industrieländer	0.55	0.41	0.29	0.21	-0.02
Europa	0.21	0.09	-0.07	-0.16	-0.47
EU-15	0.21	0.09	-0.07	-0.16	-0.47
Großbritannien	0.27	0.18	0.10	0.10	-0.25
Schweden	0.03	-0.13	-0.18	-0.12	-0.37
Dänemark	0.35	0.16	-0.01	-0.02	-0.30
Euroland	0.20	0.07	-0.11	-0.22	-0.53
Deutschland	0.09	-0.04	-0.17	-0.24	-0.52
Frankreich	0.37	0.36	0.22	0.11	-0.16
Italien	0.08	-0.13	-0.41	-0.56	-0.98
Spanien	0.09	-0.02	-0.28	-0.46	-0.95
Niederlande	0.52	0.35	0.13	0.08	-0.29
Belgien	0.22	0.09	-0.05	-0.08	-0.33
Portugal	0.20	0.13	-0.10	-0.22	-0.50
Griechenland	0.30	0.04	-0.20	-0.34	-0.61
Österreich	0.08	-0.10	-0.27	-0.34	-0.83
Irland	1.05	0.96	0.97	0.65	0.40
Finnland	0.25	0.07	-0.03	-0.10	-0.39
USA	1.05	0.89	0.81	0.74	0.47
Japan	0.26	0.14	-0.11	-0.35	-0.59
Entwicklungs- und Schwellenländer	1.50	1.34	1.22	1.03	0.54
Europa	-0.30	-0.49	-0.45	-0.54	-0.75
Russland	-0.36	-0.64	-0.54	-0.63	-0.82
Polen	0.01	-0.09	-0.12	-0.26	-0.47
Ukraine	-0.78	-0.94	-0.86	-0.94	-1.25
Rumänien	-0.22	-0.26	-0.35	-0.42	-0.58
Lateinamerika	1.57	1.42	1.17	0.92	0.40
Brasilien	1.33	1.22	1.01	0.78	0.32
Mexiko	1.63	1.42	1.09	0.82	0.24
Kolumbien	1.77	1.59	1.37	1.10	0.52
Argentinien	1.26	1.19	0.95	0.78	0.44
Venezuela	2.02	1.82	1.45	1.10	0.56
Peru	1.73	1.60	1.29	1.02	0.46
Asien	1.46	1.29	1.11	0.88	0.35
Indien	1.69	1.52	1.11	0.92	0.41
China	0.90	0.71	0.63	0.34	-0.26
Pakistan	2.66	2.54	2.38	1.94	1.03
Indonesien	1.41	1.21	1.01	0.82	0.35
Bangladesch	2.12	2.09	1.74	1.29	0.70
Philippinen	2.03	1.86	1.29	1.08	0.47
Vietnam	1.40	1.30	1.25	1.03	0.45
Iran	1.69	1.38	1.50	1.21	0.62
Jemen	4.17	4.07	3.82	3.71	2.45
Türkei	1.62	1.32	1.00	0.88	0.34
Afrika	2.43	2.32	2.17	1.98	1.26
Nigeria	2.74	2.61	2.36	1.93	1.09
Kongo	2.56	3.34	3.30	3.05	1.60
Äthiopien	2.55	2.41	2.34	2.33	1.63
Ägypten	1.82	1.67	1.26	1.10	0.54
Uganda	2.95	3.19	3.46	3.21	1.92
Tansania	2.58	2.32	2.26	1.92	1.04

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research

Anhang: Tabelle 3

Entwicklung der Geburtenrate

	1995-2000	2000-2005	2010-2015	2020-2025	2045-2050
 Anzahl der Kinder je Frau				
Welt	2.8	2.7	2.5	2.4	2.1
Industrieländer	1.7	1.6	1.6	1.7	1.9
Europa	1.5	1.4	1.4	1.5	1.8
EU-15	1.5	1.4	1.4	1.5	1.8
Großbritannien	1.7	1.6	1.6	1.7	1.9
Schweden	1.5	1.3	1.3	1.5	2.0
Dänemark	1.7	1.7	1.6	1.7	1.9
Euroland	1.4	1.4	1.4	1.5	1.7
Deutschland	1.3	1.3	1.3	1.4	1.6
Frankreich	1.7	1.8	1.8	1.9	1.9
Italien	1.2	1.2	1.2	1.3	1.6
Spanien	1.2	1.1	1.1	1.3	1.6
Niederlande	1.5	1.5	1.5	1.6	1.8
Belgien	1.5	1.5	1.5	1.6	1.8
Portugal	1.5	1.5	1.4	1.6	1.8
Griechenland	1.3	1.2	1.3	1.4	1.9
Österreich	1.4	1.2	1.2	1.4	1.7
Irland	1.9	2.0	2.1	2.1	2.1
Finnland	1.7	1.6	1.5	1.7	1.9
USA	2.0	1.9	1.9	2.0	2.1
Japan	1.4	1.3	1.4	1.5	1.8
Entwicklungs- und Schwellenländer	3.1	2.9	2.7	2.5	2.1
Europa	1.3	1.2	1.2	1.4	1.9
Russland	1.2	1.1	1.2	1.4	1.8
Polen	1.5	1.3	1.3	1.6	2.1
Ukraine	1.3	1.1	1.2	1.4	1.7
Rumänien	1.3	1.3	1.4	1.6	2.1
Lateinamerika	2.7	2.5	2.3	2.2	2.1
Brasilien	2.3	2.2	2.1	2.1	2.1
Mexiko	2.8	2.5	2.2	2.1	2.1
Kolumbien	2.8	2.6	2.4	2.2	2.1
Argentinien	2.6	2.4	2.2	2.1	2.1
Venezuela	3.0	2.7	2.3	2.1	2.1
Peru	3.0	2.6	2.3	2.1	2.1
Asien	2.8	2.6	2.4	2.2	2.1
Indien	3.3	3.0	2.3	2.1	2.1
China	1.8	1.8	1.9	1.9	1.9
Pakistan	5.5	5.1	4.2	3.2	2.1
Indonesien	2.6	2.3	2.1	2.1	2.1
Bangladesch	3.8	3.6	2.9	2.3	2.1
Philippinen	3.6	3.2	2.3	2.1	2.1
Vietnam	2.5	2.3	2.1	2.1	2.1
Iran	3.2	2.8	2.1	2.1	2.1
Jemen	7.6	7.6	6.9	5.9	3.4
Türkei	2.7	2.3	2.1	2.1	2.1
Afrika	5.4	5.1	4.4	3.7	2.4
Nigeria	5.9	5.4	4.4	3.4	2.1
Kongo	6.7	6.7	5.9	4.9	2.4
Äthiopien	6.8	6.8	6.1	5.1	2.8
Ägypten	3.4	2.9	2.1	2.1	2.1
Uganda	7.1	7.1	6.4	5.4	2.9
Tansania	5.5	5.0	4.1	3.2	2.1

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research



Anhang: Tabelle 4

Entwicklung der Lebenserwartung

	1995-2000	2000-2005	2010-2015	2020-2025	2045-2050
.....Durchschnittliche Lebenserwartung in Jahren					
Welt	65.0	66.0	68.7	71.3	76.0
Industrieländer	77.8	78.6	80.1	81.3	83.5
Europa	77.7	78.5	79.8	80.9	83.1
EU-15	77.7	78.5	79.7	80.9	83.1
Großbritannien	77.2	78.2	79.8	81.1	83.0
Schweden	79.3	80.1	81.1	82.1	84.6
Dänemark	75.9	76.6	78.2	79.2	81.4
Euroland	77.7	78.5	79.7	80.8	83.1
Deutschland	77.3	78.2	79.7	81.0	83.4
Frankreich	78.1	79.0	80.3	81.5	84.0
Italien	78.2	78.7	79.7	80.6	82.5
Spanien	78.1	78.8	79.7	80.6	82.6
Niederlande	77.9	78.3	79.3	80.2	82.2
Belgien	77.9	78.8	80.2	81.4	83.8
Portugal	75.2	76.2	77.6	78.8	81.0
Griechenland	78.0	78.5	79.5	80.4	82.4
Österreich	77.7	78.5	80.1	81.2	83.6
Irland	76.1	77.0	78.3	79.3	81.4
Finnland	77.2	78.0	79.7	81.0	83.0
USA	76.5	77.5	79.2	80.7	82.6
Japan	80.5	81.5	83.3	84.9	88.0
Entwicklungs- und Schwellenländer	64.3	65.6	68.1	70.5	75.2
Europa	68.8	69.0	71.8	74.1	78.1
Russland	66.1	66.0	69.3	72.0	76.9
Polen	72.8	73.9	75.9	77.4	80.1
Ukraine	68.1	68.1	71.2	73.3	77.5
Rumänien	69.8	69.8	72.1	73.8	76.9
Lateinamerika	69.5	70.5	72.5	74.4	77.8
Brasilien	67.2	68.3	70.8	73.0	76.9
Mexiko	72.2	73.0	74.6	76.1	78.8
Kolumbien	70.4	71.9	73.7	75.3	78.4
Argentinien	72.9	73.8	75.6	77.2	80.0
Venezuela	72.4	73.3	75.0	76.4	79.2
Peru	68.0	69.5	72.1	74.4	77.5
Asien	65.8	67.4	70.3	72.6	76.8
Indien	62.3	64.2	67.9	70.5	75.4
China	69.8	71.2	73.5	75.5	79.0
Pakistan	59.0	61.0	65.0	68.5	73.7
Indonesien	65.1	67.3	70.5	72.9	77.4
Bangladesch	58.1	60.7	65.3	69.2	75.0
Philippinen	68.6	70.0	72.4	74.5	78.4
Vietnam	67.2	69.2	71.9	74.1	78.2
Iran	68.0	69.7	72.4	74.6	78.5
Jemen	59.4	61.9	66.3	70.0	75.5
Türkei	69.0	70.5	72.9	74.9	78.6
Afrika	52.4	52.6	56.0	60.4	69.6
Nigeria	51.3	52.1	55.9	60.4	69.3
Kongo	50.5	52.1	56.3	61.2	70.1
Äthiopien	44.5	43.3	46.9	53.0	66.7
Ägypten	66.3	68.3	71.4	73.7	77.8
Uganda	41.9	46.0	54.3	58.9	67.8
Tansania	51.1	51.1	56.3	62.3	69.6

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research

Anhang: Tabelle 5

Entwicklung der Weltbevölkerung nach Altersgruppen

Jahre	2000			2050		
	0-14	15-59	60+	0-14	15-59	60+
.....Anteil in %						
Welt	30.0	60.0	10.0	21.0	58.0	21.1
Industrieländer	18.3	61.9	19.8	15.9	51.5	32.7
Europa	16.7	61.5	21.8	13.7	49.4	36.8
EU-15	16.7	61.5	21.8	13.7	49.4	36.9
Großbritannien	19.0	60.4	20.6	15.0	51.1	34.0
Schweden	18.2	59.4	22.4	14.0	48.3	37.7
Dänemark	18.3	61.8	20.0	15.2	53.0	31.8
Euroland	16.2	61.7	22.1	13.4	49.0	37.6
Deutschland	15.5	61.2	23.2	12.4	49.5	38.1
Frankreich	18.7	60.7	20.5	16.0	51.3	32.7
Italien	14.3	61.7	24.1	11.5	46.2	42.3
Spanien	14.7	63.5	21.8	11.4	44.5	44.1
Niederlande	18.3	63.4	18.3	14.7	52.5	32.8
Belgien	17.3	60.6	22.1	14.2	50.3	35.5
Portugal	16.7	62.5	20.8	14.4	49.9	35.7
Griechenland	15.1	61.5	23.4	13.1	46.2	40.7
Österreich	16.6	62.6	20.7	11.6	47.4	41.0
Irland	21.6	63.2	15.2	19.1	53.3	27.6
Finnland	18.0	62.0	19.9	15.0	50.6	34.4
USA	21.7	62.1	16.1	18.5	54.6	26.9
Japan	14.7	62.1	23.2	12.5	45.2	42.3
Entwicklungs- und Schwellenländer	31.9	59.7	8.4	21.5	58.7	19.8
Europa	18.3	63.2	18.5	14.2	49.4	36.3
Russland	18.0	63.5	18.5	13.5	49.3	37.2
Polen	19.2	64.3	16.6	15.7	48.7	35.6
Ukraine	17.8	61.6	20.5	12.9	49.0	38.1
Rumänien	18.3	62.9	18.8	15.9	50.0	34.2
Lateinamerika	31.5	60.5	7.9	20.0	57.5	22.5
Brasilien	28.8	63.4	7.8	19.9	56.5	23.6
Mexiko	33.1	59.9	6.9	19.3	56.3	24.4
Kolumbien	32.8	60.3	6.9	20.3	58.2	21.5
Argentinien	27.7	59.0	13.3	19.7	56.9	23.4
Venezuela	34.0	59.4	6.6	20.2	58.4	21.4
Peru	33.4	59.4	7.2	19.8	57.8	22.4
Asien	30.8	60.9	8.2	19.7	58.1	22.2
Indien	33.5	58.9	7.6	19.7	59.7	20.6
China	24.8	65.0	10.1	16.3	53.8	29.9
Pakistan	41.8	52.5	5.8	23.1	64.4	12.4
Indonesien	30.8	61.6	7.6	19.9	57.7	22.3
Bangladesch	38.7	56.4	4.9	22.0	62.0	16.0
Philippinen	37.5	56.9	5.5	20.3	60.1	19.5
Vietnam	33.4	59.2	7.5	19.8	56.6	23.5
Iran	37.4	57.4	5.2	20.1	58.1	21.7
Jemen	50.1	46.3	3.6	37.0	57.7	5.3
Türkei	30.0	61.5	8.4	19.5	57.5	23.0
Afrika	42.6	52.3	5.1	28.0	61.8	10.2
Nigeria	45.1	50.2	4.8	25.1	64.6	10.3
Kongo	48.8	46.7	4.5	31.7	62.1	6.2
Äthiopien	45.2	50.1	4.7	32.5	60.9	6.6
Ägypten	35.4	58.3	6.3	20.1	59.1	20.8
Uganda	49.2	47.0	3.8	34.8	59.5	5.7
Tansania	45.0	51.0	4.0	24.3	64.6	11.0

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research



Anhang: Tabelle 6

Entwicklung der Altenquotienten

	2000	2050
Anzahl der über 60jährigen im Verhältnis zur Gruppe der 15-59jährigen		
Welt	0.17	0.36
Industrieländer	0.32	0.63
Europa	0.35	0.75
EU-15	0.36	0.75
Großbritannien	0.34	0.67
Schweden	0.38	0.78
Dänemark	0.32	0.60
Euroland	0.36	0.77
Deutschland	0.38	0.77
Frankreich	0.34	0.64
Italien	0.39	0.92
Spanien	0.34	0.99
Niederlande	0.29	0.63
Belgien	0.37	0.71
Portugal	0.33	0.72
Griechenland	0.38	0.88
Österreich	0.33	0.86
Irland	0.24	0.52
Finnland	0.32	0.68
USA	0.26	0.49
Japan	0.37	0.94
Entwicklungs- und Schwellenländer	0.14	0.34
Europa	0.29	0.74
Russland	0.29	0.75
Polen	0.26	0.73
Ukraine	0.33	0.78
Rumänien	0.30	0.68
Lateinamerika	0.13	0.39
Brasilien	0.12	0.42
Mexiko	0.12	0.43
Kolumbien	0.11	0.37
Argentinien	0.23	0.41
Venezuela	0.11	0.37
Peru	0.12	0.39
Asien	0.14	0.38
Indien	0.13	0.35
China	0.16	0.56
Pakistan	0.11	0.19
Indonesien	0.12	0.39
Bangladesch	0.09	0.26
Philippinen	0.10	0.32
Vietnam	0.13	0.42
Iran	0.09	0.37
Jemen	0.08	0.09
Türkei	0.14	0.40
Afrika	0.10	0.17
Nigeria	0.09	0.16
Kongo	0.10	0.10
Äthiopien	0.09	0.11
Ägypten	0.11	0.35
Uganda	0.08	0.10
Tansania	0.08	0.17

Quellen: UN 2001, Deutsche Bank Research

Anhang: Tabelle 7

Bevölkerungswachstum: Top ten & Bottom ten in der Welt

2000-2005		2045-2050	
	Zu-/Abnahme p.a.		Zu-/Abnahme p.a.
A. Höchste Wachstumsrate der Bevölkerung			
1. Liberia	5.53	1. Jemen	2.45
2. Sierra Leone	4.54	2. Nigeria	2.38
3. Eritrea	4.22	3. Somalia	2.19
4. Somalia	4.21	4. Angola	2.11
5. Jemen	4.07	5. Uganda	1.92
6. Afghanistan	3.68	6. Liberia	1.89
7. Nigeria	3.63	7. Burkina Faso	1.86
8. Palästina	3.59	8. Mali	1.76
9. Kongo	3.34	9. Äthiopien	1.63
10. Oman	3.27	10. Kongo	1.60
B. Niedrigste Wachstumsrate der Bevölkerung			
1. Estland	-1.14	1. Estland	-1.51
2. Bulgarien	-0.98	2. Georgien	-1.46
3. Ukraine	-0.94	3. Bulgarien	-1.30
4. Russland	-0.64	4. Ukraine	-1.25
5. Lettland	-0.56	5. Italien	-0.98
6. Georgien	-0.53	6. Armenien	-0.95
7. Ungarn	-0.50	7. Spanien	-0.95
8. Weißrussland	-0.40	8. Bosnien Herzegowina	-0.93
9. Kasachstan	-0.37	9. Slowenien	-0.91
10. Moldawien	-0.26	10. Schweiz	-0.86
Welt	1.23	Welt	0.47

Quelle: UN 2001

Länderverzeichnis

AT	Österreich	FR	Frankreich	PK	Pakistan
BE	Belgien	GB	Vereinigtes Königreich	PL	Polen
CA	Kanada	GR	Griechenland	PT	Portugal
CH	Schweiz	ID	Indonesien	RO	Rumänien
CN	China	IE	Irland	RU	Russland
CZ	Tschechische Republik	IN	Indien	SE	Schweden
DE	Deutschland	IR	Iran	SI	Slowenien
DK	Dänemark	IT	Italien	UA	Ukraine
ES	Spanien	JP	Japan	US	Vereinigte Staaten
FI	Finnland	NL	Niederlande		



Literaturverzeichnis

Ackermann, J. et al. (Hrsg.): Initiative für Deutschland: Mit Mut Zukunft gestalten, Sieben Thesen der Initiative für Deutschland, Mai 2002.

Age Concern England: Values and Attitudes in an Ageing Society, 1999.

Auerbach, A.; Herrmann, H. (Hrsg.): Ageing, Financial Markets and Monetary Policy, 2002.

Bauer, T.; Zimmermann, K.: Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe, Study for the UK department for Education and Employment, Juli 1999.

Birg, H.: Die demographische Zeitenwende, Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 2001.

Birg, H.: Die Weltbevölkerung, 1996.

Birg, H.: Trends der Bevölkerungsentwicklung, Schriftenreihe des Verbandes deutscher Hypothekenbanken, Band 12, 2000.

Börsch-Supan, A.: Population Ageing, Savings Behaviour and Capital Markets, 2001.

Börsch-Supan, A.; Essig, L.: Sparen in Deutschland, 2002.

Börsch-Supan, A.; Winter, J.: Population aging, savings behavior and capital markets, NBER Working Paper 8561, 2001

Borgmann, C.; Krimmer, P.; Raffelhüschen, B.: Rentenreformen 1998-2001: Eine (vorläufige) Bestandsaufnahme, 2001.

Breyer, F.: Why Funding is not a Solution to the „Social Security Crisis“, Discussion Paper No. 328, ZIA, Juli 2001.

Brooks, R.: What Will Happen to Financial Markets when the Baby Boomers Retire?, 2000.

Cutler, D. et al.: An Aging Society, Opportunity or Challenge?, Brookings Papers on Economic Activity, 1990.

Dang, T. et al.: Fiscal Implications of Ageing: Projections of Age-Related Spending, 2001.

Deutsche Bank Research (Hrsg.): Europa auf dem Weg zu Pensionsfonds? Sonderbericht, 9. April 2001.

Deutsche Bank Research (Hrsg.): Produktivitätswunder in den alternden Industrieländern?, Aktuelle Themen Nr. 219, 7. September 2001.

Deutsche Bundesbank: Zur langfristigen Tragfähigkeit der Öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung, Monatsbericht, Dezember 2001.

DIHK (Hrsg.): Fachkräfte/Arbeitskräftemangel in der Industrie, Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Dezember 2001.

Deutsches Institut für Altersvorsorge: Lebenswelten 2020, So werden wir leben – 26 Zukunftsforscher über die Chancen von morgen, 2000.

Enquete Kommission des Deutschen Bundestages: Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, Schlussbericht, März 2002.

European Commission: European Economy, Generational Accounting in Europe, 1999.

Gordon, R.: Has the "New Economy" Rendered the Productivity Slowdown Obsolete?, Northwestern University and NBER, Revised Version, Juni 1999.

Gräf, B.: New Economy: "Produktivitätswunder" in den USA nur ein statistisches Phänomen?, Wirtschaftsinformatik 43 (2001) 4, S. 363-368, 2001.

Holzmann, R.: Can Investment in Emerging Markets Help to Solve the Ageing Problem?, 2000.

Horx, M.: Willkommen im 21. Jahrhundert – Aufbruch in die Wissensgesellschaft, Trends und Megatrends für die Zeitenwende, www.zukunftsinstitut.de, April 2002.

Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland im globalen Wettbewerb, 2002

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit: IAB Kurzbericht, Potentialprojektion bis 2040, Nr. 4, 20. Mai 1999.

Johnson, P.: The Impact of Aging: The Supply of Labor and Human Capital, Diskussions-Papier vorgelegt bei der Kieler Woche- Konferenz 2001.

Karczmar, M.: Rise in anti-immigration sentiments in the US, Deutsche Bank Research, Frankfurt Voice, 19. Juli 2002.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Wahllexikon 2001 – Wahlergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern 1946-2001, insgesamt und nach Alter und Geschlecht, 2001.

Layard, R.; Blanchard, O.; Dornbusch, R.; Krugman, P.: East-West Migration: The Alternatives, 1992.

Lein, Klaus M.; Tremmel, J.: Das Prinzip Generationengerechtigkeit, Alfred Herrhausen Gesellschaft (Hrsg.): Generationen im Konflikt, 2000.

Lührmann, M.: The Role of Demographic Change in Explaining International Capital Flows, 2002.

Masson, P. et al.: Macroeconomic Effects of Projected Population Ageing in Industrial Countries, 1990.

Mc Morrow, K.; Roeger, W.: The Economic Consequences of Aging Populations (A Comparison of the EU, US and Japan), Economic Paper No. 138, November 1999.

Noelle-Neumann, E.; Peterson, T.: Zeitenwende, Der Wertewandel 30 Jahre später, Das Parlament, Juli 2001.

OECD: OECD Health Data, 2001.

OECD: Fiscal Implications of Aging, Projections of Age-related Spending, working paper No. 305, 19. September 2001.

Oliner, S.; Sichel, D.: The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story?, Federal Reserve Board Finance and Economic Discussion Paper No. 2000-20, Februar 2000.

Opaschowski, H.: Deutschland 2010, Wie wir morgen arbeiten und leben – Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft, 2001.

Ottnad, A.; Hefele, P.: Die Zukunft der Bauwirtschaft in Deutschland, 2002.

Poterba, J.: Demographic Structure and Asset Returns, 2001.

Reisen, H.: Pension, Savings, and Capital Flows, 2000.

Reynolds, P. et al.: Global Entrepreneurship Monitor, Executive Report 2000.

Sinn, H. et al.: EU-Erweiterung und Arbeitskräfte-emigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung des Arbeitsmarktes, Ifo-Beiträge zur Wirtschaftsforschung 2, 2001.

Sinn, H.; Uebelmesser, S.: Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany, European Journal of Political Economy (erscheint demnächst).

Statisches Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050, Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, 2000.

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch, 2001.

Straubhaar, T.: Ost-West-Migrationspotenzial: Wie groß ist es?, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 222 (2002), Heft 1, S. 22-41, 2002.

Turner, D. et al.: The Macroeconomic Implications of Ageing in a Global Context, OECD Working Paper No. 193, 1998.

UNFPA United Nations Population Fund: The State of the World Population 2001, Footprints and Milestones, Population and Environmental Change, 2001.

United Nations Population Division: Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?, 2000.

United Nations, Department of Economic and Social Affairs: World Population Prospects: The 2000 Revision, 2001.

United Nations, Department of Economic and Social Affairs: World Population Projections to 2150, 1998.

Wiegand, W.: Der Grundsatz der Effizienz bei der Reform der Rentenversicherung, in: Graf Lambsdorff, O. (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung, 2001,

Zukunftsinstitut: Das Sphärensystem – Die Soziosphäre. www.zukunftsinstitut.de, Juni 2002.

Die Autoren dieser Studie:

Dieter Bräuninger, +49 69 910-31708 (dieter.braeuninger@db.com)

- 5.1. Arbeitsmarkt - vom Käufer zum Verkäufermarkt
- 5.4. Sozialsystem - weitere Reformen notwendig
- 5.5. Staatsfinanzen - unter Konsolidierungsdruck
- 5.6. Verteilung - Jung versus Alt

Karin Gruber, +49 69 910-32863 (karin.gruber@db.com)

- 5.3. Gütermärkte & Branchen - Gewinner und Verlierer

Bernhard Gräf, +49 69 910-31738 (bernhard.graef@db.com)

- 2. Demografie und sozio-ökonomisches System
- 3. Die demografische Entwicklung: Wohin steuert die Welt?
- 5.2. Wachstumspotenzial - Erwerbbspersonenpotenzial sinkt

Marco Neuhaus, +49 69 910-31519 (marco.neuhaus@db.com)

- 4. Gesellschaftliche Implikationen

Stefan Schneider, +49 69 910-31790 (stefan-b.schneider@db.com)

- 5.7. Finanzmärkte - sinkende Erträge und Renditen

© 2002. Deutsche Bank AG, DB Research, D-60272 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland (Selbstverlag). Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen beruhen auf öffentlich zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Garantie für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Angaben können wir nicht übernehmen, und keine Aussage in diesem Bericht ist als solche Garantie zu verstehen. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers/der Verfasser wieder und stellen nicht notwendigerweise die Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen dar. Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Weder die Deutsche Bank AG noch ihre assoziierten Unternehmen übernehmen irgendeine Art von Haftung für die Verwendung dieser Publikation oder deren Inhalt. Die Deutsche Banc Alex Brown Inc. hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts in den Vereinigten Staaten übernommen. Die Deutsche Bank AG London, die mit ihren Handelsaktivitäten im Vereinigten Königreich der Aufsicht durch die Securities and Futures Authority untersteht, hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts im Vereinigten Königreich übernommen. Die Deutsche Bank AG, Filiale Sydney, hat unter Anwendung der gültigen Vorschriften die Verantwortung für die Verteilung dieses Berichts in Australien übernommen.

Druck: HST Offsetdruck Schadt & Tetzlaff GbR, Dieburg.